

Verfolgung und Ermordung der Juden 1933–1945

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte,
des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte
an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
von

Susanne Heim, Ulrich Herbert, Michael Hollmann,
Horst Möller, Dieter Pohl, Sybille Steinbacher,
Simone Walther-von Jena und Andreas Wirsching

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Band 11

Deutsches Reich
und Protektorat Böhmen
und Mähren
April 1943–1945

Bearbeitet von Lisa Hauff

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-036499-6

e-ISBN (PDF) 978-3-11-041265-9

e-ISBN (EPUB) 978-3-11-041267-3

Library of Congress Control Number: 2019954159

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Endredaktion: Stephan Lahrem, Berlin

Karten: Peter Palm, Berlin

Einband und Schutzumschlag: Frank Ortmann und Martin Z. Schröder, Berlin

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark

Druck & Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorische Vorbemerkung	9
Einleitung	13
Dokumentenverzeichnis	75
Teil 1	
Deutsches Reich	75
Teil 2	
Protektorat Böhmen und Mähren	88
Dokumente	93
Teil 1	
Deutsches Reich	95
Teil 2	
Protektorat Böhmen und Mähren	619
Glossar	775
Abkürzungsverzeichnis	781
Verzeichnis der im Dokumententeil genannten Archive	785
Systematischer Dokumentenindex	787
Register der Institutionen, Firmen und Zeitschriften	789
Ortsregister	801
Personenregister	805

Vorwort der Herausgeber

Die Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945“ ist auf insgesamt 16 Bände angelegt, die bis 2020 erscheinen werden. In ihnen wird eine thematisch umfassende, wissenschaftlich fundierte Auswahl von Quellen publiziert. Der Schwerpunkt liegt auf den Regionen, in denen vor Kriegsbeginn die meisten Juden gelebt haben: insbesondere auf Polen und den besetzten Teilen der Sowjetunion. Der vorliegende elfte Band der Edition dokumentiert die Situation der Juden im Deutschen Reich und im Protektorat Böhmen und Mähren in den beiden letzten Kriegsjahren – von April 1943 bis zum Mai 1945. Die vorangegangenen Jahre sind Thema der Bände 1–3 und 6.

Im Vorwort zum ersten Band der Edition sind die Kriterien der Dokumentenauswahl detailliert dargelegt. Die wichtigsten werden im Folgenden noch einmal zusammengefasst: Quellen im Sinne der Edition sind Schrift- und gelegentlich auch Tondokumente aus den Jahren 1933 bis 1945. Fotografien wurden nicht einbezogen, vor allem weil sich die Umstände ihrer Entstehung oft nur schwer zurückverfolgen lassen. Auch Lebenserinnerungen, Berichte und juristische Unterlagen, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden sind, wurden aus quellenkritischen Gründen nicht in die Edition aufgenommen. Allerdings wird von ihnen in der Kommentierung vielfältig Gebrauch gemacht. Dokumentiert werden die Aktivitäten und Reaktionen von Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen, Überzeugungen und Absichten, an verschiedenen Orten, mit jeweils begrenzten Horizonten und Handlungsspielräumen – Behörden-schreiben ebenso wie private Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, Zeitungsartikel und die Berichte ausländischer Beobachter.

Die Dokumentation wechselt von einem statistischen Bericht der SS, in dem der Stand des Judenmords in ganz Europa dargelegt wird, über den Brief eines in Berlin untergetauchten Juden, der seinen emigrierten Kindern von der Deportation ihrer Mutter berichtet, zu den Protesten der Kirchen gegen die Verfolgung der in „Mischehe“ lebenden Juden. Der Tagebucheintrag eines niederländischen Juden im Lager Bergen-Belsen über seine Hungerphantasien steht neben den Schilderungen eines Mitarbeiters des Jüdischen Weltkongresses über Verhandlungen mit Himmler im Frühjahr 1945 zur Rettung von Juden. Der häufige Perspektivenwechsel ist gewollt. Ein Sachgruppenindex soll die thematische Zuordnung der Dokumente erleichtern und Zusammenhänge verdeutlichen.

Die Herausgeber danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die großzügige Förderung des Editionsprojekts. Ferner schulden sie einer großen Zahl von Fachleuten und Privatpersonen Dank, die durch Quellenhinweise, biographische Informationen über die in den Dokumenten erwähnten Personen und Auskünfte zur Kommentierung die Arbeit unterstützt oder Teile des Manuskripts kritisch gelesen haben. Erste Vorarbeiten für den vorliegenden Band in Form von Archivrecherchen und einer ersten Dokumentenauswahl erledigte Dr. Andrea Löw.

Die tschechischsprachigen Dokumente haben Ines Koeltzsch und Miloslav Szabó ins Deutsche übertragen, die englischsprachigen Theo Bruns, Dr. Britta Grell und Niels Kadritzke. Die französischen Dokumente hat Inga Frohn, die italienischen Walter

Kögler und die norwegischen Jana Eder übersetzt. Aus dem Polnischen übersetzte Dr. Andrea Rudorff, aus dem Ungarischen Magda Tothova. Die Übersetzung aus dem Hebräischen haben Doron Oberhand und Gil Shohat angefertigt. Das Übersetzungslektorat besorgte Ulrike Baureithel, und die Recherche im Central Zionist Archive übernahm Anne Lepper.

Als studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte haben an diesem Band mitgearbeitet: Johannes Breit und Bernhard Lück, als wissenschaftliche Mitarbeiter Romina Becker, Johannes Gamm, Stefanie Haupt, Sonja Knopp, Dr. Ingo Loose, Julian Nordhues, Carolin Raabe, Sonja Schilcher und Maria Wilke.

Sollten sich trotz aller Sorgfalt an einzelnen Stellen Ungenauigkeiten ergeben haben, sind die Herausgeber für entsprechende Mitteilungen dankbar.

Die Adresse des Herausgeberkreises lautet: Institut für Zeitgeschichte, Edition Judenverfolgung, Finckensteinallee 85/87, D-12205 Berlin oder vej@ifz-muenchen.de.

Berlin, München, Freiburg i. Br., Klagenfurt, Frankfurt a. M. im Januar 2020

Editorische Vorbemerkung

Die Quellenedition zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden soll in der wissenschaftlichen Literatur als VEJ abgekürzt zitiert werden. Das geschieht im Fall von Querverweisen zwischen den einzelnen Bänden auch in dem Werk selbst. Die Dokumente sind – mit jedem Band neu beginnend – fortlaufend nummeriert. Demnach bedeutet „VEJ 1/200“ Dokument Nummer 200 in Band 1 dieser Edition. Die Drucklegung der einzelnen Schriftzeugnisse folgt dem Schema: Überschrift, Kopfzeile, Dokument, Anmerkungen.

Die halbfett gesetzte, von der Bearbeiterin des vorliegenden Bandes formulierte Überschrift gibt Auskunft über das Entstehungsdatum des folgenden Schriftstücks, dessen Kernbotschaft, Verfasser und Adressaten. Die darunter platzierte Kopfzeile ist Teil des Dokuments. Sie enthält Angaben über die Gattung der Quelle (Brief, Gesetzentwurf, Protokoll usw.), den Namen des Verfassers, den Entstehungsort, gegebenenfalls Aktenzeichen, Geheimhaltungsvermerke und andere Besonderheiten. Die in Berlin seinerzeit ansässigen Ministerien und zentralen Behörden, etwa das Reichssicherheitshauptamt oder die Kanzlei des Führers, bleiben ohne Ortsangabe. Die Kopfzeile enthält ferner Angaben über den Adressaten, gegebenenfalls das Datum des Eingangsstempels, sie endet mit dem Entstehungsdatum und Hinweisen auf Bearbeitungsstufen der überlieferten Quelle, etwa „Entwurf“, „Durchschlag“ oder „Abschrift“.

Dem schließt sich der Text an. In der Regel wird er vollständig ediert. Anrede- und Grußformeln werden mitgedruckt, Unterschriften jedoch nur einmal in die Kopfzeile aufgenommen. Hervorhebungen der Verfasser in den Originaltexten werden übernommen. Sie erscheinen unabhängig von der in der Vorlage verwendeten Hervorhebungsart im Druck immer kursiv. Fallweise erforderliche Zusatzangaben finden sich im Anmerkungsapparat.

Während die von den Editoren formulierten Überschriften und Fußnoten sowie die Übersetzung fremdsprachiger Dokumente der heutigen Rechtschreibung folgen, gilt für die Quellen die zeitgenössische. Offensichtliche Tippfehler in der Vorlage und kleinere Nachlässigkeiten werden stillschweigend korrigiert, widersprüchliche Schreibweisen und Zeichensetzungen innerhalb eines Dokuments vereinheitlicht. Dokumente, die von Schweizer Autoren stammen bzw. in der Schweiz verfasst wurden, werden nach Schweizer Schreibweise (ohne ß) wiedergegeben. Die sprachlichen Eigenheiten deutscher Texte, die von Nicht-Muttersprachlern verfasst wurden, werden beibehalten. Versehentlich ausgelassene Wörter oder Ergänzungen infolge unlesbarer Textstellen fügen die Editoren in eckigen Klammern ein. Bilden jedoch bestimmte orthographische und grammatikalische Eigenheiten ein Charakteristikum der Quelle, vermerken sie „Grammatik und Rechtschreibung wie im Original“. Abkürzungen, auch unterschiedliche (z. B. NSDAP, N. S. D. A. P. und NSDAP.), werden im Dokument nicht vereinheitlicht. Sie werden im Abkürzungsverzeichnis erklärt. Ungebräuchliche Abkürzungen, vor allem in privaten Briefen, werden bei der ersten Nennung in eckigen Klammern aufgelöst.

Handschriftliche Zusätze in maschinenschriftlichen Originalen übernehmen die Editoren ohne weitere Kennzeichnung, sofern es sich um formale Korrekturen und um Einfügungen handelt, die sicher oder mit hoher Wahrscheinlichkeit vom Verfasser stammen.

Verändern sie die Aussage in beachtlicher Weise – schwächen sie ab oder radikalisieren sie –, wird das in den Fußnoten vermerkt und, soweit feststellbar, der Urheber mitgeteilt. Auf die in den Originalen häufigen, von den Empfängern oder auch von späteren Lesern vorgenommenen Unterstreichungen mit Blei- oder Farbstift wird im Allgemeinen pauschal, in interessanten Einzelfällen speziell in der Fußnote hingewiesen.

In der Regel werden die Dokumente im vollen Wortlaut abgedruckt. Lediglich in Ausnahmefällen, sofern einzelne Dokumente sehr umfangreich sind, wie etwa antisemitische Kampfschriften, erfolgt der Abdruck nur teilweise. Dasselbe gilt für Sitzungsprotokolle, die nicht insgesamt, sondern nur in einem abgeschlossenen Teil von der nationalsozialistischen Judenpolitik oder den damit verbundenen Reaktionen handeln. Solche Kürzungen sind mit eckigen Auslassungsklammern gekennzeichnet; der Inhalt wird in der Fußnote skizziert. Undatierte Monats- oder Jahresberichte erscheinen am Ende des jeweiligen Zeitraums. Von der Einordnung der Dokumente nach ihrer Entstehungszeit wird nur in wenigen Ausnahmen abgewichen. So wird unter Umständen ein Bericht über ein zurückliegendes Ereignis unter dem Datum des Ereignisses abgedruckt, das Entstehungsdatum aber in der Kopfzeile vermerkt.

In der ersten, der Überschrift angehängten Fußnote stehen der Fundort, sofern er ein Archiv bezeichnet, auch die Aktensignatur und, falls vorhanden, die Blattnummer. Hinweise auf Kopien von Archivdokumenten werden immer dann verzeichnet, wenn die an den ursprünglichen Fundorten befindlichen Originale dort nicht eingesehen wurden. Handelt es sich um gedruckte Quellen, etwa Zeitungsartikel oder Gesetzestexte, finden sich in dieser Fußnote die üblichen bibliographischen Angaben. Wurde eine Quelle schon einmal in einer Dokumentation zum Nationalsozialismus bzw. zur Judenverfolgung veröffentlicht, wird sie nach dem Original ediert, doch wird neben dem ursprünglichen Fundort auch auf die Erstveröffentlichung verwiesen. In einer weiteren Fußnote werden die Entstehungsumstände des Dokuments erläutert, gegebenenfalls damit verbundene Diskussionen, die besondere Rolle von Verfassern und Adressaten, begleitende oder sich unmittelbar anschließende Aktivitäten.

Die dann folgenden Fußnoten erläutern sachliche und personelle Zusammenhänge. Sie verweisen auf andere – unveröffentlichte, andernorts oder in der Edition publizierte – Dokumente, sofern das für die geschichtliche Einordnung hilfreich erscheint. Weiterhin finden sich in den Fußnoten Erläuterungen zu Details, etwa zu handschriftlichen Randnotizen, Unterstreichungen, Streichungen. Bearbeitungsvermerke und Vorlageverfügungen werden entweder in der weiteren Fußnote als vorhanden erwähnt oder aber in den späteren Fußnoten entschlüsselt, sofern sie nach Ansicht der Editoren wesentliche Aussagen enthalten. Für die im Quellentext genannten Abkommen, Gesetze und Erlasse werden die Fundorte nach Möglichkeit in den Fußnoten angegeben, Bezugsdokumente mit ihrer Archivsignatur. Konnten diese nicht ermittelt werden, wird das angemerkt.

Für die in den Schriftstücken angeführten Absender und Adressaten wurden, soweit möglich, die biographischen Daten ermittelt und angegeben. Dasselbe gilt für die im Text erwähnten Personen, sofern sie als handelnde Personen eingestuft werden. Die Angaben stehen in der Regel in der Fußnote zur jeweils ersten Nennung des Namens innerhalb eines Bandes und lassen sich so über den Personenindex leicht auffinden.

Die Kurzbiographien beruhen auf Angaben, die sich in Nachschlagewerken, in der Fachliteratur und in speziellen, auf die NS-Zeit bezogenen Datenbanken, Personenkarteien und -dossiers einschlägiger Archive finden. In vielen Fällen wurden im In- und Ausland

Personalakten und -karteien eingesehen, Stadt- und Firmenarchive aufgesucht, Standesämter und Spezialisten befragt.

Trotz aller Mühen gelang es nicht immer, die biographischen Daten vollständig zu ermitteln. In solchen Fällen enthält die jeweilige Fußnote nur die gesicherten Angaben, wie z. B. das Geburtsjahr. Waren Personen nicht zu identifizieren, wird auf eine entsprechende Anmerkung verzichtet; desgleichen bei allseits bekannten Personen wie Adolf Hitler oder Heinrich Himmler.

In der Regel setzen die Editoren die zeitüblichen Begriffe des nationalsozialistischen Deutschlands nicht in Anführungszeichen. Dazu gehören Wörter wie Führer, Judenfrage, Judenrat, aber auch Judenkommissar, Judenberater etc. Der Kontext macht deutlich, dass keines der Wörter affirmativ gebraucht wird. Die Begriffe Jude, Jüdin, jüdisch werden folglich, den Umständen der Zeit entsprechend, auch für Menschen verwandt, die sich nicht als jüdisch verstanden haben, aber aufgrund der Nürnberger bzw. in den Ländern eigens eingeführten Rassengesetze so definiert wurden und daher der Verfolgung ausgesetzt waren. Begriffe wie „Mischling“, „Mischehe“ oder „Arisierung“, die eigentlich auch Termini technici der Zeit waren, werden in Anführungszeichen gesetzt. Ein solcher nicht klar zu definierender Gebrauch der Anführungszeichen lässt sich nicht systematisch begründen. Er bildet einen gewiss anfechtbaren Kompromiss zwischen historiographischer Strenge und dem Bedürfnis, wenigstens gelegentlich ein Distanzsignal zu setzen.

Ein Teil der Dokumente wurde aus Fremdsprachen übersetzt. Dabei sind Straßennamen gegebenenfalls durch den Zusatz „-Straße“, „-Gasse“ oder „-Platz“ ergänzt worden. Aufgrund von Besatzung oder Gebietsverschiebungen nach dem Krieg änderten viele Orte mehrfach ihren Namen.

Die Ortsnamen werden im Teil über das Protektorat Böhmen und Mähren in Titel- und Kopfzeilen sowie in übersetzten Dokumenten in deutscher Bezeichnung verwendet. Deutsche und tschechische Varianten wurden in diesen Gebieten teilweise über Jahrhunderte nebeneinander benutzt. Die deutschen Bezeichnungen sind also seit alters gebräuchlich, auch wenn mit dem Aufkommen des tschechischen Nationalismus im 19. Jahrhundert diese Frage bedeutsam wurde. Im Register, das zugleich als Konkordanz der deutschen und tschechischen Ortsnamensformen dient, werden alle Orte in beiden Schreibweisen aufgeführt.

Bei den Frauen, die in den Dokumenten zum Protektorat nur mit Vornamen oder Funktion genannt werden, ließ sich nicht immer einwandfrei ermitteln, ob sie ihren Nachnamen in der tschechischen Form, also mit der Endung -ová, führten oder nicht; bisweilen wurden auch beide Formen verwendet. In Titelzeilen und Anmerkungen wird daher bei Frauen mit tschechischer Mutter- oder Erstsprache die tschechische Namensform benutzt.

In den deutschen Dokumenten werden tschechische Namen und Begriffe häufig ohne Sonderzeichen verwendet. Solche falschen Schreibweisen werden, falls zum Verständnis erforderlich, in der Fußnote verbessert. Hebräische und andere erklärungsbedürftige Begriffe werden in einer Fußnote, bei Mehrfachnennung im Glossar erläutert.

Die Landkarten sollen das Auffinden der im Band erwähnten Orte und Lager erleichtern. Aus diesem Grund sind in den Karten nicht alle seinerzeit bestehenden Lager aufgeführt, sondern nur diejenigen, die im Band erwähnt sind und nicht mit einem ohnehin auf der Karte verzeichneten Ort identisch sind.

Ein besonderes Problem bildet die wechselnde Schreibweise des Begriffs Getto bzw. Ghetto. Im Deutschen waren damals beide Formen gebräuchlich. Sie werden daher wie im Original belassen. In übersetzten Dokumenten wird die Schreibweise Getto benutzt, desgleichen in der Einleitung und im Kommentierungstext.

Einleitung

Die Lage der deutschen Juden war Anfang 1943 hoffnungslos, erzählte die Ehefrau des Vorsitzenden der Berliner Jüdischen Gemeinde Hildegard Henschel nach dem Krieg: „Es gab kaum noch einen Menschen, der nicht einen ihm Nahestehenden durch die Evakuierung verloren hatte, außerdem wußte man, daß die Militärbehörde im Begriff war, sich mit der Gestapo zu einigen, und jüdische Arbeiter nicht mehr reklamieren wollte, daß das das Ende für fast alle war, stand außerhalb jeder Diskussion.“¹ Als die Gestapo Ende Februar 1943 viele der bis dahin verschonten deutschen Juden während der sogenannten Fabrik-Aktion direkt an ihren Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie verhaftete, war tatsächlich das Ende für die meisten noch im Reich lebenden Juden gekommen. In nur wenigen Wochen wurden sie beinahe ausnahmslos nach Auschwitz oder Theresienstadt deportiert. Im Juni 1943 lösten die deutschen Behörden die jüdischen Gemeinden und Interessenvertretungen auf, und der Berliner Gauleiter Joseph Goebbels erklärte die Reichshauptstadt für „judenfrei“ (Dok. 11). Allerdings lebte weiterhin eine nicht unbedeutende Zahl von Deutschen im Reich, die von den Nürnberger Rassegesetzen zwar als jüdisch klassifiziert worden waren, von denen sich aber kaum einer als jüdisch verstand. Es waren Christen jüdischer Herkunft, die durch ihre Ehe mit Nichtjuden geschützt waren, und ihre Kinder. Hinzu kam eine kleine Gruppe von untergetauchten Juden.

Der vorliegende Band 11 des Editionsprojekts setzt im Frühjahr 1943 ein und dokumentiert im ersten Teil die Judenverfolgung im Deutschen Reich bis zum Ende des Krieges im Mai 1945. Hier ergeben sich mehrere Schwerpunkte: erstens die Entwicklung der in Berlin koordinierten Politik der Judenverfolgung in Europa angesichts der sich für die Deutschen immer weiter verschlechternden Kriegslage; zweitens die Situation der noch im Reich lebenden Juden, vor allem derjenigen, die in „Mischehe“ lebten, und ihrer Kinder sowie der Untergetauchten; drittens der Einsatz von Juden als Zwangsarbeiter im Reich seit dem Frühjahr 1944, insbesondere im Rahmen der großen Untertageverlagerungen der deutschen Rüstungsproduktion; viertens wird dokumentiert, was und in welchem Umfang die deutsche Bevölkerung vom Massenmord an den Juden gewusst hat und welchen Einfluss die drohende Niederlage auf ihre Haltung hatte. Schließlich werden auch die internationalen Reaktionen auf das öffentliche Bekanntwerden der Verbrechen nachgezeichnet und die Versuche Himmlers in der letzten Kriegsphase, die Juden als Faustpfand für Friedensverhandlungen zu nutzen.

Wie im Reich waren auch im Protektorat Böhmen und Mähren im Sommer 1943 nur wenige, durch ihre Ehe geschützte Juden außerhalb des Gettos Theresienstadt zurückgeblieben. Ihr Schicksal wie auch die antijüdische Politik der deutschen Behörden im Protektorat bis Mai 1945 werden in einem weiteren Teil dargestellt. Einen Schwerpunkt bilden dabei die Ereignisse in Theresienstadt, das in den letzten beiden Kriegsjahren als Durchgangsstation auf dem Weg nach Auschwitz diente, von den Nationalsozialisten aber auch als propagandistisches Vorzeigeghetto genutzt wurde, um die internationale

1 Hildegard Henschel, Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin während der Jahre 1941–1943, YVA, O.1/52, S. 8.

Öffentlichkeit zu täuschen, und das am Ende ein Sterbelager für Zehntausende tschechischer, deutscher und österreichischer Juden war.²

Die antijüdische Politik des NS-Regimes in Europa seit Frühjahr 1943

Mitte April 1943 erhielt Hitler einen statistischen Bericht über „Die Endlösung der europäischen Judenfrage“, den Reichsführer SS Heinrich Himmler als Zusammenfassung der bisherigen Mordaktionen in Auftrag gegeben hatte. Laut Bilanz seines Mitarbeiters Richard Korherr seien bis zum Jahresende 1942 rund 4,5 Millionen Juden vertrieben oder ermordet worden (Dok. 12).³ Diese Statistik gab trotz der zum Teil gravierenden Ungenauigkeiten – fehlerhaft waren vor allem die Zahlen zur Ermordung der Juden in der besetzten Sowjetunion – erstmals einen Überblick über den Status quo der mittlerweile zehn Jahre währenden Verfolgungs- und Vernichtungspolitik.

Nachdem die systematischen Deportationen in den besetzten Ländern Europas im Sommer 1942 auf dem Höhepunkt der deutschen Machtausdehnung begonnen hatten, ging die militärische Initiative bald zunehmend auf die Alliierten über.⁴ Im Spätherbst des Jahres 1942 landeten britische und amerikanische Truppen in Nordafrika. Und nachdem bereits Ende 1941 der geplante Blitzkrieg gegen die Sowjetunion vor Moskau ins Stocken geraten war, begann ein Jahr später der Vormarsch der Roten Armee. Die 6. deutsche Armee unter General Paulus wurde in Stalingrad eingekesselt und Anfang 1943 vernichtend geschlagen. 150 000 deutsche Soldaten fielen, und rund 90 000 gerieten in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Im Mai 1943 kapitulierte das deutsch-italienische Afrikakorps unter Generalfeldmarschall Erwin Rommel, 250 000 Soldaten der Achsenmächte, davon die Hälfte Deutsche, gerieten in Gefangenschaft. Im Atlantik stellte die deutsche Marine den U-Boot-Krieg um die umkämpften Versorgungswege der Alliierten nach schweren Verlusten ein. Die massiven britischen Luftangriffe auf das Ruhrgebiet im Frühjahr zerstörten große Teile der Industrieanlagen und führten zu nachhaltigen Produktionsausfällen in der Rüstung. Im Sommer 1943 unternahm Hitler dann einen letzten großen Versuch, die militärische Initiative an der Ostfront zurückzugewinnen. Während die deutsche Offensive bei Kursk im Juli scheiterte, landeten die Alliierten auf Sizilien. Nach dem Sturz Mussolinis kapitulierte am 8. September 1943 die neue italienische Regierung unter General Pietro Badoglio.

Während der folgenden Monate rückte die Rote Armee unaufhaltsam vor, so dass sich die Wehrmacht entlang der gesamten Frontlinie auf dem Rückzug befand. Im März 1944 besetzten deutsche Truppen das verbündete Ungarn, um einen von Staatsoberhaupt Miklós Horthy geplanten Separatfrieden mit den Alliierten zu verhindern. Im Juni landeten die Alliierten in der Normandie, eröffneten eine dritte Front und befreiten im August Paris.

2 Die Verfolgung der Juden im Deutschen Reich und im Protektorat bis Frühjahr 1943 ist in den Bänden 1, 2, 3 und 6 der Edition dokumentiert.

3 Die längere erste Fassung des Berichts über die „Endlösung der Judenfrage“ wurde von Korherr bereits am 23.3.1943 vorgelegt; siehe VEJ 6/239.

4 Zur Entwicklung des Krieges zwischen 1943 und 1945 siehe Gerhard L. Weinberg, *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, Stuttgart 1995, S. 628–742 und 789–863; Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 511–546.

Zeitgleich besetzte die Rote Armee weite Teile Ostpolens und das Baltikum. Die Verbündeten Rumänien, Bulgarien und Finnland kapitulierten im August und September. Nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944 in der Kesselschlacht von Minsk verlagerte sich die Ostfront nach Ostpolen. Die Rückzugsgefechte forderten Hunderttausende Tote. Ermutigt durch das Vorrücken der sowjetischen Truppen, erhob sich die polnische Heimatarmee im August 1944 in Warschau gegen die deutschen Besatzer, die den Aufstand Anfang Oktober niederschlagen konnten. Ende August erklärte die neue rumänische Regierung Deutschland den Krieg, und die Rote Armee rückte bis an die Grenzen Ungarns vor. Während des Slowakischen Nationalaufstands im Spätsommer 1944, der durch den Versuch des slowakischen Militärs ausgelöst worden war, die deutsche Marionettenregierung unter Jozef Tiso zu stürzen, besetzten Wehrmachtstruppen das Land. Im Herbst 1944 begann der Bau des Südostwalls, der sich jedoch als wirkungslos erwies. Gleichzeitig zeigte die Aufstellung des Volkssturms deutlich, dass die personellen deutschen Ressourcen erschöpft waren. Aufgeboten wurden notdürftig bewaffnete Jugendliche und ältere Männer. Im September 1944 überschritten US-Truppen die westliche Reichsgrenze bei Aachen, die Rote Armee nahm im Januar 1945 Königsberg ein. Für diese letzte, von militärischen Rückschlägen geprägte Kriegsphase stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die sich abzeichnende deutsche Niederlage auf die Politik des NS-Regimes gegenüber den Juden besaß.

Die Situation in den einzelnen Ländern

Seit Himmler im Juli 1942 die restlose Vernichtung der polnischen Juden angeordnet hatte, waren Hunderttausende aus den Lagern und Gettos des Generalgouvernements in den Tötungszentren der „Aktion Reinhardt“ – Treblinka, Belzec und Sobibor – ermordet worden.⁵ Anfang 1943 lebten von den einst drei Millionen polnischen Juden nur noch schätzungsweise 500 000, die für kriegswichtige Arbeiten zurückgestellt worden waren.⁶ Im März löste die SS das Krakauer Getto auf und deportierte seine Bewohner nach Auschwitz oder zur Zwangsarbeit in das Konzentrationslager Plaszow. Als deutsche Polizeieinheiten am 19. April 1943 das Warschauer Getto betraten, um die letzten verbliebenen Juden zu deportieren, begann der bewaffnete Aufstand. Mittlerweile glaubten nämlich die eingesperrten Juden die seit Monaten kursierenden Gerüchte über das endgültige Schicksal, das ihnen bevorstand. Soweit dies überhaupt möglich war,

5 Schätzungen zufolge wurden während der „Aktion Reinhardt“ rund 1 430 000 polnische, aber auch aus anderen Staaten stammende Juden ermordet; siehe VEJ 9, S. 38. Zur „Aktion Reinhardt“ siehe Bogdan Musiał (Hrsg.), „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, Osnabrück 2004; Stephan Lehnstaedt, Der Kern des Holocaust. Belzec, Sobibor, Treblinka und die Aktion Reinhardt, München 2017.

6 Befehl Himmlers vom 19.7.1942 über den Abschluss der Deportationen im Generalgouvernement, BArch, NS 19/1757, faksimilierter Abdruck in: Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt in der Wilhelm- und Prinz-Albrecht-Straße. Eine Dokumentation, Berlin 2010, S. 303. Die Zahl von drei Millionen bezieht sich auf polnische Juden aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Gebieten; siehe Frank Golczewski, Polen, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Dimensionen des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991, S. 411–497, hier S. 472.

versuchten sie sich zu retten. Einige bauten Verstecke oder flohen, andere verschanzten oder bewaffneten sich.

Die Gegenwehr der Juden löste bei der Besatzungsverwaltung und in Berlin Besorgnis aus und beschleunigte das weitere Vorgehen bei der Vernichtung. So entschied Hitler im Juni 1943, „daß die Evakuierung der Juden trotz der dadurch in den nächsten 3 bis 4 Monaten noch entstehenden Unruhen radikal durchzuführen sei und durchgestanden werden müßte“ (Dok. 44).⁷ Im Laufe des Jahres 1943 wurden die Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ aufgelöst, nicht zuletzt nachdem sich in Treblinka und Sobibor die Häftlinge in dem verzweifelten Versuch erhoben hatten, ihr Leben zu retten. Nun entwickelte sich Auschwitz zum neuen Zentrum des Massenmords.⁸

Die letzte Massenmordaktion im Generalgouvernement betraf die Zwangsarbeitslager im Distrikt Lublin. SS und Polizei erschossen Anfang November 1943 etwa 43 000 als arbeitsfähig eingestufte Juden. Weitere mindestens 6000 jüdische Zwangsarbeiter wurden bis Mitte November in Ostgalizien, das seit 1941 zum Generalgouvernement gehörte, getötet.⁹ Damit hatte sich die Drohung Himmlers, der kurz zuvor vor SS-Offizieren und Reichs- und Gauleitern in Posen erstmals offen über die „Ausrottung des jüdischen Volkes“ gesprochen und die Vollstreckung der „Endlösung“ in den besetzten Gebieten bis Jahresende angekündigt hatte (Dok. 86), für das Generalgouvernement bewahrheitet. Nur einige Zehntausend jüdische Häftlinge waren vom Massaker verschont geblieben und fristeten ihr Leben in Zwangsarbeitslagern, insbesondere in den Distrikten Radom und Krakau.¹⁰ Eine nur schwer zu beziffernde Zahl von Juden war untergetaucht. Sie schlossen sich den Partisanen an oder versteckten sich in den größeren Städten.

Auch in den vom Reich 1939 annektierten Teilen Nord- und Westpolens begann 1943 die letzte Phase des Massenmords. Wie im Generalgouvernement räumten die Deutschen die Gettos und Lager und töteten die dort noch lebenden Juden mit wenigen Ausnahmen. Auch hier gab es Aufstände, die von den deutschen Truppen niedergeschlagen wurden. Lediglich das Getto Litzmannstadt im Warthegau bestand noch bis zum August 1944. Dort hatten sich Heeresverwaltung und deutsche Rüstungsunternehmen erfolgreich für den Erhalt der zahlreichen für die Wehrmacht produzierenden Textilbetriebe eingesetzt. Wegen des raschen Vormarsches der Roten Armee wurde aber auch dieses Getto schließlich im Sommer 1944 aufgelöst, seine Bewohner im wiedereröffneten Vernichtungslager Kulmhof und in Auschwitz ermordet.¹¹ Insbesondere in Ostoberschlesien hatte die SS aufgrund der dort ansässigen Schwerindustrie ein umfangreiches Lagersystem errichtet, in dem die jüdische Bevölkerung zur Zwangsarbeit

7 Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München/Zürich 1998.

8 Siehe VEJ 9, S. 47, sowie VEJ 9/259, 261, 274.

9 Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1997, S. 359–360.

10 Golczewski, *Polen* (wie Anm. 6), S. 481; Jacek Andrzej Młynarczyk, *Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939–1945*, Darmstadt 2007, S. 341 f.; Lehnstaedt, *Aktion Reinhardt* (wie Anm. 5), S. 144.

11 Sascha Feuchert/Erwin Leibfried/Jörg Riecke (Hrsg.), *Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt: 1944*, Göttingen 2007, S. 7–11.

eingesetzt wurde.¹² Regelmäßig wurden die als nicht mehr arbeitsfähig eingestufteten Juden in Auschwitz ermordet. Das gleiche Schicksal erlitten die jüdischen Zwangsarbeiter im Reichskommissariat Ukraine, die an der sogenannten Durchgangsstraße IV, einer Fernverkehrsstrecke von Berlin in den Kaukasus, eingesetzt waren. Ab 1943 wurden die Häftlinge, sobald die einzelnen Projektabschnitte fertiggestellt waren, ermordet. Bis Jahresende lebten auf dem Gebiet des Reichskommissariats Ukraine fast keine Juden mehr.¹³

Angesichts der in den besetzten Gebieten zunehmenden Angriffe der Partisanen, die den deutschen Truppen schwere Verluste beibrachten, beschleunigten Hitler und Himmler ihr Vorhaben, die Ermordung der europäischen Juden, die sich in ihrer Gewalt befanden, bis zum Jahresende abzuschließen. Hitler entschied, den als „Bandenkampf“ bezeichneten Krieg gegen Partisanen und Juden, die seit Beginn des Ostfeldzugs als potentielle Partisanen betrachtet wurden, verstärkt fortzusetzen (Dok. 44).¹⁴ So wurden von Sommer 1943 an ebenfalls die letzten Gettos mit jüdischen Zwangsarbeitern im Reichskommissariat Ostland, das das Baltikum und Teile Weißrusslands umfasste, aufgelöst (Dok. 45). Die noch als arbeitsfähig angesehenen baltischen Juden wurden in die zur Zwangsarbeit umfunktionierten Gettos in Riga und Kaunas gebracht, die übrigen ermordet.¹⁵ In Minsk tötete die SS bis Oktober 1943 die letzten Gettobewohner, unter ihnen auch zahlreiche deutsche und österreichische Juden. Insgesamt fielen den deutschen Mordkommandos mindestens 2,5 Millionen Juden, die auf sowjetischem Territorium (in den Grenzen von 1941) gelebt hatten, zum Opfer – die große Mehrheit bereits bis Ende 1942.¹⁶

In den besetzten westeuropäischen Staaten begannen die systematischen Deportationen der Juden im Sommer 1942 fast gleichzeitig. Darauf hatten sich die zuständigen Judenreferenten für Frankreich, Belgien und die Niederlande am 11. Juni bei einem Treffen unter dem Vorsitz von Adolf Eichmann in Berlin geeinigt.¹⁷ Vom Frühjahr 1943 an erfolgten die Deportationen in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Tempo.

In den Niederlanden sammelten die deutschen Behörden die Juden weiterhin im Durchgangslager Westerbork und brachten sie von dort nach Auschwitz. Zu diesem Zeitpunkt war bereits ein Drittel der einstmals 140 000 niederländischen Juden deportiert worden, und die Transporte gingen regelmäßig weiter. Zwischen März und August 1943 wurden weitere 31 300 Juden deportiert und fast alle in Sobibor ermordet. Lediglich 18 von ihnen überlebten den Krieg. Die letzte große Razzia der deutschen Polizei im September 1943 konzentrierte sich auf die verbliebenen Juden Amsterdams, unter ihnen auch die Angehörigen des Jüdischen Rats, einer jüdischen Zwangsorganisation zur Umsetzung deutscher Maßnahmen. Wie in vielen deutsch besetzten Ländern Europas blieben außerhalb der Zwangsarbeits- und Durchgangslager nur Untergetauchte zurück. Im Laufe des

12 Sybille Steinbacher, *Musterstadt Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien*, München 2000, S. 138–149.

13 Dieter Pohl, *Schauplatz Ukraine. Der Massenmord an den Juden im Militärverwaltungsgebiet und im Reichskommissariat 1941–1943*, in: Christian Hartmann u. a. (Hrsg.), *Der Deutsche Krieg im Osten 1941–1944*, München 2009, S. 155–196, hier S. 185; VEJ 8, S. 39.

14 VEJ 7, S. 33 f., sowie VEJ 8, S. 29 f. und 39 f.

15 VEJ 7, S. 60.

16 VEJ 8, S. 67.

17 VEJ 5, S. 13; VEJ 6, S. 167 f.

Jahres 1944 deportierte die SS die in Westerbork inhaftierten Juden nach Auschwitz, Theresienstadt und Bergen-Belsen. Gleichzeitig suchten die deutschen Behörden weiter unter Hochdruck nach versteckten Juden. Mit dem allerletzten Transport nach Auschwitz musste auch Anne Frank mit ihrer Familie Anfang September 1944 die Niederlande verlassen. Bis Kriegsende wurden 107 000 Juden aus den Niederlanden deportiert, von denen lediglich etwas mehr als 5000 überlebten.¹⁸

In Frankreich dagegen wurden die Deportationen Ende März 1943 vorübergehend ausgesetzt. Anders als in den Niederlanden hatten es die deutschen Besatzer mit einer Kollaborationsregierung zu tun, die durch langwierige Verhandlungen über Umfang und Art der Deportationen letztlich einen Teil der französischen Juden vor der Deportation und Ermordung bewahrte. Solange die Deutschen auf die Kooperation mit der einheimischen Verwaltung angewiesen waren, lieferte diese immer zuerst die im Land ansässigen ausländischen Juden aus. Insgesamt besaßen zwei Drittel der aus Frankreich deportierten Juden, die vor der Besetzung im Land gelebt hatten, keine französische Staatsbürgerschaft. Als die von den Deutschen verlangten Quoten auf diese Weise nicht mehr erfüllt werden konnten, dehnte die Vichy-Regierung die Verhaftungen auch auf französische Juden aus. Bis Mitte 1943 waren von den 50 000 aus Frankreich deportierten Juden lediglich 6000 französische Staatsbürger gewesen. Im Juni erhöhten die Deutschen dann das Deportationstempo, so dass bis zur Befreiung von Paris im August 1944 noch weitere rund 24 000 Juden nach Auschwitz gebracht wurden, diesmal auch viele französische Juden.¹⁹ Insgesamt wurden aus Frankreich bis Kriegsende 73 853 Juden deportiert, von denen 56 500 keine französische Staatsbürgerschaft besaßen.²⁰

Wie in Frankreich fielen auch in Belgien zunächst die ausländischen Juden, Emigranten und Flüchtlinge, die mehr als 90 Prozent der jüdischen Bevölkerung Belgiens ausmachten, den Deportationen zum Opfer. Entgegen allen Zusicherungen gerieten im Sommer 1943 aber auch die belgischen Juden in das Visier der Deutschen.²¹ Nach einem regelrechten Tauziehen über Art und Umfang der antijüdischen Verfolgung zwischen deutscher Militärverwaltung und belgischer Ministerialbürokratie, die seit der Besetzung des Landes eine Politik des kleineren Übels verfolgte und zumindest die Deportation der Juden mit belgischer Staatsangehörigkeit zu verhindern suchte, gab der Militärbefehlshaber schließlich grünes Licht. Von September 1943 an wurden nun auch belgische Juden nach Auschwitz deportiert. Gleichzeitig aber hatten die Aussicht auf ein vermeintlich baldiges Kriegsende wie auch die Einführung einer Zwangsarbeitspflicht in Belgien und den Niederlanden die Stimmung gegen die Besatzer im Laufe des Jahres 1943 aufgeheizt. Das steigerte die Bereitschaft der einheimischen Bevölkerung, Juden auf ihrer

18 Schätzungen zufolge gelang es zwischen Mai 1942 und dem Ende der deutschen Besatzung zwischen 25 000 und 28 000 Juden, in den Niederlanden unterzutauchen; Peter Romijn, *Der lange Krieg der Niederlande. Besatzung, Gewalt und Neuorientierung*, Göttingen 2017, S. 99; Katja Happe, *Viele falsche Hoffnungen. Judenverfolgung in den Niederlanden 1940–1945*, Paderborn 2017, S. 144. Über 8000 Juden, die in „Mischehe“ lebten, galten aufgrund ihres Alters als unfruchtbar oder ließen sich unter Zwang sterilisieren und wurden damit von der Deportation verschont; VEJ 12, S. 41 und 44.

19 VEJ 12, S. 79; Götz Aly, *Europa gegen die Juden 1880–1945*, Frankfurt a. M. 2017, S. 324.

20 VEJ 12, S. 80.

21 VEJ 12, S. 56 f.

Flucht zu unterstützen oder sie zu verstecken.²² Aus Luxemburg erreichte der letzte größere Transport mit 99 Juden im April 1943 Theresienstadt.

In den skandinavischen Ländern konnten die Deutschen ihre Judenpolitik nicht so reibungslos durchführen wie in den Niederlanden. Etwa die Hälfte der kleinen jüdischen Minderheit in Norwegen überlebte den Krieg, indem sie mit Hilfe von Einheimischen ins neutrale Schweden floh. Die anderen waren bereits 1942 mit Zustimmung der faschistischen Quisling-Regierung deportiert worden.²³ Als im Oktober 1944 Gerüchte über die Deportation der in „Mischehe“ lebenden Juden aufkamen, intervenierte das schwedische Außenministerium erfolgreich bei der deutschen Regierung gegen diese Maßnahme, so dass noch im April 1945 „Mischehepartner“ nach Schweden ausreisen konnten. In Schweden fand auch die überwiegende Mehrheit der dänischen Juden 1943 Aufnahme. Die Weigerung der dänischen Regierung, eine Judengesetzgebung einzuführen bzw. zu unterstützen, und die Zurückhaltung der deutschen Besatzungsverwaltung hatten den dänischen Juden zunächst relative Sicherheit geboten. Die militärischen Rückschläge der Wehrmacht in der Sowjetunion und in Italien mobilisierten den Widerstand im Land, der sich im August 1943 zu einer Streikwelle formierte. Der deutsche Reichsbevollmächtigte Werner Best verhängte den Ausnahmezustand, und Hitler ordnete die Deportation der dänischen Juden an.²⁴ In einer beispiellosen Solidaritätsaktion ermöglichten dänische Helfer daraufhin rund 5500 Juden die Flucht über den Öresund nach Schweden. Die Finnen, die sich dem Deutschen Reich 1941 im Krieg gegen die Sowjetunion angeschlossen hatten, um sich des aggressiven sowjetischen Gebietsanspruchs – wie er im Winterkrieg 1939/40 manifest geworden war – zu erwehren, die aber die nationalsozialistische Weltanschauung nicht teilten, weigerten sich trotz Drängens Himmlers, ihre jüdischen Mitbürger auszuliefern.²⁵

In den Ländern Südosteuropas war die Politik gegenüber den Juden stark von der jeweiligen Besatzungsmacht beeinflusst.²⁶ 1941 hatten italienische und deutsche Truppen Jugoslawien und Griechenland besetzt und die Länder gemeinsam mit den Verbündeten Bulgarien und Ungarn in Besatzungszonen unter sich aufgeteilt. Das kollaborierende Ustascha-Regime in Kroatien ermordete zunächst selbständig Juden. Erst als im Sommer 1942 die Deutschen mit der systematischen Deportation der europäischen Juden begannen, schickte das Reichssicherheitshauptamt einen seiner Judenberater, einen Fachmann für Beraubung und Deportation, nach Kroatien, der den Abtransport der noch verbliebenen Juden forcierte. In Zusammenarbeit von deutschen und kroatischen Behörden wurden seit Mai 1943 noch rund 7000 Juden verhaftet und die meisten in Auschwitz ermordet, im April 1944 galt Kroatien als „judenfrei“.²⁷ In Serbien hatten Wehrmachtseinheiten die meisten jüdischen Männer bereits im Herbst 1941 unter dem

22 In Belgien wurde die allgemeine Zwangsarbeitspflicht im Oktober 1942 eingeführt, in den Niederlanden rekrutierten die Behörden seit dem Frühjahr 1943 ehemalige Kriegsgefangene, damit sie in Deutschland Zwangsarbeit verrichteten; VEJ 12, S. 39 und 53.

23 Christian Gerlach, *Der Mord an den europäischen Juden. Ursachen, Ereignisse, Dimensionen*, München 2017, S. 112.

24 VEJ 12, S. 18 f.

25 Leni Yahil, *Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden*, München 1998, S. 777 f.

26 VEJ 14, S. 14.

27 VEJ 14, S. 49 f.

Vorwand von „Sühnemaßnahmen“ getötet. Zwischen März und Mai 1942 ermordete die SS in einem Gaswagen auch die im Lager Semlin inhaftierten jüdischen Frauen, Kinder und Alten.²⁸ West-Makedonien geriet 1941 unter bulgarische Verwaltung, die angesichts des zunehmenden Drucks der deutschen Regierung im März 1943 mehr als 7000 Juden an die Deutschen auslieferte. Insgesamt waren bei Kriegsende 60 000 jugoslawische Juden ermordet worden, das entsprach 75 bis 80 Prozent der jüdischen Vorkriegspopulation.

In dem 1939 von Italien annektierten Albanien konnte die Verfolgung der Juden dagegen nicht umgesetzt werden – das betraf auch ausländische Juden, die sich im Land aufhielten; insbesondere deutsche und österreichische, aber auch tschechoslowakische Juden hatten seit 1938 die moderaten albanischen Einreisebestimmungen genutzt. Die Politik der italienischen Besatzungsmacht verzögerte die Ermordung der Juden, und als im September 1943 die Wehrmacht das Land besetzte und die Deutschen eine albanische Marionettenregierung installierten, widersetzten sich ähnlich wie in Dänemark weite Teile der albanischen Bevölkerung den Deportationsmaßnahmen. So lebten dort am Ende des Krieges mehr Juden als 1939.²⁹

Ähnlich wie Jugoslawien zerfiel auch Griechenland 1941 in verschiedene Besatzungszonen. Westgriechenland, der Peloponnes und Athen gerieten unter italienische, Nordgriechenland und Thessaloniki unter deutsche und Teile Makedoniens und Thrakiens unter bulgarische Herrschaft. Deutlich später als in anderen besetzten Ländern in Europa begannen die Deportationen der Juden Thessalonikis erst im März 1943. In der Nähe des Bahnhofs errichteten die deutschen Besatzer ein Durchgangslager, in dem sie die Juden der Stadt unter erbärmlichen Bedingungen oft wochenlang bis zu ihrer Abfahrt einsperrten. Bis August waren 48 533 Juden nach Auschwitz deportiert und dort ermordet worden.³⁰ Mit der Kapitulation Italiens im September und der nachfolgenden Besetzung des Landes durch die deutsche Wehrmacht verloren auch die 12 000 Juden im westlichen Griechenland ihren Schutz. Vorgewarnt durch das Schicksal der Juden Thessalonikis, folgten viele dem deutschen Aufruf zur Registrierung nicht. Mehrere Tausend Juden flohen über die Türkei nach Palästina oder tauchten mit Hilfe der Bevölkerung und der Kirche unter. Dennoch wurden mehrere Tausend nach Auschwitz gebracht. Insgesamt überlebten nur knapp 15 Prozent der jüdischen Vorkriegsbevölkerung Griechenlands den Krieg.³¹ Die Juden Thessalonikis wurden nahezu ausnahmslos ermordet.

Mit den zunehmenden Rückschlägen der Wehrmacht an der Ostfront und in Nordafrika änderte sich die Haltung der mit dem Reich verbündeten Länder. Eberhard von Thadden, Judenreferent im Auswärtigen Amt, beschrieb die Situation nach dem Krieg so: „Je ungünstiger die militärische Lage war, insbesondere nach Stalingrad, desto weniger waren die uns befreundeten Länder bereit, die ursprünglich eingeschlagene Judenpolitik weiter zu verfolgen.“³²

28 VEJ 14, S. 45 und VEJ 14/126.

29 VEJ 14, S. 78.

30 Yahil, Shoah (wie Anm. 25), S. 563 f.

31 VEJ 14, S. 78.

32 Vernehmung Eberhard von Thaddens, 12. 6. 1947, zit. nach: Sebastian Weitkamp, Braune Diplomaten. Horst Wagner und Eberhard von Thadden als Funktionäre der „Endlösung“, Bonn 2008, S. 151.

Eine Ausnahme bildete jedoch der einst wichtige Achsenpartner Italien, der sich trotz seiner eindeutig rassistischen Ausrichtung von Beginn an geweigert hatte, die italienischen Juden den Deutschen auszuliefern. Erst als nach der Landung der Alliierten auf Sizilien im Juli 1943 und dem Sturz Mussolinis die Wehrmacht im September Nord- und Mittelitalien besetzte, begann ein Judenberater des Reichssicherheitshauptamts mit der Organisation der Deportationen. Wie bereits erwähnt, entfiel der Schutz nun auch in den ehemaligen italienischen Besatzungszonen in Griechenland, im Südosten Frankreichs und in Jugoslawien. Allein im Raum Nizza wurden umgehend mehr als 1800 Juden verhaftet.³³ Das Innenministerium der faschistischen Marionettenregierung in Norditalien unterstützte die Pläne der deutschen Besatzer, als es Ende November 1943 anordnete, alle italienischen Juden zu verhaften. In Zusammenarbeit mit der italienischen Polizei deportierten die Deutschen bis Kriegsende noch rund 7500 Juden aus Italien. Der großen Mehrzahl der italienischen Juden gelang jedoch die Flucht, so dass über 80 Prozent der 1938 in Italien wohnhaften 45 000 Juden überlebten.³⁴

Die bulgarische Regierung zögerte, sich der deutschen Vernichtungspolitik anzuschließen.³⁵ Zwar führte sie diskriminierende Maßnahmen ein und verpflichtete jüdische Männer zur Zwangsarbeit, lieferte aber die innerhalb Bulgariens lebenden Juden nicht an die Deutschen aus. Ganz anders verhielt es sich mit den Juden in den bulgarischen Besatzungszonen Thrakien und Makedonien. Im Frühjahr 1943 übergaben die bulgarischen Behörden den deutschen Verbündeten 11 343 Juden aus diesen Gebieten, die über Wien in das Vernichtungslager Treblinka gebracht wurden.³⁶ Spätestens im Herbst 1943 war die bulgarische Regierung dann angesichts der militärischen Situation um Kontaktaufnahme mit den Alliierten bemüht, was weitere Zugeständnisse an die deutsche Vernichtungspolitik ausschloss.

Im verbündeten Rumänien agierten die Behörden in den neu besetzten und den altrumänischen Gebieten sehr unterschiedlich. In den von den Rumänen besetzten und annektierten Gebieten Bessarabien und der Bukowina gingen sie äußerst brutal vor. Zehntausende Juden starben an Verwahrlosung und Unterernährung oder wurden regelrecht abgeschlachtet. Planungen zur Deportation der Juden Altrumäniens, jener Gebiete also, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg zum Land gehört hatten, hatte Staatschef Antonescu hingegen bereits im Oktober 1942 gestoppt. Seit 1943 bemühte er sich dann mit Blick auf die Alliierten um die Rückführung der nach Transnistrien verschleppten Juden. Bis zur Kapitulation Rumäniens im Sommer 1944 fielen Schätzungen zufolge zwischen 280 000 und 380 000 Juden auf rumänischem Gebiet der Verfolgung zum Opfer, davon allein bis zu 180 000 auf dem Weg nach oder in Transnistrien.³⁷ Hinzu kamen zwischen 115 000 und 180 000 vormals ukrainische Juden aus Transnistrien.³⁸

Anders als Bulgarien und Rumänien lieferte die slowakische Marionettenregierung ihre Juden ohne Zögern an die Deutschen aus. 1942 wurden rund 57 600 slowakische Juden deportiert. Im Oktober des Jahres wurden die Maßnahmen jedoch eingestellt, da sich

33 VEJ 12, S. 77 f.

34 VEJ 14, S. 29.

35 VEJ 13, S. 85–87 und VEJ 13/308.

36 VEJ 13, S. 88 und VEJ 13/321.

37 VEJ 13, S. 73.

38 VEJ 7, S. 69.

ein deutlicher Stimmungsumschwung in der Bevölkerung abzeichnete, den nicht zuletzt Proteste der katholischen Kirche befördert hatten. 1943 und 1944 drängte die deutsche Regierung vergeblich auf die Wiederaufnahme der Deportationen. Erst als die Wehrmacht im August 1944 das Land infolge des Slowakischen Nationalaufstands besetzte, begann die Jagd auf die Juden erneut. In den folgenden Monaten wurden mehr als 12 000 von ihnen festgenommen und nach Auschwitz, Theresienstadt, Ravensbrück und Sachsenhausen deportiert.

Ungarn war ein Sonderfall. Obwohl die jüdische Bevölkerung seit 1938 zunehmenden Diskriminierungen ausgesetzt war, weigerte sich die Regierung des Reichsverwesers Horthy trotz ausdrücklicher Aufforderung Hitlers, die Juden aus Ungarn auszuliefern (Dok. 10). Dies galt bis auf wenige Ausnahmen auch für die Juden in den ungarisch besetzten Gebieten. Zwar wurden 1941 weit über 10 000 Juden ins deutsche Besatzungsgebiet in der Ukraine abgeschoben und dort von der SS ermordet. Als aber 1942 ungarische Militärs in der Batschka ein Massaker an Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde von Novi Sad begingen, wurden die Täter Ende 1943 nach heftigen Protesten zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Erst mit der deutschen Besetzung Ungarns trat dann ein grundlegender Wandel ein. Als die Rote Armee im Frühjahr 1944 bis zur ungarischen Grenze vorrückte, befürchtete die deutsche Führung, die Ungarn könnten dem Vorbild Italiens folgen und einen Separatfrieden mit den Alliierten schließen. Am 19. März 1944 marschierte die Wehrmacht in Ungarn ein und besetzte das Land. Damit geriet die letzte große jüdische Gemeinschaft in Europa mit rund 765 000 Juden in deutsche Gewalt. Adolf Eichmann richtete sich umgehend mit einem ganzen Stab erprobter Judenberater in Budapest ein, um die Deportationen zu organisieren. Die Durchführung übernahmen ungarische Stellen. Obwohl sich das Reich zu diesem Zeitpunkt bereits in einer prekären militärischen Situation befand, wurde kein Aufwand gescheut, um möglichst viele Juden Ungarns rasch zu ermorden.³⁹ Im Juli 1944 stoppte Reichsverweser Horthy unter dem massiven Druck der Alliierten vorübergehend die Deportationen, nachdem bis dato schon etwa 430 000 ungarische Juden nach Auschwitz deportiert worden waren.⁴⁰ Als die faschistischen Pfeilkreuzler im Oktober putschten und die Regierung übernahmen, begannen die berüchtigten Todesmärsche der Budapester Juden nach Österreich. Im Getto von Budapest ermordeten die Pfeilkreuzler noch Tausende Menschen, bis Mitte Januar 1945 die Rote Armee die Stadt einnahm.

Die Haltung der Alliierten, der neutralen Länder und internationaler Organisationen

Mit Beginn der Offensive der Roten Armee in Stalingrad und im Kaukasus waren die sowjetischen Truppen 1943 auf das bis dahin von der Wehrmacht besetzte Gebiet vorgeückt. Damit drohte die Entdeckung der Massengräber, die von den Gräueltaten der

39 Götz Aly/Christian Gerlach, Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/1945, Stuttgart 2002; Yaron Pasher, Holocaust versus Wehrmacht. How Hitler's „Final Solution“ Undermined the German War Effort, Kansas 2014, S. 224–229.

40 Aly/Gerlach, Das letzte Kapitel (wie Anm. 39), S. 274.

Deutschen zeugten.⁴¹ Die deutsche Führung war deshalb eiligst bemüht, die Spuren der Verbrechen zu verwischen. Auf Anordnung Himmlers öffneten Sonderkommandos, die mehrheitlich aus jüdischen Häftlingen bestanden, im Rahmen der sogenannten Aktion 1005⁴² zahlreiche Massengräber und verbrannten die exhumierten Opfer auf Scheiterhaufen und in Gruben. Der rasche Vormarsch der Roten Armee verhinderte aber eine vollständige Beseitigung der Spuren. Spätestens mit der Befreiung des Vernichtungslagers Majdanek im Juli 1944 wurde die Geheimhaltungspolitik gegenüber der internationalen Öffentlichkeit obsolet.

Aber so weit war es noch nicht, als sich im Westen in der zweiten Jahreshälfte 1942 die Berichte über den Mord an den Juden häuften. Die Alliierten informierten im Dezember erstmals offiziell über die deutschen Massenverbrechen und kündigten an, alle Verantwortlichen bestrafen zu wollen.⁴³ Konkrete Rettungsmaßnahmen blieben aber aus. Solange sich das Deutsche Reich auf dem Höhepunkt seiner Macht befand, war der Handlungsspielraum für Rettungsinitiativen in der Tat begrenzt. Aber auch nach der militärischen Wende des Krieges ergriffen die Alliierten keine energischen Maßnahmen gegen die Vernichtung der europäischen Juden.

Im April 1943 trafen sich Vertreter Großbritanniens und der USA auf den Bermuda-Inseln, um über eine Soforthilfe für Flüchtlinge zu beraten (Dok. 18).⁴⁴ Die Ergebnisse waren enttäuschend. Die Gespräche blieben so allgemein, dass die spezielle Frage der jüdischen Flüchtlinge im Abschlusskommuniqué nicht einmal Erwähnung fand.⁴⁵ Statt also eine Lösung für die drängende Problematik zu finden, einigten sich die britischen und US-amerikanischen Repräsentanten stillschweigend darauf, die jeweils nationalen Interessen des anderen zu wahren. Die Briten lehnten jede Einmischung in ihre Palästina-Politik ab, die Amerikaner wollten jede Diskussion über ihre strenge Einwanderungspolitik unterbinden. Beide Staaten teilten die Befürchtung eventueller Nachkriegsverpflichtungen gegenüber Flüchtlingen, die in neutralen Ländern Aufnahme gefunden hatten.⁴⁶

Antisemitische Ressentiments und ökonomische Bedenken hemmten die Flüchtlingspolitik zusätzlich. Dabei zogen sich die westlichen Alliierten auf einen Standpunkt zurück, dessen Grundprinzip lautete: Wir helfen den europäischen Juden am besten,

41 Jens Hoffmann, „Das kann man nicht erzählen“. „Aktion 1005“ – Wie die Nazis die Spuren ihrer Massenmorde in Osteuropa beseitigten, Hamburg 2008; Andrej Angrick, „Aktion 1005“. Spuren-beseitigung von NS-Massenverbrechen 1942–1945, Göttingen 2018.

42 Der Name der Operation ging auf ein entsprechendes Aktenzeichen im Reichssicherheitshauptamt zurück.

43 VEJ 6/202.

44 Monty N. Penkower, The Bermuda Conference and Its Aftermath. An Allied Quest for „Refuge“ During the Holocaust, in: Michael Robert Marrus (Hrsg.), The Nazi Holocaust. Bystanders to the Holocaust, Teil 8, Bd. 1, Westport/London 1989, S. 413–431.

45 PM Daily, 30.4.1943, S. 8.

46 Henry L. Feingold, Politics of Rescue. The Roosevelt Administration and the Holocaust, 1938–1945, New Brunswick 1970, S. 197–207; Bernard Wasserstein, Britain and the Jews of Europe 1939–1945, Oxford 1979, S. 188–191; David S. Wyman, Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden, München 1986, S. 171; Richard Breitman, Staatsgeheimnisse. Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert, München 1999, S. 250 f.; Günter Schubert, Der Fleck auf Uncle Sams weißer Weste. Amerika und die jüdischen Flüchtlinge 1938–1945, Frankfurt a. M. 2003, S. 184–188; Richard Breitman/Allan Lichtman, FDR and the Jews, Cambridge 2013, S. 215 f.

indem wir schnellstmöglich den Krieg gewinnen.⁴⁷ Im Umkehrschluss bedeutete dieser Grundsatz, dass alle gesonderten Maßnahmen zur Rettung von Juden die Kriegsanstrengungen der Alliierten behinderten und daher nicht erwünscht waren. Dennoch ebnete der wachsende innenpolitische Druck liberaler und jüdischer Kräfte auf US-Präsident Roosevelt schließlich den Weg zur Errichtung einer unabhängigen Flüchtlingsbehörde. Während die britische Regierung weiter an dem unbedingten Vorrang der Kriegsanstrengungen vor humanitärer Intervention festhielt, gründete die US-Regierung im Januar 1944 das War Refugee Board (Dok. 105).⁴⁸ Doch obwohl die neue Flüchtlingsbehörde durchaus weitreichende Kompetenzen besaß, erwies sich ihr Einfluss als gering.

In der UdSSR erhielt das Politbüro erste Berichte über die deutschen Massenmorde an Juden auf sowjetischem Territorium bereits wenige Wochen nach dem Überfall der Wehrmacht im Sommer 1941.⁴⁹ Im folgenden Winter unterstützte die sowjetische Propagandaabteilung die Gründung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees mit dem Ziel, finanzielle Mittel aus dem Ausland, vornehmlich amerikanischer Juden, einzuwerben, um die sowjetischen Kriegsanstrengungen zu unterstützen.⁵⁰ Über die Aktivitäten des Komitees, das immer wieder den Mord an den sowjetischen Juden thematisierte, berichteten die staatlich gelenkte Presse und der Rundfunk, wenn auch selten an prominenter Stelle und häufig unvollständig. Konkrete Hilfe konnte das Komitee erst nach der Rückeroberung der besetzten Gebiete durch die Rote Armee leisten. Bis Kriegsende intensivierte es Repatriierungsmaßnahmen und Unterstützung für Überlebende, pflegte Kontakte zu den internationalen jüdischen Organisationen und sammelte Dokumente und Zeugnisse über die Ermordung der sowjetischen Juden.⁵¹

Seit 1943 verstärkte sich in der Sowjetunion die Tendenz, die spezifisch antijüdischen Aspekte der Verbrechen zu beschweigen.⁵² Zwar berichteten die Medien weiter über deutsche Massaker an der Zivilbevölkerung, fast nie wurde aber darauf hingewiesen, dass es sich in vielen Fällen um jüdische Opfer handelte. Die sowjetischen Juden wurden als „friedliche Sowjetbürger“ ausgegeben und vereinnahmt, um zu betonen, dass der deutsche Angriff der Vernichtung der Völker der Sowjetunion gelte.⁵³

47 Shlomo Aronson, *Hitler, the Allies and the Jews*, Cambridge 2006, S. 62.

48 Monty N. Penkower, *Jewish Organizations and the Creation of the U. S. War Refugee Board*, in: Marrus (Hrsg.), *The Nazi Holocaust* (wie Anm. 44), Teil 8, Bd. 2, S. 905–922; Breitman/Lichtman, *FDR and the Jews* (wie Anm. 46), S. 262–275.

49 Karel Berkhoff, *Motherland in Danger. Soviet Propaganda during World War II*, Cambridge 2012, S. 136.

50 Zum Jüdischen Antifaschistischen Komitee siehe VEJ 7, S. 86.

51 Shimon Redlich, *Propaganda and Nationalism in Wartime Russia. The Jewish Antifascist Committee in the USSR 1941–1948*, Boulder 1982, S. 126–133; Arno Lustiger, *Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden*, Berlin 1998, S. 137–140; zur Materialsammlung des Jüdischen-Antifaschistischen Komitees siehe Wassili Grossman/Ilja Ehrenburg/Arno Lustiger (Hrsg.), *Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden*, Reinbek 1994.

52 Berkhoff, *Motherland* (wie Anm. 49), S. 153.

53 Yitshak Arad, *The Holocaust as Reflected in the Soviet Russian Language Newspapers in the Years 1941–1945*, in: Robert Moses Shapiro (Hrsg.), *Why Didn't the Press Shout? American & International Journalism During the Holocaust*, New York 2003, S. 199–220, hier S. 201.

In Anbetracht der alliierten Untätigkeit blieben die internationalen jüdischen Hilfsorganisationen und die Jewish Agency for Palestine die größte Hoffnung für die verfolgten Juden. Allerdings waren den in den USA ansässigen jüdischen Interessenvertretungen Schranken gesetzt. Der 1936 gegründete Jüdische Weltkongress betrachtete sich als weltweite politische Organisation zur Verteidigung der Rechte von Juden, als Staatssurrogat sozusagen, wohingegen sich der Joint als philanthropische Hilfsorganisation verstand. Das jüdische Establishment in den USA war darauf bedacht, die amerikanische Politik strikt zu befolgen, hoffte es doch, durch loyales Verhalten die Unterstützung der Vereinigten Staaten und auch Großbritanniens für die Errichtung eines jüdischen Staats nach dem Krieg gewinnen zu können.⁵⁴ So betonte der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Stephen Wise, bei der American Jewish Conference im August 1943 in New York (Dok. 75) die Loyalität der amerikanischen Juden gegenüber der US-Regierung und unterstützte damit die alliierte Politik des Primats des Krieges vor der Rettung der Juden.⁵⁵ Die Ermordung der europäischen Juden wurde zu diesem Zeitpunkt bereits als unabänderliche Tatsache angesehen, deshalb sei nunmehr, so der Tenor der gesamten Konferenz, dem Ziel der jüdischen Staatsgründung absolute Priorität einzuräumen.⁵⁶ Die Möglichkeiten der Jewish Agency als faktische Vertretung der kleinen jüdischen Gemeinde in Palästina, des Jischuw, waren begrenzt.⁵⁷ Die Führungsriege um David Ben-Gurion war angesichts der Lethargie der Alliierten und der jüdischen Organisationen desillusioniert, aber stets um ein friedliches Verhältnis zur britischen Mandatsmacht bemüht. Seit Kriegsbeginn unterhielt der Jischuw in Genf, seit Ende 1942 auch in Istanbul Büros, um den Kontakt zu den jüdischen Gemeinden in Europa zu halten, sie mit finanziellen Mitteln zu versorgen und untergetauchte Juden nach Palästina zu schmuggeln. Vorrangig waren dabei die Besiedlung des Landes und die Sorge um die ersehnte Staatsgründung.⁵⁸ Gleichzeitig wurden seit 1943 insbesondere im Umfeld der Jewish Agency Stimmen laut, die eine Entschädigung jüdischer Opfer nach dem Krieg forderten. Angesichts der deutlich werdenden totalen Zerstörung jüdischen Lebens in Europa nahmen – zusätzlich zu individuellen Ansprüchen – auch Forderungen nach einer

54 Susanne Heim, Widersprüchliche Loyalitäten. Die Reaktion internationaler jüdischer Hilfsorganisationen auf die Situation der deutschen Juden, in: Doris Bergen/Andrea Löw/Anna Hajková (Hrsg.), *Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941–1945*, München 2013, S. 237–252, hier S. 238.

55 Zur Problematik und Vorgeschichte der American Jewish Conference siehe David S. Wyman, *Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden*, München 1986, S. 234–237.

56 Zohar Segev, *The World Jewish Congress during the Holocaust. Between Activism and Restraint*, Berlin/Boston 2014, S. 91–93.

57 Zur Diskussion um das Engagement der Jewish Agency zur Rettung der europäischen Juden siehe Dina Porat, *Palestinian Jewry and the Jewish Agency: Public Response to the Holocaust*, in: Marrus (Hrsg.), *The Nazi Holocaust* (wie Anm. 48), Teil 8, Bd. 2, S. 601–628, hier S. 616–618; Tom Segev, *Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung*, Reinbek 1995, S. 105–114; Shabtai Tevet, *Ben-Gurion and the Holocaust*, New York 1996, S. 102–111.

58 Bela Vago, *Some Aspects of the Yishuv Leadership's Activities during the Holocaust*, in: Marrus (Hrsg.), *The Nazi Holocaust* (wie Anm. 48), Teil 8, Bd. 2, S. 580–600, hier S. 595; Porat, *Palestinian Jewry* (wie Anm. 57), S. 619–623; Dina Porat, *The Allies, Herzl's Testament, the Holocaust and Limitations of Jewish Policies, July 1944*, in: *Holocaust and Genocide Studies*, Bd. 6, Nr. 3 (1991), S. 269–282, hier S. 272.

kollektiven Entschädigung Gestalt an (Dok. 185 und Dok. 187).⁵⁹ Die Alliierten wandten sich ebenfalls der Nachkriegszeit zu: Im Oktober 1943 gründeten mehrere alliierte Staaten die United Nations War Crimes Commission, die Beweise für die während des Krieges begangenen Verbrechen sammelte und ihre strafrechtliche Ahndung vorzubereiten half.

Anders als die Zentralen der internationalen jüdischen Organisationen verhielten sich ihre europäischen Repräsentanten, die in den letzten zwei Kriegsjahren vorwiegend von der Schweiz aus operierten. Mit der Not der Verfolgten unmittelbar konfrontiert, schreckten sie weder vor illegaler Fluchthilfe zurück noch davor, die vorgeschriebene Wirtschaftsblockade zu unterlaufen. Gerhart Riegner vom Jüdischen Weltkongress, der 1942 als einer der Ersten die westlichen Regierungen über die Massenvernichtung informiert hatte, berichtete weiter mit Nachdruck über Deportationen und Tötungen.⁶⁰ Über seine persönlichen Kontakte zu führenden Funktionären des Internationalen Roten Kreuzes bemühte er sich um eine Verbesserung der Zustände in den Gettos und Lagern (Dok. 24). Aber auch Vertreter anderer Organisationen wie Abraham Silberschein (RELICO) oder Richard Lichtheim (Zionistische Weltorganisation) engagierten sich unermüdlich für die verfolgten Juden.⁶¹ Ebenfalls von Genf aus operierten Saly Mayer, langjähriger Vorsitzender des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds und Vertreter des Joint, sowie Nathan Schwalb vom Verband zionistischer Jugendorganisationen Hechalutz. Immer wieder setzten sie sich über die Direktiven ihrer Zentralen hinweg, indem sie Lebensmittel- und Medikamentensendungen in die Konzentrationslager und Gettos schickten und untergetauchte Juden mit Geld und Papieren versorgten (Dok. 174). Im April 1944 beispielsweise erreichte ein großer Geldbetrag von Schwalb – überbracht durch einen Schweizer Kurier – die zionistische Jugendgruppe Chug Chaluzi in Berlin.⁶² Das Geld wurde für falsche Pässe, Bestechung der Gestapo und den Unterhalt der Mitglieder verwendet. Da die Alliierten die dringend benötigten finanziellen Mittel nicht in ausreichendem Maße bereitstellten, war man für die Finanzierung der Maßnahmen ausschließlich auf Spenden angewiesen. Um die strenge Devisenblockade der US-Regierung zu umgehen, überwies der Joint auf Vorschlag Mayers große Summen an die Vertretung der Schweizer Juden. Zusammen mit dem Spendenaufkommen ihrer Mitglieder wurden diese Gelder für Hilfsaktionen im besetzten Europa genutzt.⁶³

Im Frühjahr 1944 startete die US-Regierung in Reaktion auf den Einmarsch der Wehrmacht in Ungarn eine Informationskampagne über das Schicksal, das die dort ansässi-

59 Constantin Goshler, *Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945*, Göttingen 2005, S. 41.

60 Siehe unten, S. 82, und VEJ 6/148.

61 Raya Cohen, *Confronting the Reality of the Holocaust: Richard Lichtheim 1939–1942*, in: *Yad Vashem Studies XXIII* (1993), S. 335–368; Andrea Kirchner, *Wie Noah auf dem Berg Ararat. Richard Lichtheim in Genf, 1939–1946*, in: *Der Holocaust. Neue Studien zu Tathergängen, Reaktionen und Aufarbeitungen*, hrsg. von Jörg Osterloh und Katharina Rauschenberger, Frankfurt a. M. 2017, S. 41–59.

62 Ferdinand Kroh, *David kämpft. Vom jüdischen Widerstand gegen Hitler*, Reinbek 1988, S. 151 f.

63 Yehuda Bauer, *American Jewry and the Holocaust. The American Jewish Joint Distribution Committee 1939–1945*, Detroit 1981, S. 222 und 231; Hanna Zweig-Strauss, *Saly Mayer (1882–1950). Ein Retter jüdischen Lebens während des Holocaust*, Köln 2007, S. 186–188.

gen Juden erwartete, und drohte fortan regelmäßig, alle an den Verbrechen Beteiligten für ihre Taten bestrafen zu wollen (Dok. 123). Währenddessen mehrten sich konkrete Hinweise auf die Vernichtungslager und ihre Funktionsweise, die nicht mehr länger als Gerüchte aus unzuverlässigen Quellen abgetan werden konnten.⁶⁴ Angesichts der Ermordung der letzten großen jüdischen Gemeinde in Europa – zwischen Mai und Juli 1944 wurden rund 430 000 Juden aus Ungarn nach Auschwitz deportiert – stand nun auch das Vorhaben zur Diskussion, die Eisenbahnstrecke nach Auschwitz oder die Vernichtungseinrichtungen selbst zu bombardieren, um weitere Morde zu verhindern.⁶⁵ Dieses vom War Refugee Board und der Jewish Agency nachdrücklich geforderte Vorgehen scheiterte an der alliierten Devise, keine militärischen Mittel freizugeben, um Verfolgung des Regimes zu retten.⁶⁶ Dennoch bombardierten die Alliierten im August 1944 Auschwitz-Monowitz – statt jedoch Anlagen zu zerstören, die der Vernichtung von Menschen dienten, konzentrierten sich die alliierten Streitkräfte auf kriegswichtige Industrieanlagen.⁶⁷

Die Rolle der neutralen Länder in Europa war ambivalent.⁶⁸ Schweden und die Schweiz waren darauf bedacht, ihre Neutralität zu wahren und eine deutsche Besatzung zu verhindern; zwischen Spanien und dem Deutschen Reich bestanden freundschaftliche Beziehungen; Portugal verhielt sich bis 1943 neutral, als es den Alliierten schließlich die Errichtung von Militärbasen auf den Azoren gestattete. Die Schweiz weckte als traditionelles Asylland bei den Verfolgten die Hoffnung, Aufnahme zu finden. Die eidgenössische Flüchtlingspolitik war jedoch geprägt von innenpolitischen Diskussionen darüber, wie ein Ausgleich zwischen eigener Sicherheit und Abschirmung nach außen einerseits und der humanitären Verpflichtung andererseits zu finden sei.⁶⁹ Gleichzeitig profitierte das Land nicht unerheblich vom Export von Rüstungsgütern nach Deutschland. Die meisten jüdischen Flüchtlinge wurden abgewiesen. Lediglich 21 304 Juden gewährte die Schweiz während des Krieges Asyl, während sie gleichzeitig rund 104 000 Militärflüchtlinge und 51 000 Zivilpersonen aufnahm.⁷⁰

Weder das Internationale Rote Kreuz in Genf noch der Vatikan, die beide relativ genau über die deutschen Verbrechen informiert waren, konnten sich zu einem öffentlichen Appell gegen die Vernichtungspolitik durchringen. Die vordringliche Sorge der Rot-Kreuz-Funktionäre galt der Einhaltung der Genfer Konvention. Damit beschränkte sich die Hilfe auf Lebensmittel- und Medikamentensendungen in die Lager und Gettos, deren Umfang allerdings aufgrund des alliierten Verbots der Einfuhr von Waren ins

64 Breitman, Staatsgeheimnisse (wie Anm. 46), S. 285.

65 Saul Friedländer, Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden 1939–1945, München 2006, S. 655–657; VEJ 16, S. 53 f.

66 Schubert, Der Fleck (wie Anm. 46), S. 241.

67 Martin Gilbert, Auschwitz und die Alliierten, München 1982, S. 360 f.; Breitman, Staatsgeheimnisse (wie Anm. 46), S. 284–290.

68 Corry Guttstadt u. a. (Hrsg.), Bystanders, Rescuers or Perpetrators? The Neutral Countries and the Shoah, Berlin 2016.

69 Yahil, Shoah (wie Anm. 25), S. 804; Salomé Lienert, Swiss Immigration Policies 1933–1939, in: Guttstadt u. a. (Hrsg.), Bystanders? (wie Anm. 68), S. 41–51.

70 Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, hrsg. von der Unabhängigen Expertenkommission der Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Bd. 17, Zürich 2001, S. 22, 24 und 278; Walther Hofer/Herbert R. Reginbogi: Hitler, der Westen und die Schweiz: 1936–1945, Zürich 2002; Georg Kreis, Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Innsbruck 2011.

deutsch beherrschte Europa beschränkt war. Papst Pius XII. delegierte die Entscheidung, gegen die Verbrechen zu protestieren, an die regionalen Würdenträger (Dok. 16) und konnte sich nicht entschließen, seine moralische Autorität auszuspielen und den Massenmord anzuprangern. Ob und inwieweit der Vatikan konkrete Rettungsinitiativen unternommen hat, ist bis heute umstritten.⁷¹

Betrachtet man die Rettungsmaßnahmen und den Widerstand gegen die Vernichtung, die staatlicherseits im deutsch besetzten Europa geleistet wurden, so fällt die Bilanz mager aus. Lediglich in einzelnen Ländern, wie Dänemark, Italien und Albanien, weigerten sich die Regierungen, ihre jüdische Bevölkerung auszuliefern, oder schützten wie in Rumänien und Bulgarien zumindest ihre alteingesessene jüdische Bevölkerung vor der Deportation. In der letzten Kriegsphase sträubten sich die Verbündeten angesichts der militärischen Rückschläge der Deutschen mit Blick auf die Alliierten nach und nach, die Mordpolitik weiter mitzutragen, indem sie kapitulierten oder wie in Ungarn – zumindest vorübergehend – die Deportationen stoppten. Im Wesentlichen aber wurde die Vernichtungspolitik nahezu ungestört fortgesetzt. Die Alliierten, die Neutralen und die jüdischen Organisationen verfolgten vor allem ihre eigenen politischen Interessen. Im Vordergrund stand hier das Ziel, den Krieg möglichst rasch zu gewinnen, nicht in den Krieg hineingezogen zu werden und Flüchtlinge fernzuhalten oder den langgehegten Wunsch nach eigener staatlicher Souveränität zu verwirklichen.

Zur Lage der Juden im Deutschen Reich seit 1943

Insbesondere die Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad bewirkte eine tiefgreifende Zäsur im Bewusstsein der Deutschen. Die Siegeszuversicht der vorangegangenen Jahre wich der Erkenntnis, dass durchaus mit einer Niederlage zu rechnen sei. Im Innern des Reichs nahm nun auch der Terror gegen die eigene Bevölkerung wieder zu. Der von Goebbels während seiner Sportpalastrede im Februar 1943 propagierte „totale Krieg“, für den die letzten personellen und wirtschaftlichen Ressourcen mobilisiert werden mussten, erforderte unpopuläre Maßnahmen wie eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit und die Schließung kleiner und mittelständischer Betriebe.⁷²

Die Begleiterscheinungen dieser „Totalisierung“, vor allem aber die Belastungen durch den Luftkrieg, der seit dem Frühjahr mit verstärkter Intensität geführt wurde, zermürbten die deutsche Bevölkerung. Auf der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 hatten sich die westlichen Alliierten auf eine kombinierte Bomberoffensive verständigt, mit der der militärische Druck auf das Deutsche Reich erhöht werden sollte. Im Frühjahr 1943 begannen die „Round the Clock“-Bombardements, die sich gegen militärische, industri-

71 Saul Friedländer, Pius XII. und das Dritte Reich. Eine Dokumentation, Reinbek 1965; Randolph L. Braham (Hrsg.), *The Vatican and the Holocaust. The Catholic church and the Jews during the Nazi era*, New York 2000; Giovanni Miccoli, *Les Dilemmes et les silences de Pie XII.: Vatican, Seconde Guerre mondiale et Shoah*, Bruxelles 2005; Dietmar Päscher, *Vatikan und Shoa. Die Haltung des Heiligen Stuhls zu den Juden von der Zeit des Nationalsozialismus bis zum Heiligen Jahr 2000*, Frankfurt a. M. 2007.

72 Herbert, *Geschichte Deutschlands* (wie Anm. 4), S. 516–518.

elle, wirtschaftliche und zivile Ziele richteten und den Durchhaltewillen der Bevölkerung schwächen sollten. Allein im Juli und August 1943 starben in Hamburg innerhalb weniger Tage mehr als 30 000 Menschen.⁷³ Infolge der massierten Angriffe auf das Ruhrgebiet im Frühjahr 1943 stagnierte die deutsche Rüstungsproduktion.

Die kriegswirtschaftliche Mobilisierung verknüpfte das NS-Regime mit einer neuen Ausrichtung der Propaganda, die für den Fall einer Niederlage gegen die Sowjetunion ein Angst schürendes Szenario entwarf; das Hauptaugenmerk sei auf den „europäischen Abwehrkampf“ gegen den Bolschewismus zu richten. Die Auseinandersetzungen mit den Westalliierten schrumpften dagegen zu „Familienstreitigkeiten“.

Die Menschen im Reich beschäftigten in den beiden letzten Kriegsjahren allerdings Probleme ganz anderer Art: Zerstörte Lebensräume, insbesondere in den Städten, unzureichende Lebensmittelzuteilungen und die Sorge um Angehörige an der Front prägten den Alltag. Die Verfolgung der Juden spielte im Bewusstsein der Deutschen in dieser sich krisenhaft zuspitzenden Situation eine eher unbedeutende Rolle. Während die Gestapo im Frühjahr 1943 die meisten der bislang noch verbliebenen Juden aus dem Reich deportierte und damit auch letzte mögliche Berührungspunkte entfielen, intensivierte das Regime seine antijüdische Propaganda, um das Volk für den „Endkampf“ zu aktivieren.

Die Auflösung der jüdischen Gemeinden

Am Vormittag des 10. Juni 1943 stattete die Berliner Gestapo der Jüdischen Gemeinde in der Oranienburger Straße und der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in der Kantstraße einen Besuch ab. Die anwesenden jüdischen Mitarbeiter waren nicht sonderlich überrascht, als man ihnen erklärte, dass die Einrichtungen offiziell aufgelöst seien.

Diese Entwicklung hatte sich bereits seit mehreren Monaten abgezeichnet. Zunächst waren im Januar leitende Mitglieder der Gemeinden in Berlin, Wien und Prag nach Theresienstadt deportiert worden. Dann hatte die Gestapo Ende Februar während der „Fabrik-Aktion“ mehrere Tausend Juden verhaftet, die bis dahin durch ihre Arbeit in der Rüstungsproduktion verschont geblieben waren. In den folgenden Wochen waren sie gemeinsam mit weiteren Mitarbeitern der Reichsvereinigung der Juden nach Auschwitz oder Theresienstadt deportiert worden.⁷⁴

Nun wurden also sämtliche Mitarbeiter, die nicht durch eine „Mischehe“ geschützt waren, unter ihnen der letzte Leiter der Jüdischen Gemeinde Berlin Moritz Henschel und seine Frau, verhaftet und eine knappe Woche bis zu ihrem Abtransport im Sammellager

⁷³ Ludolf Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg*, Frankfurt a. M. 1996, S. 431; Armin Nolzen, „Sozialismus der Tat?“ Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) und der alliierte Luftkrieg gegen das Deutsche Reich, in: Dietmar Süß (Hrsg.), *Deutschland im Luftkrieg. Geschichte und Erinnerung*, München 2007, S. 57–69, hier S. 65.

⁷⁴ Beate Meyer, *Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945)*, Göttingen 2011, S. 218; Akim Jah, *Die Deportationen der Juden aus Berlin. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik und das Sammellager Große Hamburger Straße, Berlin* 2013, S. 458–463.

in der Großen Hamburger Straße festgehalten.⁷⁵ Gemeinsam mit rund 300 schwerkranken Patienten aus dem Jüdischen Krankenhaus bestiegen sie am Abend des 16. Juni 1943 den Zug nach Theresienstadt. Schon am Tag zuvor hatte die Gestapo die Mitarbeiter der Jüdischen Gemeinde aus Breslau deportiert, unter ihnen den Vorsitzenden Georg Kohn mit seiner Familie. In Hamburg mussten am 23. Juni 1943 die restlichen ehemaligen Gemeindeangestellten die Stadt Richtung Theresienstadt verlassen. In Stuttgart wurden die Räume und das Mobiliar der Jüdischen Kultusvereinigung Württemberg beschlagnahmt; kurz zuvor hatte sich der letzte jüdische Theologe, Dr. Josef Wochenmark, das Leben genommen. Seine Ehefrau wurde nach Theresienstadt gebracht und starb 1944 in Auschwitz.⁷⁶

Nun war vollzogen, was Ernst Kaltenbrunner, der neue Chef des Reichssicherheitshauptamts, am 21. Mai 1943 im Auftrag Himmlers angeordnet hatte: alle noch im Reich verbliebenen Juden bis zum 30. Juni zu deportieren (Dok. 29). Damit, so das Reichssicherheitshauptamt, sei die Reichsvereinigung der Juden als Interessenvertretung „praktisch aufgelöst“.⁷⁷ Allerdings handelte es sich eher um eine Umstrukturierung. Ausgenommen von der Anordnung Kaltenbrunners waren nämlich die in „Mischehe“ lebenden Juden und ihre Kinder, die sogenannten Mischlinge. Eine endgültige Entscheidung über ihr Schicksal war im Frühjahr 1943 noch immer nicht gefallen, so dass sie, wie die Gestapo Breslau verlauten ließ, in der „sogenannten ‚Restvereinigung der Juden‘“ erfasst wurden (Dok. 69). Diese Nachfolgeorganisation der Reichsvereinigung der Juden nahm im Juni 1943 ihre Arbeit auf.

Nach den letzten Massendeportationen lebten bis auf wenige Ausnahmen im Reich fortan nur noch diejenigen Juden, die durch ihre Ehe mit einem „Arier“ geschützt oder untergetaucht waren. Während sich im April 1943 noch etwa 32 000 Juden im Altreich befanden, von denen etwas mehr als die Hälfte in einer „Mischehe“ lebte, verringerte sich die Zahl der nicht geschützten Juden bis zum Juni 1943 drastisch.⁷⁸ Ähnlich stellte sich die Situation in Österreich zum Stichtag 1. Januar 1943 dar: Von den 8100 verbliebenen Juden waren 4800 durch ihre Ehe vorläufig von den Deportationen ausgenommen.⁷⁹ Die umstrukturierte Reichsvereinigung zog in das Gebäude des Jüdischen Krankenhauses im Berliner Wedding, neuer Leiter wurde der in „Mischehe“ lebende Arzt Walter Lustig.⁸⁰ Nach wie vor unterstand die nun wesentlich verkleinerte Verwaltung der

75 Henschel, *Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde* (wie Anm. 1), S. 13.

76 Vortrag von Max Plaut, *Die Gemeinde Hamburg von 1933–1943*, am 26. 12. 1946 in Tel-Aviv, YVA, O.1, File 54, S. 8; Maria Zelzer, *Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden. Ein Gedenkbuch*, Stuttgart 1964, S. 229; Katharina Friedla, *Juden in Breslau/Wrocław 1933–1949. Überlebensstrategien, Selbstbehauptung und Verfolgungserfahrungen*, Köln 2015, S. 296 f.

77 Siehe Dok. 29 vom 21. 5. 1943.

78 Siehe Dok. 12 vom 19. 4. 1943, S. 5. In den Statistiken der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland fehlen häufig Angaben zu verschiedenen Bezirken im Deutschen Reich, so dass exakte Zahlenangaben nicht möglich sind. Am 1. 9. 1944 befanden sich einschließlich der sog. Geltungsjuden 15 160 Juden im Reich, von denen lediglich 230 als sog. Volljuden galten; siehe BArch R 8150/32.

79 Ebd. Im Tätigkeitsbericht des Ältestenrats der Juden in Wien im Jahr 1943 werden 7989 Juden zu Beginn des Jahres und 6259 am Ende ausgewiesen. Von diesen lebten 5094 in „Mischehe“, und 1080 waren „Geltungsjuden“, hinzu kamen 85 ausländische Juden; siehe YVA, 030/13, Bl. 38.

80 Zu Lustig siehe ausführlich Dok. 80 vom 23. 9. 1943, Anm. 2 und Gideon Botsch, Dr. Dr. Walter Lustig – vom preußischen Medizinalbeamten zum „Ein-Mann-Judenrat“, in: *Jüdische Ärztinnen und Ärzte im Nationalsozialismus. Entrechtung, Vertreibung, Ermordung*, hrsg. von Thomas

Reichsvereinigung dem „Judenreferat“ im Reichssicherheitshauptamt. Angesichts der Verarmung ihrer Mitglieder und der Zerstörung deutscher Städte durch den Luftkrieg veränderte sich das Tätigkeitsfeld der Reichsvereinigung deutlich. Bis zum Emigrationsverbot im Herbst 1941 hatte sich die jüdische Vertretung intensiv mit der Auswanderung befasst, bevor sie in die administrative Abwicklung der Deportationen einbezogen wurde. Seit dem Frühjahr 1943 traten die Bereiche Gesundheit und Fürsorge in den Vordergrund.⁸¹

In der Zentrale der Reichsvereinigung gingen Gesuche um Unterstützungen zum Lebensunterhalt, um Beihilfe zu Wohnungsumzügen (Dok. 110), um ärztliche Betreuung in Arbeitslagern (Dok. 133) oder um Erstattung von Arztkosten sowie Hilferufe nach dem Verlust der Habe aufgrund von Bombenangriffen ein (Dok. 139). Immer wieder baten die Vertrauensmänner, jüdische Waisen oder Pflegebedürftige im Jüdischen Krankenhaus aufzunehmen, für die es keine anderen Unterbringungsmöglichkeiten mehr gab (Dok. 96 und 153). Auch Juden, die aus allen Teilen des Reichs zur Zwangsarbeit nach Berlin geholt worden waren, kamen dort unter. Des Weiteren betreute die Reichsvereinigung das letzte verbliebene Berliner Sammellager in der Großen Hamburger Straße.⁸² Dorthin wurden nun auch vermehrt Juden aus anderen deutschen Städten gebracht, bevor sie in Gemeinschaftstransporten nach Theresienstadt oder Auschwitz deportiert wurden. Im März 1944 verlegte die Gestapo das Sammellager schließlich an den Sitz der Reichsvereinigung im Jüdischen Krankenhaus. Bis Kriegsende wurden von dort aus noch 784 Juden deportiert.⁸³

Auch in Wien wurde die Zahl der Mitarbeiter der Israelitischen Kultusgemeinde drastisch reduziert. Die letzten großen Transporte aus Wien hatten, anders als im Altreich, bereits im Sommer und Herbst 1942 stattgefunden. Allein im Oktober 1942 waren rund 1500 Mitarbeiter der Kultusgemeinde mit ihren Familien deportiert worden.⁸⁴ Am 1. November 1942 wurde die Israelitische Kultusgemeinde Wien zum sogenannten Ältestenrat der Juden Wiens umfunktioniert, in Parallele zu den in den besetzten Gebieten Osteuropas installierten Judenräten.⁸⁵ Anders als seine Kollegen aus Berlin und Prag, die nach Theresienstadt deportiert wurden, blieb der Leiter der Wiener Gemeinde Josef Löwenherz im Amt. Wie in Berlin gab es auch in Wien bis zum Kriegsende eine jüdische Zwangsadministration. Solange über das Schicksal der noch geduldeten Juden, die in „Mischehe“ lebten oder aus einer solchen stammten, nicht entschieden war, nahm die deutsche Führung Rücksicht auf das nichtjüdische Umfeld. Die verbliebenen Juden

Beddies u. a., Berlin/Boston 2014, S. 103–116; Meyer, *Gratwanderung* (wie Anm. 74), S. 357–363. Zum jüdischen Krankenhaus in Berlin siehe Rivka Elkin, *Das jüdische Krankenhaus in Berlin zwischen 1938 und 1945*, Berlin 1993; Daniel Silver, *Überleben in der Hölle. Das Berliner jüdische Krankenhaus im „Dritten Reich“*, Berlin 2006.

81 Meyer, *Gratwanderung* (wie Anm. 74), S. 353.

82 Ebd., S. 351; Jah, *Deportationen* (wie Anm. 74), S. 481–490.

83 Zahlen nach Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, *Die „Juden deportierten“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945*, Wiesbaden 2005, S. 463–467.

84 Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978, S. 293; Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt a. M. 2000, S. 271–275.

85 Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung* (wie Anm. 84), S. 293; Rabinovici, *Instanzen* (wie Anm. 89), S. 259 f.; Gabriele Anderl/Dirk Rupnow, *Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution*, München 2004, S. 294 f.

wurden weiterhin betreut, aber streng von ihrer Umwelt getrennt. Der Ältestenrat musste alle Bereiche der Fürsorge übernehmen, aber auch die Melderegister führen, die die fortwährende Überwachung ermöglichten.

Jüdische Reaktionen

In der letzten Ausgabe vom 4. Juni 1943 wies das Jüdische Nachrichtenblatt seine stark geschrumpfte Leserschaft darauf hin, dass jede Veränderung des Aufenthaltsorts – und sei es nur zu Besuchszwecken – unverzüglich polizeilich gemeldet werden müsse. Mit dieser Anordnung zielte das Berliner Innenministerium auf die lückenlose Kontrolle der noch verbliebenen Juden, auch um deren Abtauchen in den Untergrund zu verhindern.⁸⁶ Gleichzeitig wurde all jenen mit scharfen Maßnahmen gedroht, die „nicht ordnungsgemäß gemeldete Juden“ aufnahmen (Dok. 57). Die Behörden reagierten damit auf die große Fluchtbewegung, die die „Fabrik-Aktion“ im Februar 1943 bei den noch in Berlin lebenden Juden ausgelöst hatte (Dok. 27 und Dok. 28). Nach vorsichtigen Schätzungen tauchten während der Kriegsjahre in Berlin insgesamt etwa 5000 bis 7000 Juden unter, die Mehrzahl erst von 1943 an. Vermutlich haben etwa 1700 von ihnen überlebt.⁸⁷

Goebbels notierte Mitte März 1943 über die „Fabrik-Aktion“ verärgert in sein Tagebuch: „Im ganzen sind wir 4000 Juden dabei nicht habhaft geworden. Sie treiben sich jetzt wohnungs- und anmeldungslos in Berlin herum und bilden natürlich für die Öffentlichkeit eine große Gefahr.“⁸⁸ Um die Untergetauchten aufzuspüren, richtete die Gestapo in Berlin den sogenannten Jüdischen Fahndungsdienst ein. Vorbild war die bereits 1942 in Wien geschaffene sogenannte Judenpolizei, kurz Jupö, die beim Abholen von Juden aus ihren Wohnungen half und nach geflohenen Juden suchte.⁸⁹ In der Regel wurden die

⁸⁶ Ministerial-Blatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern, hrsg. vom Reichsministerium des Innern (MBliV), Nr. 8, 1943, S. 814.

⁸⁷ Claudia Schoppmann, Die „Fabrikaktion“ in Berlin: Hilfe für untergetauchte Juden als Form humanitären Widerstands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (2005) 2, S. 138–148, hier S. 141 f. Zu den Zahlen siehe auch Stefi Jersch-Wenzel, 300 Jahre jüdische Gemeinde zu Berlin, in: Irmgard Wirth (Hrsg.), Leistung und Schicksal. 300 Jahre Jüdische Gemeinde zu Berlin. Dokumente, Gemälde, Druckgraphik, Handzeichnungen, Plastik. Ausstellung vom 10. Sept. bis 10. Nov. im Berlin-Museum, Berlin 1971, S. 25; Konrad Kwiet, The Ultimate Refuge. Suicide in the Jewish Community under the Nazis, in: Leo Baeck Institute Yearbook, 29 (1984), S. 135–168, hier S. 157. Wolfgang Benz nimmt für das Deutsche Reich insgesamt annähernd 10 000 untergetauchte Juden an; siehe Wolfgang Benz, Überleben im Untergrund 1943–1945, in: ders. (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1993, S. 660–700, hier S. 660; Gedenkstätte Stille Helden (Hrsg.), Widerstand gegen die Judenverfolgung 1933 bis 1945, Berlin 2018, S. 6 f.; siehe auch VEJ 6, S. 78.

⁸⁸ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte von Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 7: Januar–März 1943, München u. a. 1993, S. 528, Eintrag vom 11. 3. 1943.

⁸⁹ Zur Wiener Judenpolizei siehe Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung (wie Anm. 84), S. 299; Rabinovici, Instanzen (wie Anm. 89), S. 287 f.; Doris Tausendfreund, Erzwingener Verrat. Jüdische „Greifer“ im Dienst der Gestapo 1943–1945, Berlin 2006. Beate Meyer weist darauf hin, dass neben Berlin und Wien auch in Frankfurt am Main Juden als Gestapospitzel gearbeitet haben; siehe Meyer, Gratwanderung (wie Anm. 74), S. 283.

als „Greifer“ bezeichneten jüdischen Mitglieder des Fahndungsdienstes mit dem Versprechen geködert und erpresst, ihnen und ihren Angehörigen Schutz vor der Deportation zu gewähren. Spürte die Gestapo untergetauchte Juden auf, wurden diese umgehend deportiert.

Der Gang in die Illegalität war für viele Juden allerdings nur schwer vorstellbar. Der jüdische Lehrer Jizchak Schwersenz schrieb nach dem Krieg: „Ich wehrte diesen Gedanken zunächst entschieden ab, denn es war mir – einem nach preußischen Grundsätzen erzogenen Juden – völlig undenkbar, mit falschen Papieren herumzulaufen, mich zu verstecken und mit ‚Lug und Trug‘ zu leben.“⁹⁰ Überdies war ein Leben im Untergrund zumeist nur mit der Hilfe von Nichtjuden möglich, deren Beweggründe nicht immer eindeutig waren. Während einige Helfer ganz spontan aus humanitärer Nächstenliebe handelten, motivierte andere die Aussicht auf ökonomische oder sexuelle Gegenleistung. Maria von Maltzan, die in ihrer kleinen Berliner Wohnung neben ihrem jüdischen Lebensgefährten noch zwei weitere Juden versteckte, schilderte ihre permanente psychische Anspannung. Sie fürchtete, verhaftet und hingerichtet zu werden, verzweifelte an der Aufgabe, vier Menschen mit einer einzigen Lebensmittellkarte zu versorgen, und litt unter der Enge in ihrer Wohnung (Dok. 91). Dennoch versteckte sie immer wieder jüdische Verfolgte.⁹¹ Marie Jalowicz tauchte im Winter 1942 als 20-Jährige in Berlin unter.⁹² Bis Kriegsende wurde sie von den verschiedensten Menschen aus den unterschiedlichsten Milieus unterstützt – von einem Juden, der durch seine Ehe geschützt war, von kommunistischen Widerstandskämpfern und einem niederländischen Fremdarbeiter. Gelegentlich wurden von ihr sexuelle „Gefälligkeitsdienste“ verlangt, wie sie offen berichtete. Über den unmittelbaren Kreis der Helfer hinaus wussten oder ahnten viele Leute in ihrem Umfeld, dass sie Jüdin war, ohne sie zu denunzieren – unter ihnen selbst überzeugte Nationalsozialisten, die sich für eine Kriegsniederlage rückzuversichern gedachten.⁹³ Aber auch organisierte Gruppen von Unangepassten beteiligten sich an der Versorgung der „U-Boote“, wie die Untergetauchten genannt wurden, mit Papieren, Lebensmittellkarten und an der Quartierssuche.⁹⁴ In Stuttgart baute ein Pfarrer seit 1943 ein systematisches Hilfsnetz in Baden-Württemberg zur Unterbringung jüdischer Untergetauchter auf und rettete vielen das Leben.⁹⁵ In Berlin zahlten fast alle Mitglieder

90 Zit. nach: Marion Kaplan (Hrsg.), *Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945*, München 2003, S. 463.

91 Maria Gräfin von Maltzan, *Schlage die Trommel und fürchte Dich nicht*, Berlin 1986, S. 141–143.

92 Marie Jalowicz-Simon, *Untergetaucht. Eine junge Frau überlebt in Berlin 1940–1945*, Frankfurt a. M. 2014.

93 Ebd., S. 258.

94 Exemplarisch hierzu Ruth Andreas-Friedrich, *Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938–1945*, Berlin 1983; Karin Friedrich, „Er ist gemein zu unseren Freunden ...“. Das Retternetz der Gruppe „Onkel Emil“, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer*, München 2003, S. 97–109; Hans-Rainer Sandvoß, *Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin 1933 bis 1945*, Berlin 2007, S. 241–254.

95 Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder, *Juden – Christen – Deutsche*, Bd. 4/I: 1941–1945, *Vernichtet*, Stuttgart 2004, S. 182–212; Bernd Florath, *Die Europäische Union*, in: Johannes Tuchel (Hrsg.), *Der vergessene Widerstand – Zu Realgeschichte und Wahrnehmung von Opposition und Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Göttingen 2005, S. 114–139; zahlreiche Einzelschicksale bei Susanne Schrafstetter, *Flucht und Versteck. Untergetauchte Juden in München – Verfolgungserfahrung und Nachkriegsaltag*, Göttingen 2015.

der Widerstandsgruppe „Europäische Union“ für ihr Engagement für Juden mit dem Leben (Dok. 100).

Grenzüberschreitende Fluchten gelangen zu diesem Zeitpunkt nur noch ganz vereinzelt. Bis auf die Schweiz waren alle Anrainerstaaten deutsch besetzt. Bereits die Fahrt an die Grenze mit dem Zug barg aufgrund der ständigen Kontrollen große Risiken. Im stark bewachten Grenzbereich waren die Flüchtenden dann auf Helfer mit Ortskenntnissen angewiesen, die mit detaillierten Wegbeschreibungen den Übertritt über die grüne Grenze überhaupt erst ermöglichten (Dok. 49 und Dok. 121). Die Berliner Jüdin Mathilde Bing, deren Söhne nach England emigriert waren, gelangte Anfang 1943 auf ihrem Weg nach Schweden bis nach Rostock. Dort denunzierte sie ihr Kontaktmann, ein Lademeister, bei der Gestapo. Sie wurde verhaftet und schließlich wenige Monate danach in Auschwitz ermordet. Dem als Mitarbeiter der Reichsbahn verkleideten Kurt Lindenberg hingegen gelang die Flucht mit einem Güterwaggon zunächst bis nach Warnemünde. Von dort erreichte er mit der Fähre Dänemark und schließlich mit großer dänischer Hilfsbereitschaft die Weiterreise über den Öresund nach Schweden.⁹⁶

Die Anonymität Berlins bot allerdings auch relativ gute Möglichkeiten, in der Illegalität zu überleben. In keiner anderen deutschen Stadt erlebten mehr als 50 Untergetauchte das Kriegsende.⁹⁷ In Hamburg fehlten bis zum Herbst 1943 rund 200 Juden, die untergetaucht waren, in der Personenkartei der Bezirksstelle Nordwest der Reichsvereinigung der Juden. Überlebt haben Schätzungen zufolge aber nur etwa 50.⁹⁸ In Österreich wurden circa 600 „U-Boote“ befreit, die meisten von ihnen in Wien.⁹⁹ Erschwert wurde das Leben im Untergrund durch den Luftkrieg, der die ohnehin schwierige Quartierssuche in den ausgebombten Städten zusätzlich behinderte. Viele der Untergetauchten starben während der Angriffe, da sie die Luftschutzräume nicht aufsuchen konnten. Gleichzeitig boten verbrannte Melderegistaturen, zerstörte Straßenzüge und allgemeines Chaos Möglichkeiten, falsche Papiere zu beschaffen und fremde Identitäten anzunehmen.

Es gab sogar einzelne Fälle, in denen ganze Familien in der Illegalität überlebten. Nach der „Fabrik-Aktion“ entschloss sich beispielsweise das Ehepaar Frankenstein, mit ihrem nur wenige Wochen alten Säugling unterzutauchen. Im Untergrund bekam Leonie Frankenstein im September 1944 noch ein weiteres Kind.¹⁰⁰ Neben der ständigen Sorge um alle praktischen Aspekte des Überlebens beherrschte das Gefühl der Einsamkeit den Alltag. Als Elfriede Gerstl als 14-Jährige im Sommer 1942 gemeinsam mit ihrer Mutter aus Wien deportiert werden sollte, tauchten beide unter. Mehrmals wechselten sie das Quartier. Später erinnerte sie sich: „Wir sind ja faktisch die ganze Zeit im Bett gelegen.

96 Kurt Lindenberg, Eyewitness account, Wiener Library, Doc 1656/3/4/83.

97 Kwiet, *The Ultimate Refuge* (wie Anm. 87), S. 157; Maximilian Strnad, *Zwischenstation „Juden-siedlung“. Verfolgung und Deportation der jüdischen Münchner 1941–1945*, München 2011, S. 148.

98 Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999, S. 54 f.; Beate Meyer, *Das unausweichliche Dilemma: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Deportationen und die untergetauchten Juden*, in: Beate Kosmala/Claudia Schoppmann (Hrsg.), *Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit*, Bd. 5: *Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941–1945*, Berlin 2002, S. 273–296, hier S. 291.

99 Brigitte Ungar-Klein, *Leben im Verborgenen – Schicksal der „U-Boote“*, in: *Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten*, Bd. 3: *Jüdische Schicksale*, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1992, S. 604–609, hier S. 604.

100 Klaus Hillenbrand, *Nicht mit uns. Das Leben von Leonie und Walter Frankenstein*, Frankfurt a. M. 2008, S. 116.

Man durfte keinen Lärm machen, man sollte sich nicht am Fenster zeigen.¹⁰¹ In einer anderen Unterkunft waren zudem die Verdunklungsrollen ständig heruntergezogen, so dass die Versteckten auch noch zum absoluten Nichtstun verdammt waren. Ähnlich erging es dem späteren Entertainer Hans Rosenthal in seinem Berliner Schrebergartenversteck. Die Langeweile war so groß, wie er sich erinnerte, dass nicht nur die Tage, sondern sogar die Stunden regelrecht dahinkrochen.¹⁰²

Diejenigen, die sich zu einem Leben in der Illegalität entschlossen, benötigten Mut, Ausdauer, Glück und einen unbedingten Überlebenswillen. Die Gefahren und Einschränkungen, die Vereinsamung, die Todesangst, die existentielle Not und die Trostlosigkeit waren groß. War der Überlebenswille nicht mehr stark genug, wählten viele der Verfolgten die Selbsttötung als letztes Mittel der Selbstbestimmung. So bemerkte die Kölner Jüdin Bertha Emilie Kuckertz nüchtern: „Ich habe jedenfalls rasch gelernt, im Selbstmord eine letzte freie Entscheidung von schon völlig unfreien, wehrlosen Menschen zu sehen.“¹⁰³ Als bevorzugtes Mittel, um aus dem Leben zu scheiden, galt das Barbiturat Veronal (Dok. 117). Häufig waren es ältere Juden, deren Familienbande vielfach bereits aufgelöst waren, die sich zu diesem Schritt entschlossen. Immer wieder aber wählten auch Juden aus „Mischehen“ den Freitod, um ihren Familienangehörigen weitere Diskriminierungen zu ersparen. Der jüdische Arzt Hermann Pineas beschrieb das Dilemma der Mediziner im Krankenhaus angesichts der wegen versuchter Selbsttötung eingelieferten Patienten: „Die Kollegen der Inneren Abteilung waren geteilter Meinung, ob es besser sei, die Kranken dieser Art zu retten oder sie ruhig einschlafen zu lassen. Die Mortalität war jedenfalls riesengroß.“¹⁰⁴ Im Juni 1943 wurde Martin Riesenburger, seit den 1930er-Jahren Rabbiner in Berlin und in „Mischehe“ lebend, von der Reichsvereinigung der Juden als Verwalter und Seelsorger des Jüdischen Friedhofs Weißensee eingesetzt. Dort – so erinnerte er sich später – gab es allein im ersten Jahr seiner Tätigkeit 214 Beerdigungen von Juden, die den Freitod der Verfolgung vorgezogen hatten. Der Höhepunkt der Selbstmorde unter der jüdischen Bevölkerung Berlins war schon 1942, im Jahr der großen Deportationen, mit über 800 Toten erreicht.¹⁰⁵

Repressionen gegen „Mischehen“ und „Mischlinge“

Im Juni 1943 galt das Reich bis auf wenige Ausnahmen als „judenfrei“. Nun richtete sich das Augenmerk der NS-Führung erneut auf die bislang durch ihre Familie geschützten Juden und ihre nichtjüdischen Familienmitglieder. Ihre Verfolgung verschärfte sich

101 Erzählte Geschichte (wie Anm. 99), Bd. 3, S. 646.

102 Vgl. Hans Rosenthal, *Zwei Leben in Deutschland*, Bergisch Gladbach 1980, S. 64.

103 Erinnerungen von Berta Emilie Kuckertz 1941–1943, LBI, ME 289, MM 46; zu den Selbsttötungen von Juden während der Verfolgung siehe auch Anna Fischer, *Erzwungener Freitod. Spuren und Zeugnisse in den Freitod getriebener Juden der Jahre 1938–1945 in Berlin*, Berlin 2007.

104 Zit. nach: Monika Richarz, *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945*, Stuttgart 1982, S. 433.

105 Martin Riesenburger, *Das Licht verlöschte nicht. Ein Zeugnis aus der Nacht des Faschismus*, Teetz 2003, S. 76.

spürbar.¹⁰⁶ Die Kategorisierung in „Mischehe“-Juden, „Mischlinge“ oder sogenannte Geltungsjuden war für ihr künftiges Schicksal von großer Bedeutung.¹⁰⁷ Während „Geltungsjuden“ den Verfolgungsmaßnahmen in vollem Umfang ausgesetzt waren, blieben „Mischlinge“ und Juden, die in „Mischehe“ lebten, zunächst von der Deportation verschont. Zum ganz überwiegenden Teil gehörten sie einer der christlichen Kirchen an und empfanden sich keineswegs als jüdisch.¹⁰⁸ Vom Staat diskriminiert und von der eigenen Kirche häufig im Stich gelassen, lebten sie ohne institutionelle Anbindung an eine Interessenvertretung zumeist isoliert.

Die Frage der „Mischlinge“ und der in „Mischehe“ Lebenden beschäftigte die NS-Führung schon seit geraumer Zeit, da in Partei und Verwaltung verschiedene Auffassungen über ihr Schicksal bestanden. Während die Partei die Deportation auch dieser Menschen verlangte, zögerten Innen- und Justizministerium, so dass die Frage bis Kriegsende ungelöst blieb. Allerdings erließ die staatliche Bürokratie in den beiden letzten Kriegsjahren weitere antijüdische Repressionsmaßnahmen. So wurden die Ausbildungsmöglichkeiten für „Mischlinge“ beschränkt (Dok. 1), die Eheschließung von Beamten mit Personen verboten, die bereits mit einem Juden verheiratet gewesen waren,¹⁰⁹ und die Zwangsarbeitspflicht für „Mischlinge“ und „jüdisch Versippte“ eingeführt (Dok. 171). Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS drängte auf radikalere Maßnahmen, da dort die Meinung vorherrschte, die „Mischlinge“ stünden der „Reinheit des deutschen Volkskörpers“ entgegen.¹¹⁰ In verschiedenen rassebiologischen Gutachten bemühte sich das Hauptamt, den „deutschblütigen“ Anteil der „Mischlinge“ herunterzurechnen (Dok. 101), konnte aber seine Vorstellungen nicht durchsetzen.¹¹¹

Das galt auch für die Befürworter von Zwangsscheidungen von „Mischehen“. Über die Art der Auflösung dieser Ehen, den rechtlichen Charakter und die Sorgerechtsbestimmungen war schon lange kontrovers diskutiert worden, als das Reichsinnenministerium im Frühjahr 1943 mit der detaillierten Ausarbeitung einer entsprechenden Gesetzesvor-

106 Wolf Gruner, Die Fabrik-Aktion und die Ereignisse in der Berliner Rosenstraße. Fakten und Fiktionen um den 27. Februar 1943, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismus-Forschung 11, Berlin 2002, S. 172.

107 Von den am 1.8.1943 von der Reichsvereinigung der Juden registrierten 9529 Juden waren 302 ohne nichtjüdischen Ehepartner im Reich verblieben; Herbert A. Strauß, Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (I), in: Leo Baeck Institute Yearbook, 25 (1980), S. 313–358, hier S. 317.

108 Sigrid Lekebusch, Not und Verfolgung der Christen jüdischer Herkunft im Rheinland 1933–1945. Darstellung und Dokumentation, Köln 1995; Ursula Büttner/Martin Greschat, Die verlassenen Kinder der Kirche. Der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im „Dritten Reich“, Göttingen 1998; Jana Leichsenring, Die Katholische Kirche und „ihre Juden“. Das „Hilfswerk beim bischöflichen Ordinariat Berlin“ 1938–1945, Berlin 2007; Gerlind Lachenicht u. a., Der Stern im Taufbecken. Berliner Christen jüdischer Herkunft und Evangelische Kirche im Nationalsozialismus, Berlin 2013.

109 BArch, R 43II/425a, Bl. 123 f.

110 Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 559 f.

111 Dass die Partei wesentlich radikalere Vorstellungen vertrat, spiegelt sich auch im Begriff „Judenmischling“ wider. So wurden „Mischlinge“ von der NSDAP in weitaus differenziertere Gradabstufungen untergliedert, als von den Nürnberger Gesetzen vorgeschrieben; siehe „Behandlung von Mischlingsangelegenheiten“ in: BArch, NS 19/199, S. 14.

lage begann.¹¹² Der Entwurf, der dem nichtjüdischen Partner das Recht einräumte, sich auf Wunsch kurzfristig scheiden zu lassen, wurde aber von Hitler nie genehmigt, obwohl die Auflösung der „Mischehe“ als Voraussetzung für die Deportation des jüdischen Partners galt.¹¹³ Das Zögern Hitlers, eine Entscheidung zugunsten der Zwangsscheidung zu treffen, beruhte auf der Sorge, ein solches Vorgehen könne zu verstärkter Unruhe bei der nichtjüdischen Verwandtschaft führen, in die Öffentlichkeit getragen werden und nicht zuletzt die Geheimhaltung der Vernichtung gefährden.¹¹⁴ Zudem mobilisierte die Frage der Zwangsscheidung die Kirchen, die das Sakrament der Ehe bedroht sahen und eine Stellungnahme der Reichsregierung verlangten (Dok. 56).¹¹⁵ Die spärlichen Eingaben einzelner kirchlicher Würdenträger verfehlten ihre Wirkung jedoch, da sie von den Kirchenleitungen nicht unterstützt wurden und den Gläubigen unbekannt blieben. Der Papst lehnte eine öffentliche Stellungnahme außer einem verklausulierten Hinweis rundweg ab (Dok. 16), und einige evangelische Landeskirchen sprachen Protestanten jüdischer Herkunft die Zugehörigkeit zu ihrer Kirche generell ab.¹¹⁶ Anfang Oktober 1943 wurde die Frage der Zwangsscheidung dann endgültig auf die Nachkriegszeit vertagt, und auch Himmler blieb bei diesem Thema sehr vage: „Die Frage der mit nichtjüdischen Teilen verheirateten Juden und die Frage der Halbjuden werden sinngemäß und vernünftig untersucht, entschieden und dann gelöst“, sagte er auf der Tagung der Gauleiter in Posen (Dok. 86). Diese Aussage ließ die Unentschlossenheit des Regimes in der Behandlung der „Mischehen“ aufscheinen, galt aber bis Kriegsende als Direktive für die Gauen.¹¹⁷

Auch ohne gesetzliche Grundlage versuchte die Gestapo, nichtjüdische Partner aus „Mischehen“ zur Scheidung zu überreden.¹¹⁸ Nach der Scheidung – so das Argument – würde der jüdische Ehepartner lediglich nach Theresienstadt gebracht, um dort das Ende des Krieges abzuwarten.¹¹⁹ Gleichzeitig sahen sich die in „Mischehe“ lebenden Juden bedrängt, seit sie durch die 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom Juli 1943 (Dok. 50) direkt der Polizeigewalt unterstellt wurden. Jeder kleinste tatsächliche oder vermeintliche Verstoß gegen eine der unzähligen antijüdischen Bestimmungen konnte

112 Jeremy Noakes, *The Development of Nazi Policy towards the German-Jewish „Mischlinge“ 1933–1945*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook*, 34.1 (1989), S. 291–354, hier S. 348; Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 2003, S. 231.

113 Cornelia Essner, *Die „Nürnberger Gesetze“ oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945*, Paderborn 2002, S. 403 f.; Adam, *Judenpolitik* (wie Anm. 112), S. 232; Wolf Gruner, *Widerstand in der Rosenstraße. Die Fabrik-Aktion und die Verfolgung der „Mischehen“ 1943*, Frankfurt a. M. 2005, S. 179.

114 Adam, *Judenpolitik* (wie Anm. 112), S. 232.

115 Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a. M. 2007, S. 447.

116 Siehe Bekanntmachung über die kirchliche Stellung evangelischer Juden, in: *Gesetz- und Verordnungsblatt der Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen*, Frankfurt a. M. 1942, S. 4; *VEJ* 6/54.

117 Meyer, „Jüdische Mischlinge“ (wie Anm. 98), S. 93 f. Meyer sieht den Grund für die Unentschlossenheit darin, dass bei der Ermordung der Halbjuden zugleich „arisches Blut“ vernichtet worden wäre.

118 Schätzungen zufolge lag der Prozentsatz der freiwilligen und unfreiwilligen Scheidungen im Deutschen Reich bei sieben bis zehn Prozent, in Hamburg bei zwanzig und in Wien bei sieben Prozent; siehe Michaela Raggam-Blesch, „Mischlinge“ und „Geltungsjuden“. Alltag und Verfolgungserfahrungen von Frauen und Männern halbjüdischer Herkunft in Wien 1938–1945, in: *Bergen u. a. (Hrsg.), Alltag im Holocaust* (wie Anm. 54), S. 81–97, hier S. 84.

119 Meyer, „Jüdische Mischlinge“ (wie Anm. 98), S. 88–91.

sofort zur Verhaftung führen, bedeutete in der Regel die Einweisung in ein Gefängnis oder Lager und endete meist in Auschwitz. Diese Verordnung verstanden die Juden als Ersatz für den gescheiterten Gesetzesentwurf zur Zwangsscheidung, um auf „kaltem Wege zum gleichen Ziel zu gelangen“ (Dok. 50).¹²⁰ Die Ärztin Lilli Jahn, die seit einem Jahr von ihrem Mann geschieden war und mit den gemeinsamen Kindern in Kassel lebte, wurde im Sommer 1943 denunziert. Sie hatte ihren Zwangsvornamen Sara nicht auf dem Türschild angegeben. Nach ihrer Verhaftung brachte die Gestapo sie in das Arbeitserziehungslager Breitenau, wo sie mehrere Monate Zwangsarbeit leisten musste, bevor sie im März 1944 nach Auschwitz deportiert und ermordet wurde (Dok. 120).¹²¹ Die bedeutendste Veränderung für die in „Mischehe“ lebenden Paare und ihre Kinder brachte die Reorganisation der Zwangsarbeit im Frühjahr 1943 mit sich. Parallel zur Deportation der sogenannten Rüstungsjuden ordnete das Reichssicherheitshauptamt den Zwangseinsatz der „nicht evakuierungs-umsiedlungsfähigen Juden“, also der Juden in „Mischehe“, neu. Auch sie sollten nicht länger in der Rüstungsindustrie arbeiten, sondern in den „geschlossenen Arbeitseinsatz“ überführt werden.¹²² Die Betroffenen wurden in Abrissfirmen, zur Reichsbahn oder zur Müllabfuhr vermittelt (Dok. 115). Im Juli 1943 veröffentlichte der Sonderdienst der Reichspropagandaleitung die Information, dass nun auch „Mischlinge“ und mit Jüdinnen verheiratete Männer als „Wehrunwürdige“ einen Beitrag zu den Kriegsanstrengungen leisten müssten. Allerdings würden sie nicht zum Kriegsdienst, sondern in Bauarbeitsbataillonen zusammengefasst und dort insbesondere zur Trümmerbeseitigung eingesetzt werden.¹²³ Auf Befehl Hitlers wurden die Betroffenen der Organisation Todt (OT) zugewiesen, der zentralen Institution zur Durchführung von baulichen Rüstungs- und Infrastrukturmaßnahmen im deutschen Machtbereich. Sie setzte neben Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeitern auch Juden für ihre Bauprojekte wie den Atlantikwall, den Ausbau unterirdischer Flugzeug- und Treibstoffwerke und schließlich den Südostwall ein.

In verschiedenen Teilen des Reichs und in Wien mussten sich in den folgenden Wochen „Mischlinge“ und „jüdisch Versippte“, also mit Juden Verheiratete, zum Arbeitseinsatz bei der Organisation Todt registrieren lassen. Die Abberufung von ihren bisherigen Arbeitsstätten wurde allerdings sehr uneinheitlich gehandhabt – während aus Berlin und dem Rheinland dann im Frühjahr 1944 jüdische Zwangsarbeiter zum Bau des Atlantikwalls nach Frankreich gebracht wurden, begann die Sammlung in Wien erst Ende des Jahres. Viele Betriebe wehrten sich gegen die Einberufung ihrer Arbeitskräfte, weil die Aussicht auf Ersatzarbeitskräfte sehr gering war. Unterdessen übernahm die Organisation Todt auch Bauprojekte im Reichsgebiet, für die neuartige Lager entstanden, in denen „Misch-

120 Brief Erich Alenfelds an seine Ehefrau am 15.7.1943, in: Irène Alenfeld, *Warum seid Ihr nicht ausgewandert? Überleben in Berlin 1933 bis 1945*, Berlin 2012, S. 222.

121 Martin Doerry, *„Mein verwundetes Herz“*. Das Leben der Lilli Jahn 1900–1944, München 2002.

122 Wolf Gruner, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943*, Berlin 1997, S. 322–326; Wolf Gruner, *Jewish Forced Labor Under the Nazis. Economic Needs and Racial Aims 1938–1944*, New York 2006, S. 89–91.

123 Sonderdienst der Reichspropagandaleitung, Ausgabe B, Folge 3, vom 27.7.1943, S. 1. BAArch, NS 51/83, Bl. 75; Karola Fings, *Krieg, Gesellschaft und KZ: Himmlers SS-Baubrigaden*, Paderborn u. a. 2005, S. 127 f.

linge“ untergebracht waren.¹²⁴ Die ausdrücklich angeordnete Kasernierung konnte allerdings nicht flächendeckend umgesetzt werden. In Hamburg beispielsweise waren die für den „Sondereinsatz J“ vorgesehenen Lagerareale durch Bombenangriffe zerstört, so dass die meisten Hamburger Juden und „Mischlinge“ zu Hause wohnen konnten.¹²⁵ In Berlin waren die auswärtigen Mitglieder der Arbeitskommandos im Sammellager inhaftiert, während einige der Berliner Juden weiterhin bei ihren Familien lebten. Dies betraf die jüdischen Zwangsarbeiter, die am Dienstsitz des Eichmann-Referats Bunkeranlagen bauten, genauso wie diejenigen, die die zusammengeraubte jüdische Bibliothek des weltanschaulichen Forschungsreferats des Reichssicherheitshauptamts katalogisieren und sie nach der Zerstörung des Gebäudes im November 1943 einpacken und verlagern mussten.¹²⁶

Im Sommer und Herbst 1944 intensivierten die deutschen Behörden die Verfolgungsmaßnahmen erneut. Auslöser war nicht zuletzt das gescheiterte Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944.¹²⁷ Nur wenige Tage nach dem Anschlagversuch ernannte Hitler seinen Propagandaminister zum „Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz“ und Himmler zum Chef des Ersatzheeres.¹²⁸ Diese Reaktion zeigte unmissverständlich, wie wenig er noch der Wehrmacht vertraute. Gleichzeitig mussten erneut die „Volks- und Rassefeinde“ zur inneren Staatssicherung erhalten.¹²⁹ Die Überwachung der „Ostarbeiter“ verschärfte sich zusehends, und gegenüber den „Mischlingen“ und „jüdisch Versippten“ intensivierte Himmler Anfang Oktober 1944 die Zwangsmaßnahmen, als er in einer zweiten „Fabrik-Aktion“ alle bis dahin genehmigten Rückstellungen restlos aufhob und die Betroffenen in Lager der Organisation Todt einweisen ließ (Dok. 171).¹³⁰ Auch die mit Juden verheirateten Frauen waren der Verfolgung ausgesetzt. In Berlin bestellte die Gestapo sie im November 1944 in der sogenannten Mi-Aktion¹³¹ zum Zwangsarbeitseinsatz. Anni-Ruth Misch beispielsweise, Ehefrau des jüdischen Musikkritikers Ludwig Misch, arbeitete fortan in der Packerei des Deutschen Verlags, vormals Ullsteinverlag,

124 Ulrich Herbert, Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus, in: Dan Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a. M. 1987, S. 198–236, hier S. 223; Franz W. Seidler, Die Organisation Todt. Bauen für Staat und Wehrmacht 1938–1945, Koblenz 1987, S. 131 f.; Dieter Maier, Arbeitseinsatz und Deportation. Das Mitwirken der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938–1945, Berlin 1994, S. 217, 221; Meyer, „Jüdische Mischlinge“ (wie Anm. 98), S. 238 f. Eine Gesamtdarstellung der sogenannten Mischlingslager fehlt bislang, einige Hinweise liefert aber Gruner, Jewish Forced Labor (wie Anm. 122), S. 93–101.

125 Meyer, „Jüdische Mischlinge“ (wie Anm. 98), S. 240.

126 Bruno Blau, in: Monika Richarz (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945, Stuttgart 1982, S. 459–475, hier S. 468.

127 Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Lexikon des Widerstandes 1933–1945, München 1998; Hans Mommsen, Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes, München 2000; Ulrich Heinemann, Der militärische Widerstand und der Krieg, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9.1, hrsg. von Ralf Blank und Jörg Echternkamp, München 2004, S. 743–892.

128 Erlass des Führers über den totalen Kriegseinsatz, 25.7.1944, in: RGBl., 1944 I, S. 161 f.

129 Sven Keller, Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45, München 2013, S. 217–227.

130 Wolf Gruner, Judenverfolgung in Berlin. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der Reichshauptstadt, Berlin 1996, S. 90.

131 „Mischehe-Aktion“.

in Tempelhof. Dort verrichteten sie und weitere Frauen gemeinsam mit französischen und italienischen Kriegsgefangenen Schwerarbeit. „Nur die ständige Lebensgefahr unserer Männer“, erklärte sie nach dem Krieg, „war der Grund, weswegen wir Frauen der ‚Mi-Aktion‘, nachdem wir jahrelang alle möglichen Schikanen erlitten hatten, gegen die Ungesetzlichkeit unserer Zwangsarbeit keinen Protest wagten.“¹³²

In Österreich bestimmten Gestapo und Arbeitsverwaltung den Zwangseinsatz der verbliebenen Juden und „Mischlinge“ in den letzten beiden Kriegsjahren. Anders als im Altreich waren die österreichischen Juden selten in der Rüstungsindustrie eingesetzt worden, so dass ihre Herauslösung aus den kriegswichtigen Betrieben wenig Protest hervorrief. Allerdings dehnten die zuständigen Behörden auch dort im Laufe des Jahres die Zwangsarbeit gezielt auf bislang nicht Betroffene aus, wovon insbesondere die Wehrmacht profitierte.¹³³ In der Leergutsammelstelle, einem Versorgungsbetrieb des Oberkommandos der Wehrmacht im 2. Wiener Gemeindebezirk, arbeitete der „Geltungsjude“ Karl Jelinek: „Es ist bei der Leergutsammlung besser gewesen als im Konzentrationslager, nicht, und ich hab’ auch den Vorteil gehabt, daß wir jeden Tag nach Hause gehen konnten, [...] wer irgendwie opponiert hat, ist einfach angezeigt worden bei der Gestapo und war weg, futsch.“¹³⁴ Ende 1944 befanden sich von den 5799 noch lebenden Wiener Juden 4100 im Arbeitseinsatz.¹³⁵

Die Lage der „Mischlinge“ und der in „Mischehe“ lebenden Juden war bedrohlich. Jederzeit mussten sie damit rechnen, noch deportiert zu werden, von der deutschen Gesellschaft waren sie bereits weitgehend isoliert. Ihre jüdischen Verwandten waren schon fortgebracht worden, nichtjüdische Freunde und Bekannte hatten sich nicht selten abgewandt. Der „soziale Tod“, die nahezu vollständige Ausgrenzung aus der Gesellschaft, verhinderte, dass die durch die Deportation ihrer jüdischen Verwandten hervorgerufenen Ängste und Mutmaßungen in der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Die meisten von ihnen waren Christen, zum ganz überwiegenden Teil Protestanten. Die Kirchen verhielten sich angesichts der Verfolgung ihrer Mitglieder jüdischer Herkunft ambivalent. Vereinzelt gab es Versuche, zu helfen und eine gewisse Form von sozialem Zusammenhalt zu bieten, sei es über die Betreuung jugendlicher „Mischlinge“ oder die keineswegs selbstverständliche Bereitschaft einzelner Pfarrer, Christen jüdischer Herkunft an den Gottesdiensten teilnehmen zu lassen.¹³⁶ In der Regel aber waren Resentiments gegen Juden in den Kirchengemeinden so stark verbreitet, dass auch die Taufe an dem Gefühl der Fremdheit nichts änderte.¹³⁷ So hofften die meisten Betroffenen vergeblich auf Unterstützung der Kirche.

Ende 1943 ordnete das Reichssicherheitshauptamt an, alle Juden aus nicht mehr bestehenden „Mischehen“ nach Theresienstadt zu deportieren (Dok. 103). Unverzüglich wurden

132 LBI, Ludwig Misch Collection, AR 2073/MF 1084.

133 Wolf Gruner, *Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938-1945*, Innsbruck 2000, S. 273.

134 Erzählte Geschichte (wie Anm. 99), Bd. 3, S. 228. Karl Jelinek ist ein Pseudonym.

135 Gruner, *Zwangsarbeit und Verfolgung* (wie Anm. 133), S. 280 und 283.

136 Raggam-Blesch, „Mischlinge“ und „Geltungsjuden“ (wie Anm. 118), S. 90 f. In Wien unterhielt die „Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“ eine Mädchengruppe, in der sich sogenannte Geltungsjüdinnen trafen und ihre Freizeit miteinander verbrachten.

137 Büttner/Greschat, *Verlassene Kinder der Kirche* (wie Anm. 108), S. 65.

die Gestapostellen im Reich aktiv, um verwitwete oder geschiedene Juden zu inhaftieren. Ein erster Transport mit 352 Juden, von denen nahezu alle aus aufgelösten „Mischehen“ kamen, verließ Berlin am 10. Januar 1944 nach Theresienstadt.¹³⁸ In regelmäßigen Abständen erfolgten nun Transporte, auch nach Auschwitz. Aus Frankfurt am Main deportierte die Gestapo im Laufe des Jahres 1944 insgesamt 80 verwitwete oder geschiedene Juden nach Theresienstadt.¹³⁹ Nach dem Ende der großen Deportationen verließen seit dem Sommer 1943 nur noch kleine, höchstens 100 Personen umfassende Transporte, die zumeist an reguläre Züge angehängt wurden, die Sammellager.

Antisemitische Kriegspropaganda und die Haltung der Bevölkerung

Im Frühjahr 1943 initiierten Hitler und Goebbels angesichts der militärischen Rückschläge eine neue antisemitische Propagandakampagne. Willkommene Gelegenheit bildeten die Leichenfunde von Katyń.¹⁴⁰ Im Frühjahr 1940 hatte die sowjetische Geheimpolizei auf Befehl Stalins rund 21 000 polnische Kriegsgefangene bei Katyń in der Nähe von Smolensk sowie in Kalinin und Charkow erschossen. Eher zufällig stießen Angehörige der Heeresgruppe Mitte Anfang 1943 auf die Massengräber und ließen sie nach Abklingen des Frostes im März 1943 öffnen. Dieser Beweis sowjetischer Kriegsverbrechen kam der deutschen Propaganda mehr als gelegen. Zwar hatten deutsche Truppen bereits zu Beginn des Feldzugs gegen die Sowjetunion Spuren stalinistischer Gräueltaten entdeckt, diese aber nicht für größere Propagandaaktionen genutzt. Als die Rote Armee dann aber seit Anfang 1943 bei ihrem Vormarsch Massengräber von Opfern deutscher Verbrechen fand und die sowjetische Presse regelmäßig Berichte über die von Deutschen im Kaukasus verübten Massenmorde veröffentlichte,¹⁴¹ nutzte Goebbels die Gelegenheit und stellte Katyń in den Mittelpunkt einer antibolschewistisch-antisemitischen Kampagne. Zeitungen und Rundfunk berichteten pausenlos über die „jüdisch kommunistischen Massenmörder“ (Dok. 7).¹⁴² Und nachdem die britische Luftwaffe Mitte Mai zwei deutsche Talsperren zerstört hatte und viele Zivilisten in ihren Kellern ertrunken waren, verbreitete das Propagandaministerium, die Pläne seien von einem jüdischen Wissenschaftler ausgearbeitet worden (Dok. 26). Eingebettet in Berichte von tagesaktuellen Ereignissen verdichtete die Goebbels'sche Propaganda ihre altbekannten Kernaussagen: Die Juden seien die Verursacher des Krieges, bei dem es sich um einen „Rassenkrieg“ handele. Sie müssten mit allen Mitteln bekämpft werden, da ihr Ziel die Vernichtung des deutschen Volks sei. Das von Goebbels entworfene Angstszenario stieß

138 Gottwaldt/Schulle, „Judentransporte“ (wie Anm. 83), S. 461; Jah, Deportationen (wie Anm. 74), S. 531.

139 Monica Kingreen, Gewaltvoll verschleppt aus Frankfurt. Die Deportationen in den Jahren 1941–1945, in: Monica Kingreen (Hrsg.), „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938–1945, Frankfurt a. M. 1999, S. 357–402, hier S. 388.

140 Thomas Urban, Katyń 1940. Geschichte eines Verbrechens, München 2015.

141 Dieter Pohl, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944, München 2008, S. 136 f.

142 Jeffrey Herf, The Jewish Enemy. Nazi Propaganda During World War II and the Holocaust, Cambridge 2006, S. 201–209.

in der deutschen Bevölkerung auf geteilte Resonanz.¹⁴³ So registrierten die SD-Mitarbeiter, die Informationen über die Stimmung im Reich beschafften, dass gerade die vom Regime zur Schau gestellte Empörung über das Massaker von Katyń als scheinheilig empfunden wurde. Doch gab es auch große Zustimmung für die antisemitische Agitation. In zahlreichen Zuschriften wandten sich Bürger an das Propagandaministerium und unterbreiteten Vorschläge, wie man die Juden für die Kriegsgräuere zur Rechenschaft ziehen könne (Dok. 128).¹⁴⁴ Und auch bei den Soldaten verfehlte die Propaganda ihr Ziel nicht, wie ein Obergefreiter resigniert nach Hause schrieb: „Es ist richtig, wir müssen den Krieg gewinnen, um nicht der Rache der Juden ausgeliefert zu werden, aber die Träume von einer Weltherrschaft sind dahin.“¹⁴⁵

Mit Hilfe dieser antisemitischen Kampagne verfolgte die NS-Führung nicht nur eine Furcht-Strategie, die drastische persönliche Konsequenzen bei einer Niederlage beschwor, sondern auch außenpolitische Ziele. Immerhin führte die deutsche Katyń-Propaganda schließlich zum Bruch zwischen der Sowjetunion und der polnischen Exilregierung. Außerdem notierte Goebbels Mitte April in sein Tagebuch: „Es muß soweit kommen, daß auch ein feindlicher Staatsmann sich an der Seite eines Juden gar nicht mehr zeigen darf, ohne sofort auch bei seinem eigenen Volke in den Geruch zu kommen, ein Judendiener zu sein.“¹⁴⁶ Die Idee, den Antisemitismus in die Länder der westlichen Alliierten zu exportieren, war nicht neu.¹⁴⁷ Angesichts der sich abzeichnenden Übermacht der feindlichen Koalition versuchte das NS-Regime nun verstärkt, antisemitische Ressentiments im gegnerischen Lager zu fördern, und hoffte, so einen Keil in das alliierte Bündnis treiben und die Stimmung in der Bevölkerung der Feindstaaten gegen die eigenen Regierungen mobilisieren zu können (Dok. 107). Nicht zuletzt sollte innen- wie außenpolitisch Verständnis für die Notwendigkeit der antisemitischen deutschen Verbrechen gefördert werden. Dafür wurden selbst abenteuerliche Thesen von jüdischen Ritualmorden aufgeboten (Dok. 33).

Insgesamt erwies sich die antisemitische Propagandakampagne des Frühjahrs 1943 jedoch als Fehlschlag. Statt den Durchhaltewillen zu mobilisieren, schürte sie eher Resignation und Zweifel bei der deutschen Bevölkerung und führte zu einem unkontrollierbaren Anstieg der Gerüchte, von denen nicht wenige besagten, die an den Juden begangenen Verbrechen seien ein Fehler gewesen.¹⁴⁸ Daraufhin versuchte die Parteikanzlei im Juli 1943 jede weitere öffentliche Diskussion über die „Judenfrage“ zu unterbinden (Dok. 54). Die Tabuisierung fand ihren Niederschlag auch im Anstieg der Verurteilungen wegen Heimtücke. Die deutschen Gerichte verhandelten zunehmend über

143 Otto Dov Kulka/Eberhard Jäckel (Hrsg.), *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945*, Düsseldorf 2004; Peter Longerich, *Goebbels. Biographie*, München 2010, S. 575 f.

144 Robert Gellately, *Hingeschaut und Weggesehen. Hitler und sein Volk*, München 2004, S. 350 f.

145 Ortwin Buchbender/Reinhold Sterz (Hrsg.), *Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939–1945*, München 1983, Brief 216, S. 117 f.

146 Goebbels, *Tagebücher* (wie Anm. 88), Bd. 8: April–Juni 1943, S. 115, Eintrag vom 17.4.1943.

147 Erich Goldhagen, *Weltanschauung und Endlösung. Zum Antisemitismus der nationalsozialistischen Führungsschicht*, in: *VfZ*, 24 (1976), Heft 4, S. 379–405, hier S. 390–392.

148 Peter Longerich, *„Davon haben wir nichts gewußt!“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945*, München 2006, S. 286 f.

öffentlich geäußerte Mitleidsbekundungen mit Juden oder Schuldeingeständnisse angesichts ihrer Ermordung (Dok. 76).¹⁴⁹

Die kursierenden Gerüchte über die Ermordung der Juden waren nicht selten begleitet von Vergeltungsängsten (Dok. 124 und Dok. 104). In der deutschen Bevölkerung wurden Verbindungen zwischen Kriegsverlauf und Judenverfolgung hergestellt, die sich in paradoxen Schuldeingeständnissen verdichteten, wie: „Wißt Ihr überhaupt, warum unsere Städte bombardiert werden? Weil wir die Juden abgemurkst haben.“¹⁵⁰ Nun, da die Deutschen um ihre eigene Haut fürchteten, hinterfragten sie mitunter die Radikalität der Verfolgung, nicht aber den generellen antisemitischen Kurs des Regimes. So waren Überlegungen, man hätte die Juden als Geiseln in den Städten lassen und damit eine Bombardierung verhindern sollen, statt sie zu ermorden, durchaus verbreitet. Vermehrt ließen sich nun auch kritische Stimmen vernehmen, die den Holocaust zum „offenen Geheimnis“ machten.¹⁵¹

Neben der nationalsozialistischen Presse, die unverhohlen über „Ausrottung“ und „Vernichtung“ berichtete (Dok. 137), und öffentlichen Äußerungen hoher Regimefunktionäre (Dok. 19) trugen auch Soldaten zum Bekanntwerden der Verbrechen bei. Immer wieder erzählten Wehrmachtsangehörige während ihres Fronturlaubs von den Tötungen oder zeigten sogar Bilder von Erschießungen (Dok. 47). Die westlichen Alliierten, die seit 1941 den deutschen Funkverkehr abhörten, waren früh über das Geschehen im Osten unterrichtet. Und obwohl diese Erkenntnisse zunächst zurückgehalten wurden, um die Wehrmacht nicht auf die Infiltrierung ihres Funkverkehrs aufmerksam zu machen, berichtete vor allem die BBC seit 1942 in ihren deutschen Auslandsprogrammen regelmäßig über den Judenmord. Auch auf diesem Weg gelangten Hinweise ins Reich, so dass jeder Bürger relativ genau informiert sein konnte, wenn er denn wollte (Dok. 7).¹⁵² Noch besser im Bilde waren viele Parteifunktionäre, Ministerialbeamte und Wehrmachtsangehörige – sei es über die laufenden SD-Berichte, die Geheimansprachen der Spitzenfunktionäre oder die unmittelbare Beteiligung an Beraubung, Verfolgung und Mord. Auch in den Kirchen waren viele unterrichtet, wie aus sporadischen Protesten ersichtlich ist (Dok. 15, Dok. 16, Dok. 56 und Dok. 72).

Die wenigen noch im Reich lebenden Juden zogen ambivalente Schlüsse aus den Gerüchten. Das Ausbleiben von Nachrichten ihrer bereits deportierten Verwandten oder Freunde legte die Vermutung nahe, dass alle Deportierten der Tod erwarte. Andererseits überstieg das Ausmaß der Verbrechen die Vorstellungskraft des Einzelnen. Der mit einer Jüdin verheiratete Antiquar Albert Zimmermann schilderte das Nicht-wissen-Wollen so: „Wir haben in zunehmendem Maße 1943 von den Formen dieser Ausrottung gehört

149 Bernward Dörner, „Heimtücke“: das Gesetz als Waffe. Kontrolle, Abschreckung und Verfolgung in Deutschland 1933–1945, Paderborn/München 1998, S. 312.

150 Ebd., S. 238.

151 David Bankier, Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung, Berlin 1995; Gellately, Hingeschaut und weggesehen (wie Anm. 144); Longrich, „Davon haben wir nichts gewußt!“ (wie Anm. 148); Frank Bajohr/Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006; Bernward Dörner, Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007.

152 Bajohr/Pohl, Holocaust als offenes Geheimnis (wie Anm. 151), S. 59 f.

und nicht gewagt, daran zu glauben.¹⁵³ Der ehemalige Berliner Jurist Siegfried Rosenfeld, der 1939 nach Großbritannien hatte emigrieren können, machte sich im Sommer 1943 große Sorgen um seine im Reich zurückgelassene Ehefrau – nicht jedoch wegen der Deportationen, sondern vielmehr wegen der starken Luftangriffe auf Berlin (Dok. 73). Aber selbst demjenigen, der etwas wusste, fehlten häufig schlichtweg die Worte. Martin Vogel, ein Wiener „Mischling“, schilderte das Unvermögen, sich der Realität zu stellen: „Es war ganz komisch, man sprach über die Kriegseignisse, aber BBC hat ja damals zum Teil auch schon berichtet, was mit den Juden geschieht, darüber hat man einfach nicht gesprochen. Damit mußte jeder irgendwie fertigwerden.“¹⁵⁴ Gleichwohl waren manche, wie der Romanist Victor Klemperer in Dresden oder der Berliner Kurt Lindenberg, der während der „Fabrik-Aktion“ untergetaucht war und später nach Schweden fliehen konnte, in der Lage, trotz ihrer Isolation und Abgeschnittenheit die Einzelinformationen der umlaufenden Berichte und Gerüchte zusammenzusetzen und zu erkennen, was wirklich geschah: dass die Juden im Osten umgebracht wurden.¹⁵⁵

Jüdische Zwangsarbeit im Reich

Noch im Februar 1943 während der „Fabrik-Aktion“ war die Deportation der in kriegswichtigen Betrieben in Berlin beschäftigten Juden damit begründet worden, es stünden schließlich genug polnische und ukrainische Zwangsarbeiter als Ersatz zur Verfügung. Zu diesem Zeitpunkt waren im Reich etwa 6,5 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit eingesetzt; bis zum Herbst 1944 stieg ihre Zahl auf 7,6 Millionen. Allein rund 650 000 sogenannte italienische Militärinternierte waren nach der Kapitulation Italiens im September 1943 zur Zwangsarbeit nach Deutschland und in die besetzten Gebiete gebracht worden. Anfang 1944 versprach der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel unter Druck Hitlers, die dringend benötigten weiteren vier Millionen Arbeitskräfte vor allem aus Westeuropa zu beschaffen. Auf die Zwangsarbeit der Juden, so schien es, war das NS-Regime nicht angewiesen.¹⁵⁶ Schnell wurde deutlich, dass Sauckels Zahlen völlig unrealistisch waren. Rüstungsminister Speer forderte daher, mehr KZ-Häftlinge in der Rüstungsindustrie einzusetzen, nicht zuletzt weil die deutsche Führung nach der Bombardierung großer Teile der deutschen Luftwaffenfertigung durch US-Streitkräfte die Dezentralisierung der Flugzeugproduktion und ihre Verlagerung in unterirdische Fabrikationsstätten plante. Bereits im August 1943 nach einem Großangriff auf das Raketenentwicklungsgelände Peenemünde hatte die Führungsspitze des Regimes beschlossen, die V2-Rakete, eine der sogenannten Vergeltungswaffen, mit Hilfe von KZ-Häftlingen in unterirdischer Produktion herzustellen.¹⁵⁷

153 Albert Zimmermann, Eyewitness account, Wiener Library, Doc 1656/3/5/495, S. 3 f.

154 Erzählte Geschichte (wie Anm. 99), Bd. 3, S. 300.

155 Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945, Berlin 1995, Bd. 1, S. 335, Eintrag vom 27.2.1943; Lindenberg, Eyewitness account (wie Anm. 96), S. 5.

156 Ulrich Herbert, Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999, S. 271; Aly/Gerlach, Das letzte Kapitel (wie Anm. 39), S. 158.

157 Siehe Protokoll der Führer-Besprechung vom 19.–22. 8. 1943, BArch, R 3/1508, Bl. 35–44, hier Bl. 43; Herbert, Arbeit und Vernichtung (wie Anm. 124).

Im Winter 1943/44 wurde nun überall in Deutschland damit begonnen, rüstungswichtige Fertigungen in Untertagefabriken – Höhlen, Bergstollen oder Eisenbahntunnel – zu verlagern, wo sie vor Bombenangriffen geschützt waren. Vorhaben dieser Art, für die Zehntausende, ja Hunderttausende von Arbeitskräften gebraucht wurden, waren nur unter Hinzuziehung von KZ-Häftlingen zu verwirklichen, denn allein die SS verfügte noch über Arbeitskraftreserven in solchen Größenordnungen. Gerade in der Anfangsphase der Untertageproduktion waren die Todeszahlen immens hoch. Leichte Ersetzbarkeit der Häftlinge bei technisch überwiegend einfachen, aber körperlich schweren Arbeiten, hoher Zeitdruck, mangelnde Ernährung und denkbar schlechte Lebensbedingungen waren die Ursachen für die hohen Todesraten, die erst zu sinken begannen, als die Wohnlager fertiggestellt waren und die Produktion aufgenommen worden war. Bis dahin jedoch waren unzählige Häftlinge schon wenige Wochen nach ihrem Eintreffen „abgearbeitet“.¹⁵⁸

Aber auch Zehntausende von KZ-Häftlingen reichten zur Bewältigung der gestellten Aufgaben bald nicht mehr aus, so dass die deutsche Führung im Frühjahr 1944 den Arbeitseinsatz von Juden diskutierte. Bis dahin war ihre Beschäftigung innerhalb des Reichs explizit verboten gewesen, schließlich galt es als Erfolg des Reichssicherheitshauptamts, das Reich „judenfrei“ gemacht zu haben. Nun aber änderte sich dies. Hitler ordnete an, für die Untertageverlagerungen „die erforderlichen etwa 100 000 Mann durch Bereitstellung entsprechender Judenkontingente“ aus Ungarn sicherzustellen (Dok. 127), und Heinrich Himmler verblüffte am 24. Mai 1944 die anwesenden Wehrmachtsgeneräle bei einem Vortrag in Sonthofen mit der Nachricht, dass in den folgenden Wochen rund 200 000 Juden aus Ungarn zum Bau unterirdischer Fabrikationsstätten ins Reich gebracht werden würden.¹⁵⁹

Von den im Frühjahr 1944 nach Auschwitz deportierten etwa 430 000 ungarischen Juden wurden die meisten sofort in den Gaskammern erstickt. Etwa 100 000 als arbeitsfähig klassifizierte Personen wurden jedoch für den Arbeitseinsatz im Reich ausgesucht.¹⁶⁰ Nachdem kaum noch neue ausländische Zivilarbeiter zu bekommen waren, hatten immer mehr deutsche Firmen bei den Arbeitsämtern, zum Teil auch direkt bei den Konzentrationslagern, Häftlinge angefordert, und auf Rückfrage waren sie nun auch einverstanden, jüdische Zwangsarbeiter aus der „Ungarn-Aktion“ zu beschäftigen. Die aus Auschwitz kommenden Häftlinge, darunter sehr viele Frauen, wurden nun in die Konzentrationslager im Reich und deren Außenlager eingeliefert und von der SS an die Firmen, die KZ-Arbeiter angefordert hatten, „vermietet“. Die Zahl der Arbeitskommandos

158 Florian Freund, „Arbeitslager Zement“. Das Konzentrationslager Ebensee und die Raketenrüstung, Wien 1989; Bertrand Perz: Projekt Quarz. Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk, Wien 1991; Reiner Fröbe, Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektive der Industrie 1943–1945, in: Ulrich Herbert (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 351–383; Marc Buggeln: Arbeit und Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme, Göttingen 2009.

159 Heinrich Himmler, Geheimreden 1933–1945 und andere Ansprachen, hrsg. von Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson, Frankfurt a. M. u. a. 1974, S. 203.

160 Randolph L. Braham, The Destruction of Hungarian Jewry. A Documentary Account, New York 1963; Aly/Gerlach, Das letzte Kapitel (wie Anm. 39), S. 254. Die beiden ersten Deportationszüge nach Auschwitz verließen Ungarn am 29. und 30. 4. 1945; PAAA, R 100 891, Bl. 218.

der KZ-Stammlager wuchs seit dem Frühjahr 1944 rapide an. Am Ende des Krieges existierten auf Reichsgebiet etwa 660 Außenlager; die Liste der deutschen Unternehmen, die solche KZ-Außenlager einrichteten und KZ-Häftlinge einsetzten, wurde immer länger und umfasste Hunderte von renommierten Firmen.¹⁶¹

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Häftlinge waren in den verschiedenen Firmen sehr unterschiedlich. Insgesamt kann man – mit aller Vorsicht – jedoch davon ausgehen, dass diejenigen, die in der Rüstungsproduktion selbst beschäftigt wurden, erheblich größere Überlebenschancen besaßen als diejenigen Häftlinge, die in den großen Bauvorhaben, speziell beim Ausbau unterirdischer Produktionsstätten, sowie bei der Fertigung in den Höhlen und Stollen nach der Betriebsverlagerung eingesetzt wurden. Deren Alltag war geprägt von Schikanen, Hunger, Krankheit und schwerster Arbeit (Dok. 183) und forderte unzählige Todesopfer.

Besondere Bedeutung gewann dabei der Lagerkomplex Mittelbau-Dora im Harz, ein Außenlager des KZ Buchenwald und größte unterirdische Rüstungsfabrik des Zweiten Weltkriegs, wo die in Peenemünde entwickelten Raketen, die sogenannten Wunderwaffen V 1 und 2, produziert wurden. Zu diesem Zweck hatten Zehntausende von Häftlingen einen fast zwei Kilometer langen Höhlenkomplex im Kohnstein mit Produktionsstätten errichten müssen. Jeder Dritte von ihnen kam bereits beim Ausbau der Höhlen, also noch vor Beginn der Produktion im Frühjahr 1944, aufgrund der mörderischen Arbeits- und Lebensbedingungen zu Tode. Der Anteil der jüdischen Häftlinge war in Dora zunächst relativ gering; von Mai bis Dezember 1944 waren es dort etwa 2500; im Januar 1945 kamen dann mehrere Tausend Juden mit den Räumungstransporten aus Auschwitz und Groß-Rosen in das KZ Mittelbau-Dora.¹⁶² Seit Beginn der Produktion arbeiteten etwa 5000 Menschen untertage. Die meisten der rund 60 000 Häftlinge wurden aber bei der Erweiterung der unterirdischen Fabriken und in den mehr als 40 Außenlagern des KZ eingesetzt. Bis Kriegsende starben mindestens 20 000 von ihnen.

Die nicht mehr arbeitsfähigen Häftlinge der Arbeitskommandos wurden selektiert und nach Auschwitz überstellt. Im KZ Mittelbau-Dora diente das Außenlager Boelcke-Kaserne in Nordhausen als Sterbelager, in dem die Häftlinge nicht mehr medizinisch versorgt wurden und vielfach verhungerten. Ähnliche Lager gab es in Mauthausen und Dachau.¹⁶³

Insgesamt wurden im letzten Kriegsjahr etwa 200 000 ungarische Juden im Reichsgebiet zur Zwangsarbeit eingesetzt. Knapp die Hälfte von ihnen war nicht aus Auschwitz, sondern direkt aus der ungarischen Provinz ins Reich gebracht worden. So erreichten Ende Juni 1944 etwa 15 000 ungarische Juden, oft ganze Familien, das Durchgangslager Strasshof an der Nordbahn bei Wien (Dok. 141). Franziska Löw, die als Fürsorgerin beim Ältestenrat der Juden arbeitete, schilderte ihren ersten Eindruck: „Man kann sich keine Vor-

161 Martin Weinmann, *Das nationalsozialistische Lagersystem*, Frankfurt a. M. 1990; siehe als Fallbeispiel Ulrich Herbert, *Von Auschwitz nach Essen. Die Geschichte des KZ-Außenlagers Humboldtstraße*, in: *Sklavenarbeit im KZ (Dachauer-Hefte, Bd. 2)*, Dachau 1986, S. 13–34.

162 Jens-Christian Wagner, *Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora*, Göttingen 2015, S. 373–375.

163 Edith Raim, Kaufering, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 2, München 2005, S. 360–373, hier S. 366; Sabine Schalm, *Überleben durch Arbeit? Außenkommandos und Außenlager des KZ Dachau 1933–1945*, Berlin 2009, S. 293–298.

stellungen machen, wie die Leute in den Waggonen zusammengepfercht waren. Einige haben wir tot aus den Waggonen gezogen, andere wieder sind noch bei der Ankunft im Waggon gestorben. In Wien wurden die Ungarn in mehr als 40 Lagern untergebracht.“¹⁶⁴ In Strasshof fanden keine Selektionen statt, die Familien blieben zusammen und wurden gemeinsam auf die verschiedenen Lager und Betriebsstätten aufgeteilt. Während die Unterbringung in größeren Orten und Städten in Lagern erfolgte (Dok. 163), mussten die jüdischen Zwangsarbeiter in den ländlichen Regionen häufig in provisorisch errichteten Unterkünften wie Ställen oder Baracken – zumeist ohne sanitäre Einrichtung – einquartiert werden (Dok. 205).

Im Herbst 1944 begannen angesichts der näher rückenden Roten Armee forcierte Bauarbeiten am sogenannten Südostwall, einer deutschen Verteidigungslinie, die zwischen Bratislava und Radkersburg, südöstlich von Graz, entstand. Die Verantwortung hatte Hitler den Gauleitern von Wien, Niederdonau und der Steiermark übertragen.¹⁶⁵ Neben nichtjüdischen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und der ansässigen Bevölkerung wurden rund 35 000 Jüdinnen und Juden aus Ungarn zu den Schanzarbeiten abgestellt (Dok. 186). Ab November 1944 übergab die ungarische Kollaborationsregierung unter Ferenc Szálasi etwa 76 000 Juden aus Budapest und ehemalige jüdische Arbeitsdienstler der ungarischen Armee an das Deutsche Reich.¹⁶⁶ Sie wurden in Fußmärschen ohne Verpflegung zur österreichisch-ungarischen Grenze getrieben und von dort entweder weiter in das Reichsinnere zur Zwangsarbeit gebracht oder zu Schanzarbeiten abkommandiert.

Insgesamt überlebte von den ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern vermutlich etwa ein Drittel den Krieg nicht.¹⁶⁷

„Austauschjuden“

Die sich seit dem Frühjahr 1943 stetig verschlechternde militärische Situation des Reichs änderte vorerst nichts an dem unverminderten Willen der deutschen Führung, die Vernichtung der europäischen Juden fortzusetzen. Allerdings ließen kriegswirtschaftliche Erwägungen und Rückversicherungsbedürfnisse für den Fall einer Niederlage zunehmend eine gewisse Konzessionsbereitschaft erkennen. Ein solches Zugeständnis betraf eine kleine, ausgewählte Gruppe von Juden, die nach Plänen des Auswärtigen Amts und

¹⁶⁴ Erzählte Geschichte (wie Anm. 99), Bd. 3, S. 195. Aus den Matriken der IKG Wien geht eine deutlich erhöhte Sterberate für den Juli 1944 hervor; siehe Eleonore Lappin-Eppel, Erinnerungszeichen an die Opfer des Zwangsarbeitseinsatzes ungarischer Juden und Jüdinnen in Niederösterreich 1944/45, in: Heinz Arnberger/Claudia Kuretsidis-Haider (Hrsg.), Gedenken und Mahnen in Niederösterreich. Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung, Wien 2011, S. 60–86, hier S. 64; siehe auch Dok. 141 vom 1. 6. 1944.

¹⁶⁵ Führerbefehl vom 1. 9. 1944, BArch, NS 6/78, Bl. 46; siehe Eleonore Lappin-Eppel, Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45. Arbeitseinsatz – Todesmärsche – Folgen, Wien 2010, S. 205.

¹⁶⁶ Szabolcs Szita, Verschleppt, verhungert, vernichtet. Die Deportation von ungarischen Juden auf das Gebiet des annektierten Österreich 1944–1945, Wien 1999, S. 194; die Zahlen sind nicht eindeutig belegt; siehe Aly/Gerlach, Das letzte Kapitel (wie Anm. 39), S. 359.

¹⁶⁷ Ebd., S. 409.

des Reichssicherheitshauptamts zunächst nicht deportiert werden, sondern für Austauschzwecke zur Verfügung stehen sollte. Die Idee war nicht neu. Bereits 1938 hatte Himmler mit dem Gedanken gespielt, Juden als Geiseln zu benutzen.¹⁶⁸ Je deutlicher sich die deutsche Niederlage abzeichnete, desto mehr gewannen die Austauschvorhaben an Bedeutung. Dabei spielte das im Frühjahr 1943 errichtete sogenannte Aufenthaltslager Bergen-Belsen eine wichtige Rolle.

Zur Vorgeschichte Bergen-Belsens gehört die Vertreibung der ausländischen Juden aus dem deutschen Machtbereich. Anfang März 1943 veranlasste der Chef des Reichssicherheitshauptamts, Ernst Kaltenbrunner, dass ausländische Juden, die nicht in ihren Heimatländern, sondern auf deutschem oder deutsch besetztem Territorium lebten, sowie staatenlose Juden fortan in die Deportation einbezogen werden sollten.¹⁶⁹ Eine Ausnahme bildeten alle Juden aus neutralen oder verbündeten Ländern, die vorläufig auf Drängen des Auswärtigen Amts zurückgestellt wurden. Ihr Aufenthalt im Reich war zwar unerwünscht, die außenpolitische Rücksichtnahme erforderte aber ihre Duldung bis zur Repatriierung. Während insbesondere Schweden, aber auch die Schweiz bereit waren, ihre jüdischen Staatsbürger zurückzuholen, zeigten sich Portugal, Spanien und die Türkei mehr als zögerlich. Zwar konnten schließlich auch in diese Staaten Juden zurückkehren, allerdings nur in geringer Zahl und nach wiederholter Verlängerung des deutschen Ultimatums.¹⁷⁰ Das Interesse der mit dem Reich verbündeten Staaten war eher reserviert. Nach einer wiederholten Fristverlängerung bis zum Oktober 1943 deportierte die Gestapo die verbliebenen ausländischen Juden schließlich nach Buchenwald und Ravensbrück (Dok. 251).

Dennoch blieb der Austausch von Juden eine wichtige Option der deutschen Politik. Der übliche Zivilgefangenen austausch stockte, weil sich wesentlich mehr Deutsche in alliierter Gewahrsam befanden als umgekehrt. So entstand in den „Judenreferaten“ von Auswärtigem Amt und Reichssicherheitshauptamt – wenn auch bei Eichmann eher verhalten – die Idee, den Bedarf an Austauschpersonen mit Juden zu decken. Für diesen Zweck sollten rund 30 000 Juden, die ausländische Papiere besaßen, verwandtschaftliche Beziehungen ins Ausland hatten oder als politisches bzw. wirtschaftliches Faustpfand geeignet schienen, gezielt inhaftiert, interniert und bei passender Gelegenheit ausgetauscht werden.¹⁷¹

168 Peter Longerich, Heinrich Himmler. Biographie, Berlin 2008, S. 728.

169 Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei, IV B4b-2314/43g (82), gez. Kaltenbrunner, an die Befehlshaber der Sicherheitspolizei vom 5. 3. 1943, betr.: Behandlung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit im Generalgouvernement und in den besetzten Ostgebieten, Abdruck in: Wolfgang Benz/Konrad Kwiet/Jürgen Matthäus (Hrsg.), Einsatz im „Reichskommissariat Ostland“. Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrussland 1941–1944, Berlin 1998, S. 63 f.; siehe auch VEJ 6/217 und VEJ 7/268; Alexandra-Eileen Wenck, Zwischen Menschenhandel und „Endlösung“. Das Konzentrationslager Bergen-Belsen, Paderborn 2000, S. 83–89; Christopher Browning, Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940–1943, Darmstadt 2010, S. 197–202; Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010, S. 294.

170 Bernd Rother, Discussion of the Third Panel, in: Guttstadt u. a. (Hrsg.), Bystanders (wie Anm. 68), S. 179–182.

171 „Richtlinien“, abgedruckt in: Konzentrationslager Bergen-Belsen. Berichte und Dokumente, Göttingen 1995, S. 35–37; Eberhard Kolb, Bergen-Belsen 1943 bis 1945, Göttingen 1996, S. 132 f.

Als „Aufenthaltslager“ wurde in der Lüneburger Heide ein passender Ort gefunden: das Kriegsgefangenenlager Stalag XI C/311, kurz Bergen-Belsen. Von den seit dem Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941 in Bergen-Belsen inhaftierten rund 20 000 sowjetischen Kriegsgefangenen waren bis Anfang 1943 etwa 90 Prozent tot.¹⁷² Im Frühjahr begann ein Häftlingskommando mit dem Aufbau des „Aufenthaltslagers“, das in das KZ-System des Wirtschafts-Verwaltungshauptamts der SS eingegliedert wurde. Die ersten „Austauschjuden“ kamen aus Polen und erreichten Bergen-Belsen im Juli 1943. Allerdings blieben sie nur kurz, denn nach gründlicher Überprüfung ihrer Papiere – zu meist handelte es sich um sogenannte Gefälligkeitspässe lateinamerikanischer Länder, die lediglich halboffiziellen Charakter hatten, oder schlichtweg um Fälschungen – wurden 1800 von ihnen im Oktober 1943 unter dem Vorwand der Verlegung in ein Lager bei Dresden nach Auschwitz deportiert und ermordet.¹⁷³ Zu Beginn des Jahres 1944 wurden weitere 350 Personen dieser ersten Austauschgruppe deportiert. Die Anerkennung der Dokumente wurde zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichssicherheitshauptamt kontrovers diskutiert. Während die SS kaum Bereitschaft zeigte, Juden auszutauschen, verwies das Auswärtige Amt auf die gewünschte Rückführung der Auslandsdeutschen. Das Zögern der südamerikanischen Länder, die Papiere anzuerkennen, erschwerte das Vorhaben zusätzlich.

Nach und nach trafen in Bergen-Belsen Juden aus den besetzten Gebieten ein, die die genannten Austauschkriterien erfüllten. Im August beispielsweise erreichte eine größere Gruppe Spanniolen – Nachfahren der Sephardim, die seit Jahrhunderten in Thessaloniki lebten – gemeinsam mit „prominenten“ griechischen Juden das Lager. Die Spanniolen konnten nach monatelangem Warten tatsächlich ausreisen.¹⁷⁴ Die größte Gruppe von „Austauschjuden“ kam aus den Niederlanden. In den ersten neun Monaten des Jahres 1944 wurden insgesamt 2762 potentiell auszutauschende niederländische Juden – oft handelte es sich um ganze Familien – im sogenannten Sternlager interniert (Dok. 119).¹⁷⁵ Hinzu kamen kleinere Gruppen von Juden aus Frankreich, Jugoslawien, Albanien und in Italien internierten nordafrikanischen Juden mit britischem Pass.¹⁷⁶ Schließlich wurde im Juli 1944 das Ungarn-Lager eingerichtet, in dem 1684 ungarische Juden aus den „Blut gegen Ware“-Verhandlungen Reszö Kasztners mit Eichmann auf ihre Freiheit warteten. Der ungarische Jurist und Journalist hatte als wichtiger jüdischer Verhandlungsführer den Freikauf ungarischer Juden vorangetrieben, sie sollten gegen hohe Geldbeträge und kriegswichtige Güter wie Lastwagen eingetauscht werden.¹⁷⁷ Statt der avisierten Ausreise in ein neutrales Land gelangten die freigekauften Juden aber zunächst nach Bergen-Belsen.

172 Kolb, Bergen-Belsen 1943 bis 1945 (wie Anm. 171), S. 24.

173 Eberhard Kolb, Bergen-Belsen. Geschichte des „Aufenthaltslagers“, Münster 2011 (Nachdruck), S. 47.

174 Yahil, Shoah (wie Anm. 25), S. 568–570; Bernd Rother, Franco und die deutsche Judenverfolgung, in: VfZ, 46 (1998), Heft 2, S. 189–220, hier S. 213 f.; Weitkamp, Braune Diplomaten (wie Anm. 32), S. 242 f.

175 Kolb, Bergen-Belsen. Geschichte des „Aufenthaltslagers“ (wie Anm. 173), S. 61.

176 Ebd., S. 29 f.; Wenck, Zwischen Menschenhandel und „Endlösung“ (wie Anm. 169), S. 218–220.

177 Yehuda Bauer, Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945, Frankfurt a. M. 1996, S. 231–394; Ladislaus Löb, Geschäfte mit dem Teufel. Die Tragödie des Judenretters Reszö Kasztner, Köln 2010.

Die Behandlung der Häftlinge unterschied sich zunächst stark von der in den übrigen Konzentrationslagern. Um den Zweck ihrer Internierung zu erfüllen, mussten die „Geiseln“ einigermaßen gesund bleiben und sollten möglichst wenig mit dem gewöhnlichen Grauen und Terror der Lager konfrontiert werden – um bei einem möglichen Austausch der feindlichen Propaganda keinen Auftrieb zu geben (Dok. 62). So durften die „Austauschjuden“ ihr Gepäck behalten, Zivilkleider tragen (allerdings durch einen Stern gekennzeichnet), und Familien konnten sich regelmäßig sehen. Die vergleichsweise besten Bedingungen herrschten im Sonder- und Neutralenlager. Im Gegensatz zum Sternlager mussten die Häftlinge dort nicht arbeiten.

Im Laufe des Jahres 1944 veränderte sich der Charakter Bergen-Belsens jedoch deutlich. Um dem Lager eine Funktion zu geben, die über die Kasernierung von „Austauschjuden“ hinausging, bestimmte das Wirtschaftsverwaltungshauptamt Bergen-Belsen zum Sterbelager. Immer mehr kranke und nicht mehr arbeitsfähige Häftlinge anderer Konzentrationslager wurden seit März dort eingewiesen. Angesichts der zunehmenden Überfüllung entstand im Sommer ein aus Zelten bestehendes Frauenlager, in dem zunächst Tausende von polnischen Zwangsarbeiterinnen auf ihre Verteilung auf die neu entstehenden Arbeitskommandos warten mussten.¹⁷⁸ Im Herbst kamen die ersten Evakuierungstransporte aus Auschwitz hinzu. Die Lebensbedingungen verschlechterten sich nun rapide (Dok. 203). Die Menschen verhungerten oder starben an Seuchen. Der Kölner Kaufmann Josef Weiss, der im Januar 1944 aus Westerbork nach Bergen-Belsen gekommen war und letzter Judenältester des Lagers wurde, erinnerte sich an die Unterschiede: „Das Essen in Bergen-Belsen war zuerst relativ gut. [...] Zuerst schlief man maximal mit 156 Leuten in einem Schlafsaal. Zum Schluss standen in so einem Saal 2000 Leute.“¹⁷⁹ Auch dem seit Februar 1944 in Bergen-Belsen inhaftierten Walter Guttman hat sich der Hunger eingeprägt: „Ab Oktober bekamen wir immer weniger zu essen, und im Dezember fing der große Hunger und das große Sterben an. Da bekamen wir wirklich kaum mehr etwas zu essen.“¹⁸⁰

Die letzten Privilegien verloren die noch rund 6000 „Austauschjuden“ mit dem Amtsantritt Josef Kramers als Lagerkommandant Anfang Dezember 1944. Kramer, unter dessen Leitung zuvor in Auschwitz-Birkenau die ungarischen Juden ermordet worden waren, verwandelte Bergen-Belsen endgültig in ein Konzentrationslager – jegliche Sonderbedingungen für „Austauschjuden“ verloren ihre Geltung. Unterdessen stiegen die Häftlingszahlen aufgrund der ankommenden Räumungstransporte weiter dramatisch an. Infolge der starken Überbelegung des Lagers und der völlig unzureichenden Versorgung der Häftlinge entwickelte sich Bergen-Belsen zu einem Ort des Massensterbens.

Nur die wenigsten der zu diesem Zweck ins Lager gebrachten Juden wurden tatsächlich ausgetauscht. Am 30. Juni 1944 verließ ein Transport mit 222 jüdischen Häftlingen, die eine Einreiseerlaubnis nach Palästina besaßen, Bergen-Belsen Richtung Wien. Dort trafen sie mit 50 weiteren „Austauschjuden“ aus dem Lager Vittel in Lothringen (Dok. 162)

178 Die Polinnen waren überwiegend im Zusammenhang mit dem Warschauer Aufstand und der Auflösung von Zwangsarbeitslagern nach Bergen-Belsen verschleppt worden.

179 Hans-Dieter Arntz, *Der letzte Judenälteste von Bergen-Belsen*. Josef Weiss – würdig in einer unwürdigen Umgebung, Aachen 2012, S. 204.

180 Ich wollte es so normal wie andere auch: Walter Guttman erzählt sein Leben, hrsg. von Michael Bochow und Andreas Pretzel, Hamburg 2011, S. 56.

und elf Personen aus dem Zivilinterniertenlager Laufen in Bayern zusammen. An der türkisch-syrischen Grenze wurde die Gruppe gegen 150 Palästina-Deutsche, Nachfahren der seit dem 19. Jahrhundert dort ansässigen Templer, ausgetauscht, bevor sie schließlich Haifa erreichte.¹⁸¹ Zur selben Zeit traf in Bergen-Belsen die Gruppe der sogenannten Kasztner-Juden ein, die bei dem Geschäft als Faustpfand Eichmanns dienten. Im August und Dezember reisten die Kasztner-Juden in zwei Gruppen in die Schweiz aus, während die Verhandlungen zwischen der SS, einem Vertreter des Joint und Kasztner auf Hochtouren liefen.¹⁸² Kleinere Häftlingsgruppen aus Bergen-Belsen verschob das Reichssicherheitshauptamt noch im Laufe des Winters 1944/45 in süddeutsche Zivilinterniertenlager.¹⁸³ Von dort konnten noch einige der „Austauschjuden“ im Januar und März 1945 in die Schweiz bzw. nach Schweden ausreisen.

Als die deutsche Niederlage mit dem Beginn der sowjetischen Offensive im Sommer 1944 immer wahrscheinlicher wurde, unternahm Himmler erste vorsichtige Annäherungsversuche an die westlichen Alliierten. Dazu gehörten die bereits erwähnten Verhandlungen über die Freilassung der sogenannten Kasztner-Juden, in die der Schweizer Saly Mayer als Unterhändler eingebunden war. Angesichts der klaren Vorgaben der Amerikaner – keine Waren und kein Geld für den Freikauf von Juden – glichen die Treffen mit den Deutschen einem ungewollten Hinhaltemanöver. Mayers vorgetäuschter Einfluss wurde von den Nationalsozialisten weit überschätzt.¹⁸⁴ Im Januar 1945 traf Himmler zum zweiten Mal mit dem Schweizer Altbundespräsidenten Jean-Marie Musy zusammen und genehmigte den Transport von 1200 Juden aus Theresienstadt in die Schweiz (Dok. 280). Schließlich nahm er im März Kontakt mit dem Schwedischen Roten Kreuz auf.¹⁸⁵ Kurz darauf folgte die größte Einzelaktion, als Himmler die Ausreise von 7800 skandinavischen Häftlingen aus Konzentrationslagern – unter ihnen befanden sich auch die dänischen Juden aus Theresienstadt – genehmigte (Dok. 293 und Dok. 297). Hinzu kamen 7000 weibliche Häftlinge aus Ravensbrück, unter ihnen über 1000 Jüdinnen (Dok. 224). Himmlers Plan, über Freilassungen von Juden einen Separatfrieden mit den westlichen Alliierten zu erreichen, ging nicht auf. Stattdessen fiel er ganz zuletzt bei Hitler in Ungnade und wurde seiner Ämter enthoben (Dok. 228). Austauschüberlegungen wurden auch im Umfeld der verschiedenen Exilregierungen diskutiert. Zwei jüdische Vertreter der tschechoslowakischen Exilregierung in London entwickelten 1944 den Plan, deutsche Nationalisten mit tschechischer Staatsbürger-

181 Simon Heinrich Herrmann, *Austauschlager Bergen-Belsen. Geschichte eines Austauschtransportes*, Tel Aviv 1944; Wenck, *Zwischen Menschenhandel und „Endlösung“* (wie Anm. 169), S. 220–228.

182 Der vermeintliche Joint-Vertreter war der Schweizer Staatsbürger Saly Mayer, der zwar für den Joint arbeitete, von diesem aber für Verhandlungen mit der SS nicht legitimiert war. Dies war den Deutschen allerdings unbekannt.

183 Wenck, *Zwischen Menschenhandel und „Endlösung“* (wie Anm. 169), S. 244. Es handelt sich um die Zivilinterniertenlager Wurzach, Biberach-Liebenau und Ravensburg.

184 Yehuda Bauer, „Onkel Saly“ – Die Verhandlungen des Saly Mayer zur Rettung der Juden 1944/45, in: VfZ, 25 (1977), Heft 2, S. 188–219; Bauer, *American Jewry and the Holocaust* (wie Anm. 63), S. 408–434; Zweig-Strauss, Saly Mayer (wie Anm. 63), S. 225–232.

185 Folke Bernadotte, *Das Ende. Meine Verhandlungen in Deutschland im Frühjahr 1945 und ihre politischen Folgen*, Zürich/New York 1945, insbes. S. 60–85; H. G. Adler, *Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft*, Göttingen 2005, S. 204.

schaft, die sich in alliierterem Gewahrsam befanden, gegen tschechische Juden aus dem Getto Theresienstadt auszutauschen.¹⁸⁶ Abgesehen von dem Umstand, dass führende Vertreter der Exilregierung die Rückkehr von politisch „unzuverlässigen Subjekten“ generell ausschlossen, verfügten sie über keinerlei potentielle Austauschpersonen. Da auch die britische und die US-amerikanische Regierung nicht bereit waren, Juden mit fremder Staatsangehörigkeit gegen inhaftierte Deutsche auszutauschen, war über den Weg des Austausches keine Rettung für die vom Tode bedrohten tschechischen Juden zu erwarten.

Die Lage der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren seit 1943

Im Protektorat Böhmen und Mähren war das Jahr 1943 ebenfalls geprägt von der Deportation der letzten ungeschützten Juden nach Theresienstadt, der Auflösung der jüdischen Gemeinden und der Ausdehnung der Zwangsarbeit auf die nichtjüdischen Partner aus „Mischehen“. Im Zuge der großen Deportationen 1942 waren 57 527 Juden in das Getto Theresienstadt gebracht worden, so dass die jüdischen Gemeinden im Protektorat Anfang 1943 nur noch 16 661 Mitglieder umfassten. Bis Jahresende deportierten die deutschen Behörden weitere 7875 Juden.¹⁸⁷ Zugleich war der neu formierte Ältestenrat der Juden in Prag mit „Abbrucharbeiten“ beschäftigt, dem sukzessiven Abbau von Personal und der Auflösung seiner institutionellen Strukturen.¹⁸⁸ Allein im Juli gelangten drei Transporte mit ehemaligen Mitarbeitern der Prager Gemeinde nach Theresienstadt. Die Nachfolge der Ende Januar 1943 deportierten Funktionäre trat vorübergehend Salo Krämer an, der Leiter der Treuhandstelle, einer beim Ältestenrat angesiedelten, aber der SS unterstellten Verwertungsstelle für geraubtes jüdisches Eigentum. Als man auch ihn dann im Juli nach Theresienstadt schickte, übernahmen bis Kriegsende zwei in „Mischehe“ lebende Juden, František Friedmann und Erich Kraus, die Leitung der Rumpfgemeinde.¹⁸⁹

So befanden sich Ende 1943 außerhalb Theresienstadts noch 8485 Juden im Protektorat Böhmen und Mähren; das entspricht sieben Prozent des Stands bei der Annexion der Tschechoslowakei im März 1939. Alle übrigen Juden waren emigriert, eines natürlichen Todes gestorben oder – die meisten – deportiert worden.¹⁹⁰ Von den verbliebenen Juden waren nahezu 90 Prozent „arisch versippt“. Schätzungen zufolge kamen noch etwa 13 000 „Mischlinge ersten Grades“ und 34 000 „Mischlinge zweiten Grades“ hinzu.¹⁹¹

186 Jan Láníček, *The Czechoslovak Government-in-Exile and the Jews during World War 2 (1938–1948)*, Southampton 2010, S. 169–171.

187 Ältestenrat der Juden in Prag, Bericht über das Jahr 1943, YVA, O.7.cz/63, Bl. 11.

188 Ebd., Bl. 3.

189 Avigdor Dagan/Gertrude Hirschler/Lewis Weiner (Hrsg.), *The Jews of Czechoslovakia. Historical Studies and Surveys*, Bd. III, Philadelphia/New York 1984, S. 50; Livia Rothkirchen, *The Jews of Bohemia & Moravia. Facing the Holocaust*, Lincoln/Jerusalem 2005, S. 130.

190 Insgesamt war die jüdische Bevölkerung im Protektorat, die zum Stichtag 15.3.1939 118 310 Personen betrug, bis Ende 1943 um 92,8 Prozent zurückgegangen. Von diesen waren rund 30 Prozent emigriert oder gestorben, rund 70 Prozent deportiert worden.

191 Ältestenrat der Juden in Prag, Bericht über das Jahr 1943, YVA, O.7.cz/63, Bl. 10–15.

Die Verfolgung der tschechischen Juden außerhalb Theresienstadts

Die administrative Umstrukturierung des Jahres 1943 erfüllte alle Kriterien eines Auflösungsprozesses. Jüdische Altersheime, medizinische Versorgungsabteilungen und Waisenhäuser wurden zusammengelegt oder aufgelöst, die Abteilungen des Ältestenrats rationalisiert.¹⁹² Gleichzeitig schickte der Ältestenrat durch die Auflösung frei gewordenes Institutions- und Werkstattmobiliar sowie Büromaterial und Hausrat nach Theresienstadt zur Versorgung des Gettos und zur Aufrechterhaltung der administrativen Tätigkeiten.¹⁹³ Schließlich mussten auf deutsche Anordnung hin die meisten noch im Besitz der Gemeinde befindlichen Gebäude geräumt und dem Zentralamt für die Regelung der Judenfrage übergeben werden.¹⁹⁴ Diese Außenstelle des „Judenreferats“ im Reichssicherheitshauptamt, die seit 1941 für alle jüdischen Angelegenheiten im Protektorat, so auch für das Getto Theresienstadt, zuständig war, unterstand SS-Sturmbannführer Hans Günther, dessen Bruder Rolf Adolf Eichmanns rechte Hand in Berlin war. Die Behörde war zuständig für die Konzentrierung, Ausbeutung und Deportation der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren.¹⁹⁵ Wie in Prag ersetzte der Ältestenrat der Juden auch in seinen böhmischen und mährischen Außenstellen die ehemaligen, nun deportierten Funktionäre durch geschützte Juden aus „Mischehen“.

Personelle Umbesetzungen in der deutschen Protektoratspolitik wirkten sich ebenfalls auf die verbliebenen Juden aus. Das Amt des Reichsprotektors hatte nach dem Attentat auf Reinhard Heydrich Ende Mai 1942, der die Geschäfte als stellvertretender Reichsprotektor unbarmherzig geführt hatte, stark an Einfluss eingebüßt und im Sommer 1943 einen eher repräsentativen Charakter angenommen. Im August ernannte Hitler Wilhelm Frick, der kurz zuvor die Leitung des Reichsinnenministeriums an Himmler hatte abtreten müssen, zum neuen Reichsprotektor und den damaligen Staatssekretär Karl Hermann Frank zum Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren. Himmler hatte in der sich zuspitzenden militärischen Lage den Zenit seiner innenpolitischen Macht erreicht, wovon Frank als sein Protegé profitierte.¹⁹⁶ Das neu geschaffene Amt des Staatsministers, das Frank nun in Personalunion mit dem Posten des Höheren SS- und Polizeiführers ausübte, konsolidierte seinen Machtanspruch und führte dazu, dass er und nicht Frick die wichtigen Entscheidungen traf.¹⁹⁷ Außerdem errichtete er am 1. Juni

¹⁹² Ebd., Bl. 4–7.

¹⁹³ Ebd., Bl. 7; Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 152 f.

¹⁹⁴ Ältestenrat der Juden in Prag, Bericht über das Jahr 1943, YVA, O.7.cz/63, Bl. 26–28. Bis Ende 1943 erzwangen die Behörden die Übertragung von rund 9900 Häusern aus jüdischem Besitz an den Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren, das entsprach einem Viertel des gesamten Häuserbestandes, jüdisch und nichtjüdisch, in Prag (Bl. 27).

¹⁹⁵ Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 6.

¹⁹⁶ René Küpper, Karl Hermann Frank als Deutscher Staatsminister, in: Monika Glettler/Lubomír Lipták/Alena Míšková (Hrsg.), *Geteilt, besetzt, beherrscht. Die Tschechoslowakei 1938–1945. Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei*, Düsseldorf 2004, S. 31–52, hier S. 32 f.

¹⁹⁷ Wolf Gruner, Protektorat Böhmen und Mähren, in: Wolf Gruner/Jörg Osterloh (Hrsg.), *Das „Großdeutsche Reich“ und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten“ Gebieten*, Frankfurt a. M. 2010, S. 139–173, hier S. 171; Wolf Gruner, *Die Judenverfolgung im Protektorat Böhmen und Mähren. Lokale Initiativen, zentrale Entscheidungen, jüdische Antworten 1939–1945*, Göttingen 2016, S. 289.

1943 das Sippenamt für Böhmen und Mähren, das über die „rassemäßige Einordnung von Protektoratsangehörigen“ zu entscheiden hatte und damit relativ großen Einfluss auf die Behandlung der „Mischehen“ und „Mischlinge“ besaß. Bereits 1942 ordnete die Zentrale des Rasse- und Siedlungshauptamts eine Überprüfung der als volksdeutsch anerkannten „Mischlinge“ an, da die laxer Handhabung durch die mit der Feststellung beauftragten Gesundheitsämter und Kreisleitungen kritisiert wurde. Genauso entzogen die Behörden Personen, die eine Scheidung von ihrem jüdischen Partner ablehnten, kurzerhand ihre deutsche Volkszugehörigkeit.¹⁹⁸ Im Sommer 1944 erhielt Frank zudem die alleinige administrative Zuständigkeit für das jüdische Vermögen im Protektorat.¹⁹⁹

Wie im Altreich und in Österreich waren die Juden in „Mischehe“ zwar zunächst vor der Deportation geschützt, nicht jedoch vor der Zwangsarbeit. Eine wichtige Rolle spielte hierbei die Treuhandstelle beim Ältestenrat der Juden in Prag. Im Auftrag des Zentralamts für die Regelung der Judenfrage war die Treuhandstelle im gesamten Protektorat verantwortlich für die Erfassung, Verpackung und den Abtransport der von den deportierten Juden zurückgelassenen Möbel in die Verkaufshallen und Depots. In Klattau beispielsweise übernahm der mit einer Nichtjüdin verheiratete Unternehmer und Musiker Erich Adler im August 1943 die Leitung der dortigen Treuhandstelle, bis er ein Jahr später dem Lager Hagibor in Prag zur Zwangsarbeit zugewiesen wurde.²⁰⁰

Die jüdischen Zwangsarbeiter der Treuhandstelle bzw. des Zentralamts räumten, renovierten und möblierten die Wohnungen, nachdem deren jüdische Bewohner abtransportiert worden waren. Anschließend zogen bombengeschädigte Familien aus dem Reich oder NS-Funktionäre dort ein.²⁰¹ Berta Landré, eine österreichische Jüdin, die in „Mischehe“ lebte und 1937 aus Köln nach Prag geflohen war, erinnerte sich an den zynischen Perfektionismus, mit dem die Herrichtung der Wohnungen betrieben wurde: In den Badezimmern mussten sogar Waschlappen aufgehängt werden.²⁰² Der ständige Druck, der auf den Funktionären des Ältestenrats lastete, war groß. So drohte Hans Günther vom Zentralamt dem jüdischen Leiter der Treuhandstelle Ernst Recht: „Recht, wenn Sie nicht in Ordnung gehen, gehen Sie ins Konzentrationslager und ich lasse Sie erschießen.“²⁰³ Im Auftrag Günthers war die Treuhandstelle angehalten, wertvolle, insbesondere rituelle Gegenstände, soweit sie nicht in die Depots wanderten, auszusortieren, um sie an das Jüdische Zentralmuseum zu übergeben.²⁰⁴ Während im Reich die

198 H. G. Adler, *Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*, Tübingen 1974, S. 303 f.; Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“ (wie Anm. 109), S. 555 f.

199 H. G. Adler, *Die verheimlichte Wahrheit, Theresienstädter Studien und Dokumente*, Tübingen 1958, S. 90; René Küpper, *Karl Hermann Frank (1898–1946)*, München 2010, S. 186 f.

200 Rudolf M. Wlaschek, *Juden in Böhmen. Beiträge zur Geschichte des europäischen Judentums im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990, S. 200.

201 Adler, *Die verheimlichte Wahrheit* (wie Anm. 199), S. 77–81; Adler, *Der verwaltete Mensch* (wie Anm. 198), S. 536–538; Monika Sedláková, *Die Rolle der sogenannten „Einsatzstäbe“ bei der Enteignung jüdischen Vermögens*, in: TSD, 10 (2003), S. 275–305, hier S. 279.

202 Berta Landré, *Jüdische Zwangsarbeit in Prag*, in: *Zeitgeschichte*, 9. Jg., 1982, Heft 11/2, S. 365–377, hier S. 367.

203 Aussage von Ernst Recht beim Eichmann-Prozess in Jerusalem am 18. 5. 1961, auszugsweise abgedruckt in: Norbert Kampe/Andreas Nachama/Uwe Neumärker (Hrsg.), *Der Prozess – Adolf Eichmann vor Gericht*, Berlin 2011, S. 162.

204 Jan Björn Potthast, *Das Jüdische Zentralmuseum der SS in Prag. Gegnerforschung und Völkermord im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 2002, S. 372.

jüdischen Friedhöfe aufgelöst und die Grundstücke veräußert wurden, da keiner mit der Rückkehr der deportierten Juden rechnete (Dok. 148), errichtete die SS in Prag ein Jüdisches Museum, das künftig die Erinnerung an eine „ausgestorbene Rasse“ wachhalten sollte. Zur gleichen Zeit, da Himmler im Oktober 1943 in Posen die „Endlösung“ als abgeschlossen bezeichnete, begann Günther in Prag bereits mit der „Musealisierung“ der Juden.²⁰⁵

Im Laufe des Jahres 1943 verdichteten sich Gerüchte über die Errichtung von „Sonderlagern für Mischlinge und jüdisch Versippte“ im Protektorat und im Sudetenland.²⁰⁶ Das größte Lager entstand im Herbst auf dem SS-Truppenübungsplatz in Bistritz (Bystrice) bei Beneschau. Für den Ausbau des Militärgeländes, auf dem das Lager für „jüdisch versippte Arier und Mischlinge“ entstand, wurden bis Ende 1943 rund 37 000 dort ansässige Tschechen vertrieben.²⁰⁷ Im „Sonderlager“ waren insgesamt rund 1000 deutsche und tschechische „Mischlinge“ sowie nichtjüdische Männer untergebracht, die einer Scheidung von ihrer jüdischen Frau nicht zugestimmt hatten (Dok. 271).²⁰⁸ Die Häftlinge waren beim Straßen- und Eisenbahnbau, im Steinbruch oder beim Munitionstransport eingesetzt.²⁰⁹ Auch die Prager Einsatzgruppe VII der Organisation Todt beschäftigte Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge auf den Baustellen im Protektorat, unter ihnen viele Juden.²¹⁰ Im September 1944 befahl Hans Günther dem Ältestenrat, alle arbeitsfähigen Juden nach Prag zu holen.²¹¹ Nachdem vier Monate zuvor die „Abteilung für Nichtarier“ beim Arbeitsamt Prag aufgelöst worden war, ging die Zuständigkeit für den jüdischen Arbeitseinsatz auf den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und das Zentralamt über, die wiederum mit der Abwicklung den Ältestenrat der Juden beauftragten.²¹²

Nun wurden die letzten verbliebenen Juden bis auf wenige Ausnahmen in Prag konzentriert, wo sie bei Luftschutzarbeiten eingesetzt wurden oder im Lager Hagibor kriegswichtigen Glimmer spalten mussten. Lediglich im ehemaligen Umschulungslager Linden und im Zwangsarbeitslager Oslawan bei der Kohlengrube Kukla verblieben zwei Gruppen von Juden im „geschlossenen Arbeitseinsatz“ (Dok. 239).²¹³

205 Dirk Rupnow, „Ihr müsst sein, auch wenn ihr nicht mehr seid ...“. Das „Jüdische Zentralmuseum“ in Prag 1942–1945, in: TSD, 7 (2000), S. 192–214, hier S. 200; Magda Veselska, „The Museum of an Extinct Race“. Fact vs. Legend. A Contribution to the Topic of the So-Called Jewish Councils in Central Europe, in: *Judaica Bohemiae* 51/2, 2016, S. 41–85. Eine solche „Musealisierung“ war auch an anderen Orten, wie dem burgenländischen Eisenstadt, geplant; siehe Dok. 132 vom 2.5.1944.

206 Wlaschek, Juden in Böhmen (wie Anm. 200), S. 195 f.; Jiří Kavena, Sonderlager pro židovské míšence v Bystrici u Benešova, in: *Tereziňské listy* 28 (2000), S. 51–60.

207 Detlev Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Teil II: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren von Heydrichs Tod bis zum Prager Aufstand, München/Wien 1975, S. 35; Küpper, Karl Hermann Frank (wie Anm. 199), S. 253 f.

208 Wlaschek, Juden in Böhmen (wie Anm. 200), S. 196; Alfons Adam, „Die Arbeiterfrage soll mit Hilfe von KZ-Häftlingen gelöst werden“. Zwangsarbeit in KZ-Außenlagern auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik, Berlin 2013, S. 62.

209 Wlaschek, Juden in Böhmen (wie Anm. 200), S. 197.

210 Adam, Arbeiterfrage (wie Anm. 208), S. 100 ff., insbes. S. 102.

211 Bericht des Ältestenrats der Juden in Prag 1944, YVA, O.7/64, Bl. 4.

212 Aktenvermerk František Friedmanns über die Neuregelung des Arbeitseinsatzes der Juden vom 8.5.1955, YVA, O.7.cz/87, Bl. 250 f.; Bericht des Ältestenrats der Juden in Prag 1944, YVA, O.7/64, Bl. 65; Wlaschek, Juden in Böhmen (wie Anm. 200), S. 100.

213 Bericht des Ältestenrats der Juden in Prag 1944, YVA, O.7/64, Bl. 3.

Im Sommer 1944 begannen jüdisch-tschechische Zwangsarbeiter mit der Errichtung von Arbeits- und Wohnbaracken auf dem Hagibor, dem ehemaligen Gelände des gleichnamigen jüdischen Sportvereins in Prag.²¹⁴ Bis Ende des Jahres waren dort rund 1300 Juden, insbesondere Frauen aus „Mischehen“, interniert, um in der Glimmerspalterei zu arbeiten.²¹⁵ So auch Anna Novotná, die Anfang der 1920er-Jahre einen katholischen Anwalt aus Brünn geheiratet hatte.²¹⁶ Bevor sie sich Mitte Oktober 1944 zum Arbeitseinsatz im Lager Hagibor einfinden musste, hatte sie bereits Zwangsarbeit in einer Reinigungskolonie, einer Ziegel- und einer Textilfabrik geleistet. Gemeinsam mit den letzten Juden aus „Mischehen“ siedelte das Zentralamt für die Regelung der Judenfrage Ende Januar 1945 die Glimmerproduktion ins Getto um (Dok. 291).

Auch während der letzten beiden Kriegsjahre wurden in regelmäßigen Abständen kleinere Gruppen von ehemals „geschützten“ Juden nach Theresienstadt deportiert. Von diesen Maßnahmen betroffen waren Angestellte des Ältestenrats, Juden, deren „Mischehe“ durch Scheidung oder Tod des Partners nicht mehr existierte, oder „Geltungsjuden“, die die Altersbegrenzung von 14 Jahren erreicht hatten und somit nicht mehr unter dem Schutz des nichtjüdischen Elternteils standen.²¹⁷ Abgewickelt wurden diese letzten Deportationen vom Zentralamt für die Regelung der Judenfrage, das die Betroffenen sammelte, in ihre Pässe das Urteil „ghettoisiert“ stempelte und sie schließlich abtransportierte.²¹⁸ Insgesamt wurden zwischen April 1943 und Kriegsende noch 7101 Juden aus dem Protektorat in 40 Transporten nach Theresienstadt deportiert, rund die Hälfte von ihnen erst Anfang 1945.²¹⁹

Auf Unterstützung hoffen die Juden im Protektorat Böhmen und Mähren zumeist vergeblich. Die tschechoslowakische Exilregierung in London verhielt sich weitgehend passiv.²²⁰ Zumeist blieb es bei deklarativen Äußerungen, insbesondere von Außenminister Jan Masaryk, denen aber kaum konkrete Taten folgten. Eine Ausnahme bildete das einzige jüdische Mitglied des Staatsrats, des Parlaments der tschechoslowakischen Exilregierung in London, Arnošt Frischer. Angesichts des überaus begrenzten Handlungsspielraums für Rettungsinitiativen konzentrierten sich seine Bemühungen seit Ende 1942 auf die verbesserte Versorgung der inhaftierten Juden, vor allem in Theresienstadt.²²¹ In den folgenden Monaten schickte die tschechoslowakische Exilregierung 70 000 Päckchen, die vor allem Sardinen enthielten, von Lissabon nach Theresienstadt (Dok. 253).

214 Ebd., Bl. 54; Wlaschek, Juden in Böhmen (wie Anm. 200), S. 200–202.

215 Bericht des Ältestenrats der Juden in Prag 1944, YVA, O.7/64, Bl. 54.

216 Anna Tučková, Ich war Mischling ersten Grades, in: TSD, 6 (1999), S. 168–179, hier S. 169.

217 Bericht des Ältestenrats der Juden in Prag 1944, YVA, O.7/64, Bl. 48 f. und 63 f.

218 Bericht des Ältestenrats der Juden in Prag über die Auswanderung und Transporte aus dem Protektorat Böhmen und Mähren vom 19.6.1944, YVA, O.7.cz/90, Bl. 4.

219 Wlaschek, Juden in Böhmen (wie Anm. 200), S. 58; Dagan u. a. (Hrsg.), *The Jews of Czechoslovakia* (wie Anm. 189), S. 57 f.

220 Avigdor Dagan, *The Czechoslovak Government-in-Exile and the Jews*, in: Dagan u. a. (Hrsg.), *The Jews of Czechoslovakia* (wie Anm. 189), S. 449–495, hier S. 469 f.; Jan Němeček, Das tschechoslowakische politische Exil in London und die „jüdische Frage“, in: TSD, 9 (2002), S. 347–366, hier S. 347 f.; Láníček, *The Czechoslovak Government-in-Exile and the Jews* (wie Anm. 186), S. 168.

221 Jan Láníček, Arnošt Frischer und seine Hilfe für Juden im besetzten Europa (1941–1945), in: TSD, 14 (2007), S. 11–91, hier S. 31–47; Jan Láníček, Arnošt Frischer and the Jewish Politics of Early 20th-Century Europe, London/New York 2017.

Nur elf Prozent erreichten die Hilfebedürftigen, der Rest ging verloren oder wurde unterschlagen.²²²

Die Erinnerungen an die Haltung der nichtjüdischen Bevölkerung im Protektorat gegenüber der fortgesetzten Verfolgung der Juden sind sehr unterschiedlich. Schätzungen zufolge sollen lediglich 424 Juden im Protektorat den Krieg im Untergrund überlebt haben.²²³ Hilfe von Nichtjuden war eher selten.²²⁴ Immer wieder kam es zu Denunziationen (Dok. 236). Im Sommer 1942 hatte Kurt Daluge, Nachfolger Reinhard Heydrichs als stellvertretender Reichsprotektor, einen Erlass über die „Abwehr der Unterstützung reichsfeindlicher Handlungen“ verkündet, der die Todesstrafe für die „Unterstützung von Verrätern“ vorsah.²²⁵ So verurteilte das Sondergericht Prag am 18. Mai 1943 Marianne Golz-Goldlust aufgrund ebenjenes Erlasses zum Tode.²²⁶ Die Opernsängerin, deren jüdischer Ehemann bereits 1939 nach Großbritannien geflohen war, hatte untergetauchten Juden in Prag falsche Papiere verschafft und war ihnen bei der Transferierung ihres Barvermögens ins Ausland behilflich gewesen. Nach einer Denunziation wurde sie im November 1942 verhaftet und ins Prager Gefängnis Pankratz gebracht (Dok. 244). Die Richter urteilten: „Der flüchtige Jude kann Hilfeleistung nur von Elementen erwarten, die auch ihrerseits staatsfeindlich ausgerichtet sind.“²²⁷

Da die Zahl der Verurteilungen des Prager Sondergerichts seit 1943 stark anstieg, war das Gefängnis Pankratz derart ausgelastet, dass die Prager Gestapo vermehrt Häftlinge in das Polizeigefängnis Theresienstadt überstellte.²²⁸ Trotz der Nachbarschaft zum Ghetto waren Verwaltung und Befehlsgewalt strikt getrennt. In der sogenannten Kleinen Festung (Malá pevnost) inhaftierte die Gestapo überwiegend tschechische politische Gefangene, zumeist Widerstandskämpfer, aber auch sowjetische Kriegsgefangene und Juden.²²⁹

Für die meisten Tschechen, die eingeliefert wurden, war die Kleine Festung ein Arbeits-erziehungslager oder eine Durchgangsstation auf dem Weg in andere Zuchthäuser oder Lager im Reich. Hingegen konnten von den Juden, die die Kleine Festung betraten, nur die wenigsten diese wieder lebend verlassen. Viele der jüdischen Häftlinge starben bereits bei ihrer Einlieferung, die häufig mit brutalen Speißrutenläufen einherging. Immer wieder überstellte auch die Lagerkommandantur des Gettos Häftlinge, die sich ein Vergehen gegen die strenge Lagerordnung hatten zuschulden kommen lassen. Besonders

222 Němeček, Das tschechoslowakische politische Exil (wie Anm. 220), S. 351; Lániček, Arnošt Frišcher und seine Hilfe (wie Anm. 221), S. 45.

223 Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 15; Chad Bryant, *Prague in Black. Nazi Rule and Czech Nationalism*, Cambridge/London 2007, S. 151; Gruner, *Protektorat Böhmen und Mähren* (wie Anm. 197), S. 172.

224 Adler, *Theresienstadt* (wie Anm. 185), S. 15.

225 Verordnung zur Abwehr der Unterstützung reichsfeindlicher Handlungen, VOBL., Nr. 27, 30.7.1942, S. 181 f.

226 Marianne Golz-Goldlust, *Der große Tag. Die Briefe und Kassiber der „Volksfeindin“ Marianne Golz-Goldlust 1943 in einem Prager Gefängnis*, Stuttgart 1988, S. 28; Ronnie Golz (Hrsg.), *Ich war glücklich bis zur letzten Stunde. Marianne Golz-Goldlust 1895–1943*, Berlin 2004.

227 Golz-Goldlust, *Der große Tag* (wie Anm. 226), S. 21.

228 Siehe Todesurteile der Sondergerichte Dresden und Prag im Vergleich (1940–1944), Stiftung Sächsische Gedenkstätten: <https://www.stsg.de/cms/todesurteile-des-sondergerichts-prag>.

229 Miroslava Benešová/Vojtěch Blodig/Marek Poloncarz (Hrsg.), *Die Kleine Festung Theresienstadt 1940–1945*, Theresienstadt 1996, S. 19.

dramatisch war die Ankunft eines Transports mit Kölner Juden Anfang Oktober 1944, der irrtümlicherweise die Kleine Festung und nicht das Getto erreichte. Der Häftling Bohumil Dohnálek schilderte nach dem Krieg, welcher Tortur die Juden nach ihrer Ankunft ausgesetzt waren: „Sie mußten sich mit der Stirn zur Wand stellen und dann fing es an. Die drei Anwesenden begannen sie mit allem zu schlagen, was zur Hand war – Stöcken, Fäusten und auch Ketten.“ Alle 24 Männer wurden bis Ende des Jahres ermordet. Von den 50 registrierten weiblichen Häftlingen des Kölner Transports starben 11 ebenfalls in der Kleinen Festung, nur wenige überlebten bis zum Frühjahr 1945.²³⁰

In der letzten Kriegsphase erwarteten die Gestapo und Staatsminister Frank einen tschechischen Aufstand und wollten angesichts der prekären sicherheitspolitischen Lage möglichst viele der „gefährlichsten“, also der politischen Häftlinge töten.²³¹ Einen am 27. April 1945 von Ernst Kaltenbrunner in Theresienstadt ausgegebenen Befehl, die Tötung von Häftlingen einzustellen, ignorierten die Aufseher der Kleinen Festung schlichtweg.²³² Am 2. Mai 1945 kam es dort auf Befehl Karl Hermann Franks zu einer Massenhinrichtung politischer Gefangener, während im benachbarten Getto bereits der Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes, Paul Dunant, die Leitung übernahm.²³³ Am 5. Mai brach in Prag der Aufstand aus. Gleichzeitig begann die Gestapo mit der Räumung der Kleinen Festung. Die leitenden SS-Leute bekamen falsche Ausweise, die Akten wurden verbrannt, die Familien nach Österreich geschickt. Am selben Abend flüchteten die hochrangigen SS-Offiziere. Unter ihnen war auch der Leiter des Zentralamts für die Regelung der Judenfrage, Hans Günther. Er wurde von einer tschechischen Revolutionsgarde gestoppt und erschossen.²³⁴

Zu einer einzigartigen Hilfsaktion durch die tschechische Bevölkerung kam es noch kurz vor Kriegsende, als ein rund 4000 Häftlinge umfassender Evakuierungstransport das KZ Leitmeritz Richtung Mauthausen verließ. Immer wieder musste der Zug an Bahnhöfen im Protektorat halten, manchmal mehrere Stunden, manchmal mehrere Tage. Die Tschechen versorgten die Häftlinge unter Lebensgefahr mit Nahrung und Kleidung. Im Bahnhof Prag-Bubny kam es durch aktive Hilfe der Bevölkerung zu einer Massenflucht. Am 8. Mai 1945 wurde der Zug schließlich in der Nähe von Budweis befreit. Am selben Tag tauchte die aus Mähren stammende jüdische Familie Wolf aus dem Untergrund auf (Dok. 301). Drei Jahre hatten sie die Verfolgung in verschiedenen Verstecken in der kleinen Ortschaft Tršice und den umgebenden Wäldern mit Hilfe der einheimischen Bevölkerung überlebt.²³⁵ Nur der 17-jährige Sohn Otto nicht, den die Gestapo nur drei Wochen zuvor erschossen hatte.

230 Wolfgang Benz, Theresienstadt. Eine Geschichte von Täuschung und Vernichtung, München 2013, S. 24; Zitat: Dokumente über das Schicksal der jüdischen Häftlinge in der Theresienstädter Kleinen Festung, in: TSD, 7 (2000), S. 27–65, hier S. 51.

231 Küpper, Karl Hermann Frank (wie Anm. 199), S. 376.

232 BArch, DP 3/1597, Bl. 153 f.

233 Küpper, Karl Hermann Frank als Deutscher Staatsminister (wie Anm. 196), S. 49.

234 Potthast, Das Jüdische Zentralmuseum (wie Anm. 204), S. 380 f.

235 Ludvík Václavěk, Otto Wolfs Tagebuch aus den Jahren 1942–1945, in: Miroslav Kárný/Vojtěch Bldig/Margita Kárná (Hrsg.), Theresienstadt in der „Endlösung der Judenfrage“, Prag 1992, S. 195–201; Jiří Daniček (Hrsg.), Deník Otty Wolfa: 1942–1945, Prag 1997; Alexandra Zapruder, Salvaged Pages. Writer's Diaries of the Holocaust, New Haven/London 2002, S. 122–159.

Insgesamt fielen von den zum Zeitpunkt der Annexion im Protektorat Böhmen und Mähren lebenden 118 310 Juden etwa 80 000 der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zum Opfer. Ungefähr 26 000 hatten bis Oktober 1941 – dem Emigrationsverbot Himmlers – auswandern können. Nur 14 000 überlebten den Krieg.²³⁶

Theresienstadt

Im Herbst 1941 war auf Anregung des stellvertretenden Reichsprotektors und Chefs des Reichssicherheitshauptamts Reinhard Heydrich die Entscheidung gefallen, die ehemalige Festungsanlage Theresienstadt als Sammellager für die Juden Böhmens und Mährens zu nutzen.²³⁷ Tatsächlich erfüllte das nördlich von Prag gelegene Getto vor allem die Funktion eines Durchgangslagers, gleichzeitig diente es der Täuschung der deutschen und internationalen Öffentlichkeit, der vorgegaukelt wurde, dass die Juden dort ihren Lebensabend würden verbringen können.

Als leitende jüdische Funktionäre aus Berlin und Wien Ende Januar 1943 in Theresienstadt eintrafen, ordnete die Lagerkommandantur einen Wechsel in der jüdischen Gettoverwaltung an, die auf Befehl und unter strenger Aufsicht der Kommandantur das Leben im Getto organisieren musste. Judenältester war nun der Berliner Paul Eppstein. Sein Vorgänger, der Tscheche Jakob Edelstein, wurde degradiert und gemeinsam mit Benjamin Marmelstein aus Wien dessen Stellvertreter. Auch die übrigen Abteilungen waren fortan paritätisch mit deutschen und tschechischen Juden besetzt.

Zwar blieben die tschechischen Juden bis Kriegsende in der Überzahl, ihre absolute Mehrheitsstellung der Anfangszeit verloren sie jedoch allmählich, wodurch eine aus Sicht der deutschen Behörden erwünschte Spannung entstand.²³⁸

Mit den deutschen und österreichischen jüdischen Funktionären war auch die „führende Persönlichkeit des deutschen Judentums“, der Rabbiner Leo Baeck, nach Theresienstadt deportiert worden, wie die jüdische Emigrantenzeitung *Aufbau* am 2. April 1943 berichtete.²³⁹ Nach seiner Ankunft in Theresienstadt musste der fast 70-jährige eine Transportkarre für Abfälle ziehen, bis er nach einigen Wochen von der körperlichen Arbeit freigestellt wurde.²⁴⁰ Fortan widmete Baeck sich seinen seelsorgerischen Aufgaben, die stets auf die Verständigung zwischen deutschen und tschechischen Juden ausgerichtet waren. Obwohl er eine offizielle Funktion im Theresienstädter Ältestenrat

236 Wolfgang Benz (Hrsg.), *Dimensionen des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 368; Gruner, *Judenverfolgung im Protektorat* (wie Anm. 197), S. 289.

237 Zur Entstehungsgeschichte von Theresienstadt siehe VEJ 6, S. 54–60.

238 Im April 1945 befanden sich 7000 tschechische, 5487 deutsche und 1294 österreichische Juden in Theresienstadt. Während der Anteil der weiterdeportierten Juden unter den Tschechen sehr groß war, war die Sterblichkeit bei den deutschen Juden aufgrund ihres zumeist hohen Alters besonders hoch; Robert Prochnik, *Juden in Theresienstadt. Ein statistischer Bericht*, Theresienstadt 1945, Bl. 15, in: JMP, T 082.

239 Leo Baeck wollte sich nicht retten, in: *Aufbau*, 14, 2. 4. 1943, S. 1.

240 Fritz Backhaus, „Ein Experiment des Willens zum Bösen“ – Überleben in Theresienstadt, in: Georg Heuberger/Fritz Backhaus (Hrsg.), *Leo Baeck 1873–1956. Aus dem Stamme von Rabbinern*, Frankfurt a. M. 2001, S. 111–128, hier S. 114 f.

ablehnte, wurde er aufgrund seiner langjährigen verdienstvollen Tätigkeit in der Reichsvertretung der deutschen Juden „Ehrenmitglied“. ²⁴¹

Zwischen Januar 1942 und Anfang Februar 1943 waren annähernd 50 000 Juden aus Theresienstadt in die osteuropäischen Gettos und Lager weiterdeportiert worden. ²⁴² Im Frühjahr 1943 konsolidierten sich die Verhältnisse für einige Zeit infolge einer mehrmonatigen Transportpause. ²⁴³ Zwar war die unmittelbare Gefahr der Deportation in dieser Phase vorübergehend gebannt, die Lebensbedingungen blieben gleichwohl hart: Völlig unzureichende Lebensmittelversorgung, Überbelegung der ohnehin notdürftigen Unterkünfte, Ungezieferplagen und Krankheiten machten das Leben in Theresienstadt zur Qual (Dok. 235 und Dok. 237). Im September 1943 hatte die scheinbare Ruhe ein Ende. Als „Arbeitseinsatztransport“ getarnt, gingen zwei Züge mit insgesamt 5000 vornehmlich jungen tschechischen Juden, bei denen eine Bereitschaft zum Widerstand vermutet wurde, von dem neu errichteten Anschlussgleis in Theresienstadt nach Auschwitz. Bislang geschützte Juden, wie die Mitglieder der Gettowache und des Aufbaukommandos, die Ende 1941 das Getto eingerichtet hatten, wurden in die Transporte eingereiht – zumeist zusammen mit ihren Frauen und Kindern. In Auschwitz brachte die SS die Deportierten ohne Selektion gemeinsam in einem separaten Lagerteil unter, dem sogenannten Theresienstädter Familienlager (Dok. 250). ²⁴⁴ Nach einem halben Jahr ermordete die SS drei Viertel der Menschen aus den Septembertransporten in den Gaskammern.

In diesen sechs Monaten schrieben die Theresienstädter Karten in die Heimat und ins Getto, in denen sie von vergleichbar moderaten Bedingungen in Birkenau berichteten und so zur Beruhigung der Zurückgebliebenen – und der internationalen Öffentlichkeit – beitrugen. Denn nicht zuletzt die Ankunft von über 1000 kleinen Kindern aus dem Getto von Bialystok, das Mitte August geräumt worden war, hatte in Theresienstadt böse Ahnungen hervorgerufen. Die Kinder waren unbegleitet, ihre Eltern und älteren Geschwister hatte die SS erschossen. In Theresienstadt wurden sie strikt isoliert. ²⁴⁵ Die Gerüchteküche brodelte, als die Kinder sich panisch weigerten zu duschen. Sie waren von ihren Eltern gewarnt worden. „Baden bedeutete den Tod“, erinnerte sich die Krankenschwester Ruth Weisz an die Worte der Kinder. „Aus den Brausen käme kein Wasser, sondern Gas.“ ²⁴⁶ Die ursprünglich als Austauschgeiseln vorgesehenen Kinder wurden Anfang Oktober nach Auschwitz gebracht und dort getötet. ²⁴⁷ Im Dezember folgten zwei weitere Transporte mit 5000 Menschen in das Familienlager, unter ihnen der ehe-

241 Albert H. Friedländer, Leo Baeck in Theresienstadt, in: Kárný u. a. (Hrsg.), Theresienstadt in der „Endlösung der Judenfrage“ (wie Anm. 235), S. 119–130, hier S. 121.

242 Gottwaldt/Schulle, „Juden deportationen“ (wie Anm. 83), S. 445–456. Die Transporte gingen überwiegend in das Generalgouvernement, vereinzelt auch in das Reichskommissariat Ostland, nach Riga und Estland.

243 Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 129.

244 Miroslav Kárný, Fragen zum 8. März 1944, in: TSD, 6 (1999), S. 9–42, hier S. 11.

245 Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 154–157; Bronka Klibanski, Kinder aus dem Ghetto Bialystok in Theresienstadt, in: TSD, 2 (1995), S. 93–106, hier S. 93 f.

246 Ruth Weisz, Und es war keine Lüge, in: Theresienstadt. Aufzeichnungen von Federica Spitzer und Ruth Weisz, Berlin 1997, S. 98–157, hier S. 107 f. Im März 1943 war der aus Treblinka geflohene Abraham Broide nach Bialystok gekommen und hatte Mitglieder des jüdischen Untergrunds über die Vernichtung informiert.

247 Katrin Stoll, Die Herstellung der Wahrheit. Strafverfahren gegen ehemalige Angehörige der Sicherheitspolizei für den Bezirk Bialystok, Berlin/Boston 2012, S. 184.

malige Judenälteste Jakob Edelstein.²⁴⁸ Im Juli 1944 löste die SS das Theresienstädter Familienlager auf. Von den rund 10 000 Häftlingen wurde rund ein Drittel zur Zwangsarbeit ausgesucht, die Übrigen wurden sofort ermordet.

Das Ende der Transportpause fiel bereits in die Zuständigkeit des neuen Gettokommandanten Anton Burger. Der Österreicher hatte seine Brutalität und Effizienz während der Deportation der slowakischen Juden im Frühjahr 1943 bewiesen – Eigenschaften, die er auch in Theresienstadt voll entfaltete. Als er kleinere Unregelmäßigkeiten in der Evidenzkartei feststellte – rund 50 Personen fehlten –, ließ er nicht nur Edelstein verhaften, sondern ordnete eine „Volkszählung“ im Bauschowitz Kessel an, einer Senke außerhalb des Gettos.²⁴⁹ Neben der Korrektur der Häftlingszahlen diente die erneute Registrierung aller Gettobewohner auch als Bestrafung für die Abwesenheit der Fehlenden. In der Nacht vom 10. auf den 11. November 1943 wurden in sämtlichen Quartieren Theresienstadts Menschen gezählt. In den frühen Morgenstunden des folgenden Tages zwang die SS die Bewohner, gruppenweise aus dem Getto zu marschieren und sich auf einem von tschechischer Gendarmerie umstellten Feld in unmittelbarer Nähe aufzustellen. Voller Sorge über das ihnen zugedachte Schicksal verbrachten die Gettoinsassen furchtbare Stunden im Bauschowitz Kessel (Dok. 255). Die wenigsten glaubten an eine Rückkehr. Die Zählung brachte kein Ergebnis, da sich die SS ständig verrechnete und schließlich aufgab. Am späten Abend kehrten die Menschen in ihre Unterkünfte zurück. Die „Volkszählung“ demonstrierte erneut die Willkür, der die Eingesperrten ständig ausgesetzt waren. Sie waren, wie Ruth Klüger später in ihren Erinnerungen schilderte, „mit Haut und Haar einem anonymen Willen ausgeliefert, durch den man jederzeit in ein unklar wahrgenommenes Schreckenslager weiter verschickt werden konnte. Denn Theresienstadt, das bedeutete die Transporte nach dem Osten, die sich unberechenbar wie Naturkatastrophen in Abständen ereigneten.“²⁵⁰

Im Frühjahr 1943 begann das „Judenreferat“ Eichmanns in Berlin die „Normalisierung“ des Gettoalltags zu inszenieren, denn die sich rasch verbreitenden Informationen über das Schicksal der europäischen Juden störten die Geheimhaltung der deutschen Mordpolitik. So startete die deutsche Führung eine Täuschungskampagne. Den Anfang machte die Umbenennung des „Ghettos“ Theresienstadt, das fortan euphemistisch als „Jüdisches Siedlungsgebiet“ bezeichnet wurde.²⁵¹ Die Kommandantur nannte sich nun Dienststelle, im Getto wurde eine Bank errichtet, die mit wertlosen Geldscheinen arbeitete, und die Straßennamen erhielten alltägliche Bezeichnungen wie Haupt- oder Bahnhofstraße statt der früheren, militärisch anmutenden Buchstabenfolgen.²⁵² Gelegentlich kamen auch die vermehrt eintreffenden Pakete, die von Verwandten, Freunden oder internationalen Hilfsorganisationen stammten und die zumindest die Not einiger Insassen lindern halfen (Dok. 3 und Dok. 245). Insbesondere die dänische Regierung, die sich um das Schicksal ihrer seit Oktober 1943 in Theresienstadt inhaftierten jüdischen Staatsbürger sorgte, intervenierte fortwährend beim Auswärtigen Amt und drängte auf

248 Edelstein, seine Frau und der gemeinsame Sohn wurden im Juni 1944 in Auschwitz erschossen.

249 Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 158 f.

250 Ruth Klüger, *Weiter leben. Eine Jugend*, Göttingen 1992, S. 86.

251 Die offizielle Umbenennung erfolgte am 1.5.1943.

252 Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 147.

eine Besichtigung des Lagers durch Vertreter des Roten Kreuzes.²⁵³ Bereits Ende Juni 1943 hatten zwei Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes in Begleitung von Adolf Eichmann und Eberhard von Thadden vom Auswärtigen Amt Theresienstadt inspiziert und einen ernüchternden Bericht über die dortigen Zustände verfasst (Dok. 243).²⁵⁴ Die dänische Intervention lieferte schließlich den Anstoß, Theresienstadt so vorzeigbar zu machen, dass die Besichtigung durch ausländische Delegationen dem Reich seine vermeintlich anständige Behandlung der Juden bescheinigen würde.

Anfang 1944 begann die sogenannte Stadtverschönerung, die – wie sich schnell herausstellte – lediglich auf den Aufbau von Kulissen abzielte. Zu diesem Zweck schickte Hans Günther vom Zentralamt für die Regelung der Judenfrage einen seiner bewährten Mitarbeiter. SS-Obersturmführer Karl Rahm löste im Februar 1944 Anton Burger als Kommandant ab. Auf Seiten der jüdischen Gettoverwaltung musste Benjamin Murmelstein die Verantwortung für das Gelingen der „Verschönerungsaktion“ übernehmen. In den folgenden Wochen wurde das Getto hergerichtet: Blumen gepflanzt, Fassaden gestrichen, ausgewählte Wohnungen renoviert und gemütlich eingerichtet, Kinderspielflächen geschaffen, Wegweiser aufgestellt und Straßen und Plätze gesäubert (Dok. 268). Während auf dem Stadtplatz noch bis Ende 1943 Kisten für die Wehrmacht produziert worden waren, entstand dort wenige Wochen später ein kurparkähnliches Areal mit Musikpavillon.²⁵⁵ Um die Illusion perfekt zu machen, wurde in dem völlig überfüllten Getto Platz geschaffen: Im Mai 1944 gingen drei Transporte mit rund 7500 Personen nach Auschwitz ab (Dok. 265). Dies bot die Gelegenheit, sich auch unerwünschter Personen zu entledigen wie beispielsweise der Typhuskranken, die die Lebensqualität im Getto hätten fraglich erscheinen lassen, oder Waisen, um missliebige Fragen nach dem Verbleib ihrer Eltern zu verhindern.²⁵⁶

Am 23. Juni 1944 schließlich traf in Theresienstadt eine Delegation des Internationalen Roten Kreuzes ein, der zwei Dänen, ein Deutscher und der Schweizer Maurice Rossel angehörten. Die anderen Teilnehmer waren allesamt hochrangige Nationalsozialisten.²⁵⁷ Paul Eppstein wurde als Bürgermeister vorgestellt und musste die Delegation begleiten. Otto Pollak, ein ehemaliger Wiener Kaffeehausbesitzer, notierte in seinem Tagebuch: „Die Besichtigung erfolgt nach vorgefasstem Plan. Protektoratsgendarmerie verschwindet aus dem Stadtbild und vor der Post. Der Wolf im Schafspelz. Die meisten SS in Zivil. Wir wurden tags vorher instruiert. 10 Gebote des Verhaltens – nicht strammstehen ...“²⁵⁸

²⁵³ Weitkamp, Braune Diplomaten (wie Anm. 32), S. 189–192.

²⁵⁴ Im Gegensatz zu dem internen Bericht an das Internationale Rote Kreuz wird Theresienstadt in einer Aktennotiz des Deutschen Roten Kreuzes vom 30.6.1943 geradezu euphorisch als gut funktionierendes Stadtgebilde mit allen notwendigen Einrichtungen geschildert; siehe BArch, R 58/89, Bl. 8 f.; Gerhart M. Riegner, Die Beziehung des Roten Kreuzes zu Theresienstadt in der Endphase des Krieges, in: TSD, 3 (1996), S. 19–30, hier S. 24; Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 147; Weitkamp, Braune Diplomaten (wie Anm. 32), S. 189.

²⁵⁵ Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 168.

²⁵⁶ Benjamin Murmelstein, Theresienstadt. Eichmanns Vorzeige-Ghetto, Wien 2014, S. 139.

²⁵⁷ Zu ihnen gehörten der Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Protektorat Erwin Weinmann, Eichmanns Berliner Stellvertreter Rolf Günther und sein Bruder Hans Günther vom Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Prag sowie der Judenreferent im Auswärtigen Amt Eberhard von Thadden und Gettokommandant Karl Rahm; siehe auch VEJ 12/26.

²⁵⁸ Helga Pollak-Kinsky, Mein Theresienstädter Tagebuch 1943–1944 und die Aufzeichnungen meines Vaters Otto Pollak, Berlin 2014, S. 221 f., Eintrag vom 23.6.1944.

Käthe Starke schilderte später die Hoffnungen der Gettobewohner, trotz der Staffagen Hilfe von außen zu erhalten: „Es gab keinen Zweifel für uns, daß jeder Mensch mit common sense durch die Plumpheit der Vorkehrungen darauf hingewiesen würde, hier wohne er der Einstudierung einer Farce bei.“²⁵⁹

Das wichtigste Delegationsmitglied, der Schweizer Abgesandte des Internationalen Roten Kreuzes, der Arzt Maurice Rossel, enttäuschte die Hoffnungen der Theresienstädter und bestätigte die SS in ihrem „Verschönerungsprojekt“. Er ließ sich täuschen – wahrscheinlich mischte sich hier Naivität mit antisemitischen Ressentiments.²⁶⁰ Sein Bericht, in dem er in geradezu bestürzender Weise verharmlosend und fehlerhaft über die Situation in Theresienstadt Auskunft gab, gelangte auch nach Berlin (Dok. 267).²⁶¹ Besonders folgenreich war die Bestätigung Rossels, bei Theresienstadt handele es sich um ein „Endlager“. Nur wenige Tage später wurden das Theresienstädter Familienlager in Auschwitz aufgelöst und die Insassen ermordet. Mit möglichen Fragen nach dem Verbleib der Deportierten rechnete man nun nicht mehr.²⁶²

Angesichts des gelungenen Täuschungsmanövers forcierte die SS ihren Plan, einen Propagandafilm über Theresienstadt zu drehen. Inmitten der Kulissen der „verschönerten“ Stadt musste der bekannte Berliner Schauspieler und Regisseur Kurt Gerron im August und September 1944 auf Befehl der SS den Film „Theresienstadt. Ein Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet“ inszenieren, der später unter dem Titel „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“ bekannt wurde.²⁶³ Bis auf das tschechische Kamerateam aus Prag waren alle Mitwirkende Häftlinge des Gettos, die man zwang, eine irreführende Lebenswirklichkeit vorzuspielen. Zu Propagandazwecken taugte der Film jedoch kaum noch, da er erst im März 1945 fertiggestellt wurde. Im April 1945 zeigte Eichmann ihn in Anwesenheit von NS-Funktionären aus Berlin und Prag einer neuerlichen Delegation des Internationalen Roten Kreuzes und wenige Tage später auch Benoît Musy, der gemeinsam mit seinem Vater einen Austauschtransport in die Schweiz ermöglicht hatte, und dem ungarisch-jüdischen Verhandlungsführer Reszö Kasztner.²⁶⁴ Ihnen sollte eine „ländliche Sommerfrische“ gezeigt werden, wie sich der ebenfalls anwesende Judenälteste Marmelstein erinnerte, „in der sich sportlustige Jugend und ein unterhaltungssüchtiger Mittelstand“ herumtrieben.²⁶⁵

259 Käthe Starke, *Der Führer schenkt den Juden eine Stadt. Bilder – Impressionen – Reportagen – Dokumente*, Berlin 1975, S. 131.

260 Wolfgang Benz verweist auf das Interview, das Claude Lanzmann mit Rossel 1979 geführt hat und in dem Rossel noch immer darauf beharrte, Theresienstadt sei ein Ort für „bedeutende Israeliten [gewesen], die genug Geld dafür hatten, um es sich leisten zu können, dort zu überleben“; siehe Benz, *Theresienstadt* (wie Anm. 230), S. 190.

261 Miroslav Kárný, *Besuch im Ghetto. Geschichte eines fatalen Berichtes*, in: Karsten Linne/Thomas Wohlleben (Hrsg.), *Patient Geschichte*, Frankfurt a. M. 1993, S. 280–296, hier S. 289.

262 Ebd., S. 296.

263 Karel Margry, *Der Nazi-Film über Theresienstadt*, in: Kárný u. a. (Hrsg.), *Theresienstadt in der „Endlösung der Judenfrage“* (wie Anm. 235), S. 285–306, hier S. 286; Eva Strusková, *Film Ghetto Theresienstadt: Die Suche nach Zusammenhängen*, in: Ronny Loewy/Katharina Rauschenberger (Hrsg.), *„Der letzte der Ungerechten“*. Der „Judenälteste“ Benjamin Marmelstein in Filmen 1942–1975, Frankfurt a. M. 2011, S. 125–157.

264 Marmelstein, *Vorzeige-Ghetto* (wie Anm. 256), S. 258.

265 Karel Margary, *Der Nazi-Propagandafilm „Theresienstadt“*, in: Rauschenberger (Hrsg.), *„Der letzte der Ungerechten“* (wie Anm. 263), S. 159–171, hier S. 165.

Dennoch hatten die Stadtverschönerung, der Besuch der internationalen Kommission und auch die Dreharbeiten zum Theresienstadt-Film bei den Gettobewohnern gewisse Hoffnungen geschürt, die Deutschen könnten angesichts der militärischen Situation und des Drucks der Weltöffentlichkeit ihre verbrecherischen Maßnahmen einstellen. Der inzwischen regelmäßig wiederkehrende Fliegeralarm machte die Menschen im Getto glücklich, geradezu euphorisch, wie Eva Mändl in ihrem Tagebuch schrieb.²⁶⁶ Die Hochstimmung aber hielt nur an, bis erste Gerüchte über die Wiederaufnahme von Transporten die Runde machten. Paul Eppstein warnte in seiner Ansprache zum Jüdischen Neujahr 1944 vor unüberlegten Handlungen und beschwor seine Zuhörerschaft, ihm zu vertrauen.²⁶⁷ Wenige Tage später ließ Kommandant Rahm Eppstein unter einem fadenscheinigen Vorwand verhaften und in der Kleinen Festung erschießen. Dann „bestätigt[e] sich das Gerücht, daß zu den jüdischen Feiertagen 5000 jüdische Männer im Alter von 18–50 Jahren in zwei Transporten nach D.[eutschland] abgehen“, notierte Otto Pollak in sein Tagebuch und fragte sich: „Wie wird das Ghetto aufrechterhalten werden, wenn fast alle arbeitsfähigen Männer fort müssen? Was sind die Hintergründe dieser Maßnahme?“ (Dok. 276)²⁶⁸ In insgesamt elf Transporten wurden im Herbst 1944 etwa zwei Drittel der gesamten Gettobevölkerung nach Auschwitz deportiert – rund 18 000 Menschen (Dok. 274, Dok. 277, Dok. 278 und Dok. 279). Auch Kurt Geron und fast alle Mitwirkenden an dem Film wurden nach Auschwitz gebracht und dort getötet. Viele Frauen meldeten sich freiwillig, um ihren bereits deportierten Männern und Freunden zu folgen. Mit den ersten Transporten ließ die Kommandantur auf Anweisungen des Reichssicherheitshauptamts erneut junge Tschechen deportieren, die den von deutscher Seite täglich erwarteten tschechischen Aufstand möglicherweise als Signal betrachtet hätten, um auch im Getto zu rebellieren.²⁶⁹ Außerdem dienten die arbeitsfähigen Theresienstädter Juden fortan als Zwangsarbeiterreservoir für den kriegswichtigen Arbeitseinsatz im Reich.²⁷⁰

Nach den ersten drei Transporten wurden die Kriterien, wer für die Deportationen ausgewählt werden konnte, stark ausgedehnt. Zuvor geschützte jüdische Kriegsversehrte, „arisch Versippte“ oder für die Funktion des Gettos wichtige Mitarbeiter bekamen nun den Befehl, sich in der Schleuse einzufinden. Mit jedem weiteren Transport, der das Getto verließ, wuchs die Sorge, die restlose Räumung stünde kurz bevor. Noch wenige Tage bevor der letzte Zug Theresienstadt verließ, versicherte die Kommandantur, dass mehrere Tausend Juden bleiben sollten.²⁷¹ Die berüchtigten Herbstdeportationen aus Theresienstadt endeten am 28. Oktober 1944 – kurz darauf ließ Himmler in Auschwitz

266 Eva Mändl Roubíčková, „Langsam gewöhnen wir uns an das Ghettoleben“. Ein Tagebuch aus Theresienstadt, Hamburg 2007, S. 193 f.

267 Miroslav Kárný, Die Theresienstädter Herbsttransporte 1944, in: TSD, 2 (1995), S. 7–37, hier S. 8. Der Inhalt der Rede ist nur aus zeitgenössischen Aufzeichnungen der Anwesenden überliefert, z. B. bei Mändl Roubíčková, „Langsam gewöhnen wir uns an das Ghettoleben“ (wie Anm. 266), S. 194, und in den Tagebucheinträgen von Willy Mahler; siehe Miroslav Kryl, Die Deportationen aus Theresienstadt nach dem Osten im Spiegel des Tagebuchs Willy Mahlers, in: TSD, 2 (1995), S. 69–91, hier S. 82.

268 Pollak-Kinsky, Mein Theresienstädter Tagebuch (wie Anm. 258), S. 234.

269 Kárný, Herbsttransporte (wie Anm. 267), S. 18 f.

270 Ebd., S. 24–28.

271 Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 193; Kárný, Herbsttransporte (wie Anm. 267), S. 17 f.; Marmelstein, Vorzeige-Ghetto (wie Anm. 256), S. 181.

die Gaskammern abbauen. Für den letzten Transport mit über 2000 Menschen kam der Befehl zur Einstellung des Massenmords in Auschwitz zu spät. Weniger als 150 von ihnen überlebten den Krieg.²⁷²

Die sich für die Deutschen krisenhaft zuspitzende Lage an allen Fronten führte zu einer Spaltung innerhalb der Führung der deutschen Sicherheitspolizei. Während Kaltenbrunner, Pohl und Eichmann weiterhin an der unbedingten Vernichtungsabsicht festhielten, beabsichtigten Himmler und Schellenberg, der Chef des Auslandsnachrichtendienstes des SD, die Juden als „Verhandlungsmasse“ zu nutzen und sich so gewisse Spielräume zu verschaffen.²⁷³ Bereits seit Monaten verhandelte Himmler über seine Untergebenen mit ausländischen Organisationen. Die ursprünglich für einen Austausch in Bergen-Belsen inhaftierten Juden waren – wie das gesamte Lager im Winter 1944/45 – mittlerweile in einem derart desolaten Zustand, dass die Vorteile, die Theresienstadt für Verhandlungszwecke bot, offensichtlich waren. Immerhin lebten noch rund 11 000 einigermaßen „vorzeigbare“ Juden dort. Die Bedeutung Theresienstadts für die Propaganda und die Verhandlungen mit ausländischen Organisationen gab vermutlich den Ausschlag, dass Himmler sich mit seiner Forderung nach Erhalt des Gettos durchsetzte. Die Position Eichmanns in diesem Konflikt erläuterte der deutsche Vertreter des Roten Kreuzes Otto Lehner: „Was das Gesamtjudenproblem betrifft, äußerte sich Eichmann dahin, daß Himmler gegenwärtig für humane Methoden einträte. Er persönlich sei mit diesen Methoden nicht ganz einverstanden, aber als guter Soldat folge er natürlich mit blindem Gehorsam den Befehlen des Reichsführers.“²⁷⁴ So kam es im Februar 1945 zu der bereits erwähnten Abreise von 1200 jüdischen Häftlingen aus Theresienstadt in die Schweiz (Dok. 290).²⁷⁵ Die Ankündigung dieses Transports verunsicherte die Gettobewohner zutiefst, die noch immer unter dem Eindruck der Massendeportationen des vorangegangenen Herbstes standen und nicht wussten, ob das Ganze womöglich nur eine Täuschung war. Erstmals konnten die Menschen selbst entscheiden, ob sie an dem Transport teilnehmen wollten oder nicht; letztlich fanden sich genügend Menschen, die das Risiko eingingen und wirklich am 5. Februar 1945 die Schweiz erreichten.²⁷⁶

Der neue Judenälteste Benjamin Murmelstein, der Ende September die Nachfolge Eppsteins angetreten hatte, führte ein eisernes Regiment. Um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen, ordnete er die 70-stündige Arbeitswoche auch für Kinder ab zehn Jahren an und pochte auf unbedingten Gehorsam gegenüber der SS (Dok. 289). Infolgedessen stellte sich im Getto angesichts der Umstände eine geradezu traurige Verbesserung der Lebensverhältnisse ein. Die Überbelegung der Quartiere ging zurück, und die Essensrationen stiegen durch die nach wie vor in Theresienstadt eintreffenden Pakete, die nun

272 Kárný, Herbsttransporte (wie Anm. 267), S. 21.

273 Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 185 f.; Vojtěch Blodig, Die letzte Phase der Entwicklung des Ghettos Theresienstadt, in: Kárný u. a. (Hrsg.), Theresienstadt in der „Endlösung der Judenfrage“ (wie Anm. 235), S. 267–278, hier S. 267 f.

274 Bericht über die Tätigkeit der Delegation des IKRK in Berlin, 22.4.1945; zit. nach: Jean-Claude Favez, Das Internationale Rote Kreuz und das Dritte Reich. War der Holocaust aufzuhalten?, Zürich 1989, S. 499.

275 Siehe oben, S. 51; Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 200.

276 Blodig, Die letzte Phase (wie Anm. 273), S. 272; Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 199 f.; Murmelstein, Vorzeige-Ghetto (wie Anm. 256), S. 218–225.

der Allgemeinheit zugutekamen.²⁷⁷ Oberflächlich betrachtet entstand durch gemeinsame Anstrengungen der Zurückgebliebenen ein Anschein von Normalität, doch die Rückkehr zu einem erträglichen Alltagsleben gelang nicht. „Die leeren Häuser und die verlassenen Kasernen“, so Murmelstein, „hielten die Erinnerungen wach und erlaubten nicht, dass die Wunden verheilten.“²⁷⁸ Viele Menschen blieben allein zurück, Freunde und Verwandte waren deportiert. Es lag eine Lethargie über dem Getto, trotz der mit Arbeit angefüllten Tage, wie sich Eva Mändl erinnerte: „Ich arbeitete weiterhin in der Landwirtschaft. Sie behaupteten dort, mich zu brauchen. Also habe ich gearbeitet, ohne jede Lust zum Weiterleben.“²⁷⁹ Außerdem blieb die Angst vor der endgültigen Räumung des Gettos.

Keine Woche nach dem Abgang des letzten Transports im Herbst 1944 befahl Karl Rahm, den Urnenhain, Kolumbarium genannt, in dem die Asche der Verstorbenen in kleinen Papierbeuteln aufbewahrt wurde, aufzulösen. Ein Großteil der Asche wurde in die nahe gelegene Eger (Ohře) geschüttet. Auch in Theresienstadt sollten die Spuren der Verbrechen verwischt werden; im April 1945 wurden die Akten der Lagerkommandantur verbrannt, ebenso wie die seit August 1943 nach Theresienstadt ausgelagerten Bestände des Reichssicherheitshauptamts.²⁸⁰

Nach den Herbstdeportationen hatte sich auch die Bevölkerungsstruktur in Theresienstadt stark verschoben. Der Altersdurchschnitt stieg beträchtlich, der Frauenanteil erhöhte sich ebenso wie die Zahl der deutschen und österreichischen Juden. Entscheidend für die Stimmung im Getto war aber, dass der Anteil von getauften Juden in Theresienstadt im Winter 1944/45 durch die Deportation der in „Mischehe“ Lebenden stark zugenommen hatte (Dok. 197 und Dok. 199). Die Beziehung zwischen ihnen und den alteingesessenen Juden war geprägt von „Misstrauen und Fremdheit“, wie die Frauenrechtlerin und WIZO-Mitarbeiterin Klara Caro später schrieb.²⁸¹ Nicht selten kam es zu antisemitischen Vorfällen, bei denen Häftlinge, die „arisch versippt“ und zumeist Christen waren, die ihnen von den Nationalsozialisten übergestülpte rassische Einordnung strikt ablehnten und sich über ihre Mitgefangenen stellten (Dok. 272).²⁸² Die Gegensätze verschärften sich, als im Februar und März 1945 nach einem Erlass des Reichssicherheitshauptamts sämtliche jüdische Partner aus „Mischehen“ aus dem Reich und dem Protektorat nach Theresienstadt gebracht wurden (Dok. 196 und Dok. 199). Zudem

277 Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 195.

278 Murmelstein, Vorzeige-Ghetto (wie Anm. 256), S. 196.

279 Eva Roubířková, „Die ersten Vertriebenen waren wir“, in: Helena Srubar, Eine schreckliche Zeit. Tschechisch-jüdische Überlebensgeschichten 1939–1945, Konstanz 2001, S. 146–158, hier S. 155.

280 Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 198 f. Nach den verheerenden Luftangriffen der „Operation Gomorrah“ auf Hamburg im Juli 1943 begann die Auslagerung wichtiger Aktenbestände aus Berlin. Neben Teilen der umfangreichen Bibliothek der Abteilung VII sollten in Theresienstadt auch die Archive der Abteilung IV A 6a – Konzentrationslagerpapiere ausgelagert werden. Man hoffte, die Gettoinsassen als Schutzschilde nutzen zu können.

281 Bericht von Klara Caro über „Die Befreiung der Zwölfhundert Theresienstädter in die Schweiz“, YVA, O.1/289, Bl. 2.

282 Mändl Roubířková, „Langsam gewöhnen wir uns an das Ghettoleben“ (wie Anm. 266), S. 201; Adler, Theresienstadt (wie Anm. 185), S. 733, zitiert das Tagebuch des niederländischen Juden Maurice/Maurits Frankenhuis, der in seinen Einträgen vom 25. 2. und 1. 3. 1945 über die antisemitische Einstellung der „arisch versippten“ Neuankömmlinge berichtet; siehe auch Murmelstein, Vorzeige-Ghetto (wie Anm. 256), S. 211 f.

trafen seit dem 20. April zahlreiche Evakuierungstransporte aus den geräumten Konzentrationslagern mit etwa 15 000 Menschen ein. Unter den Ankommenden waren fast alle europäischen Nationalitäten vertreten, am stärksten aber ungarische, polnische und tschechische Juden.²⁸³ Der jämmerliche Anblick der Eintreffenden, die zerlumpt, ausgezehrt und krank waren, war für die Gettoinsassen kaum zu ertragen und ließ das Schicksal ihrer Freunde und Familien, die Theresienstadt hatten verlassen müssen, in neuem Licht erscheinen (Dok. 296 und Dok. 300). Auch ehemalige Gettobewohner kehrten so nach Theresienstadt zurück. Marta Navrátilová schilderte, wie sie mit einem aus Dresden kommenden Evakuierungstransport, der kranke jüdische Zwangsarbeiterinnen beförderte, in Theresienstadt mit gewissen Skrupeln ankam: „Wir schleppten mit dem Flecktyphus ein großes Unglück ins Lager ein, weil wir die Menschen, die dort den Krieg bis jetzt überlebt hatten, ansteckten, so daß viele von ihnen nun noch in den letzten Kriegstagen starben.“²⁸⁴

Beide Optionen, Liquidierung oder Erhalt des Gettos, blieben bis in den März hinein bestehen. Anfang Februar begannen Arbeiten an einem vermeintlichen Gemüselager und einer Geflügelfarm im Ravelin, dem Wallschild der Festungsanlage.²⁸⁵ Als eine luftdichte Tür bestellt wurde, verbreitete sich die Befürchtung, man errichte eine Gaskammer. Gleichzeitig war die Idee, das Getto weiterhin zu Propagandazwecken zu nutzen, nicht aufgegeben worden. In Genf hatten sich Befürchtungen breitgemacht, die Lager würden in den letzten Tagen des Reichs aufgelöst und die Häftlinge ermordet werden, und so drängte das Internationale Rote Kreuz auf eine weitere Inspektion.²⁸⁶ Eichmann selbst überzeugte sich vor Ort von der Zweckmäßigkeit, und das Reichssicherheitshauptamt erklärte sich schließlich mit einer weiteren Besichtigung Theresienstadts einverstanden. Die Arbeiten an den Tötungsvorrichtungen wurden heimlich eingestellt. Adolf Eichmann zeigte den Rot-Kreuz-Delegierten am 6. April 1945 das Getto und den Propagandafilm. Die Genfer Vertreter zeigten sich positiv beeindruckt vom „kleinen Judenstaat“.²⁸⁷ Wieder war der SS die Täuschung gelungen. Das Kommissionsmitglied Paul Dunant bemühte sich in den folgenden Wochen von Prag aus um humanitäre Hilfe, bis es ihm gelang, das Getto am 5. Mai unter den Schutz des Internationalen Roten Kreuzes zu stellen. Der Judenälteste Marmelstein legte sein Amt nieder, und die SS verließ Theresienstadt. Ungläubig schrieb Eva Mändl in ihr Tagebuch: „Ist es möglich, dass wirklich Schluss ist? Einfach unglaublich. Die Deutschen sind angeblich schon weg von hier, niemand weiß etwas, verrückte Stimmung, alles in Erwartung ...“, und ergänzte: „Schluss! Konec!“²⁸⁸ Am 8. Mai 1945 befreite die Rote Armee das Getto.

283 Marek Poloncarz, Evakuierungstransporte nach Theresienstadt (April–Mai 1945), in: TSD, 6 (1999), S. 242–262, hier S. 252.

284 Marta Navrátilová, „Begräbnis für mehrere Generationen im voraus!“, in: Srubar, Eine schreckliche Zeit (wie Anm. 279), S. 57–78, hier S. 73.

285 Blodig, Die letzte Phase (wie Anm. 273), S. 272.

286 Riegner, Die Beziehung des Roten Kreuzes (wie Anm. 254), S. 27.

287 Adler, Die verheimlichte Wahrheit (wie Anm. 199), S. 356.

288 Mändl Roubíčková, „Langsam gewöhnen wir uns an das Ghettoleben“, (wie Anm. 266), S. 207.

1945: Das Ende des Kriegs

Einige Monate vor der Befreiung Theresienstadts hatte im Winter 1944/45 der endgültige Zerfall des Deutschen Reichs begonnen. Mitte Dezember versuchte die deutsche Führung mit der Ardennenoffensive, den Vormarsch der Alliierten im Westen zu stoppen. Seit Mitte Januar setzte die Rote Armee zum entscheidenden Großangriff auf das Reich an. Sie befreite auf ihrem Weg nach Westen Auschwitz, belagerte Königsberg, besetzte Ostoberschlesien und erreichte Ende Januar die Oder. Der rasche Zusammenbruch der deutschen Front im Osten lag nicht zuletzt daran, dass Hitler die letzten Panzerreserven nach Ungarn kommandiert hatte, um die dortigen Ölreserven zu sichern. Budapest fiel Mitte Februar, zwei Monate später eroberte die Rote Armee Wien. Die Truppenverbände der Westalliierten überquerten im März den Rhein. Während US-amerikanische Einheiten das Ruhrgebiet einkreisten und Richtung Mittel- und Süddeutschland marschierten, wandte sich die britisch-kanadische Heeresgruppe nach Norddeutschland. Am 25. April trafen sich amerikanische und sowjetische Soldaten an der Elbe zu einem symbolischen Handschlag, während sich der Belagerungsring um Berlin schloss.

Am 16. April begann der zweiwöchige Endkampf um Berlin. Nachdem die letzte deutsche Verteidigungslinie auf den Seelower Höhen bei Frankfurt (Oder) durchbrochen war, eroberte die Rote Armee die Reichshauptstadt in einem verlustreichen Häuser- und Straßenkampf. Am 8. Mai 1945 war der Krieg beendet. Die Opferzahlen des „Endkampfes“ waren enorm: Allein in den letzten vier Monaten starb ein Drittel der während des gesamten Kriegsverlaufs getöteten deutschen Soldaten.²⁸⁹

In dieser Phase des Krieges war nun die deutsche Bevölkerung in besonderem Maße von der entfesselten Gewalt betroffen. Unablässig bombardierten die Alliierten deutsche Städte, die Lebensmittelzuteilungen sanken auf einen Tiefstand, und große Teile der Infrastruktur waren zerstört. In den östlichen Reichsgebieten löste der Vormarsch sowjetischer Truppen panikartige Fluchten aus. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion schlug jetzt auf die deutsche Zivilbevölkerung zurück, die Opfer von Erschießungen, Massenvergewaltigungen und Plünderungen wurde.²⁹⁰ Der nicht mehr zu verleugnende militärische Zusammenbruch rief eine Vertrauenskrise zwischen Führung und Volk hervor.²⁹¹ Daraufhin verschärfte das Regime den Terror gegen die eigene Bevölkerung. Zugleich begünstigten die sich im Chaos der letzten Kriegsphase zunehmend auflösenden Herrschaftsstrukturen die gegen „Volks- und Rassefeinde“ gerichteten Gewaltexzesse.²⁹² Der später als „Verbrechen der Endphase“ bezeichnete Terror betraf Kriegsgefangene, ausländische Zwangsarbeiter und Gefängnisinsassen genauso wie Deserteure oder „Defätisten“ und ebenso Juden.²⁹³

289 Rüdiger Overmans, *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, München 1999, S. 238 f.

290 Herbert, *Geschichte Deutschlands* (wie Anm. 4), S. 534.

291 Bajohr/Pohl, *Holocaust als offenes Geheimnis* (wie Anm. 151), S. 78; Ian Kershaw, *Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45*, München 2011, S. 527 f.

292 Herbert, *Geschichte Deutschlands* (wie Anm. 4), S. 539.

293 Sven Keller, *Verbrechen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges. Überlegungen zu Abgrenzungen, Methodik und Quellenkritik*, in: Cord Arendes/Edgar Wolfrum/Jörg Zedler (Hrsg.), *Terror nach innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges*, Göttingen 2006, S. 25–50, hier S. 28.

Auch wenn im Reich keine konzertierte Widerstandsaktion gegen den „Endkampf“ zu erwarten war, verstummte doch der Endsieg-Optimismus.²⁹⁴ „Die Moral“, so Goebbels Anfang April, sei „sowohl bei der Bevölkerung als auch bei der Truppe außerordentlich abgesunken“.²⁹⁵ Das Schwarze Korps, das Kampforgan der SS, warnte die deutsche Zivilbevölkerung davor, sich den Alliierten als Unschuldige anzubiedern, schließlich habe doch fast jeder Deutsche von der Arisierung jüdischer Geschäfte profitiert.²⁹⁶ Die bereits im Osten begonnene Beseitigung von Spuren und Zeugnissen der Verbrechen wurde nun auch im Reich fortgesetzt. Zu den Maßnahmen gehörte die Vernichtung belastenden Aktenmaterials genauso wie die Räumung der Gefängnisse und Lager (Dok. 204). Besonders brisante Zeugen wurden ermordet. Zu ihnen gehörten 20 jüdische Kinder, die im Lager Neuengamme zu medizinischen Experimenten missbraucht worden waren, und auch politisch unerwünschte Häftlinge, etwa die bis dahin noch nicht hingerichteten deutschen Widerstandskämpfer (Dok. 215).²⁹⁷

Dass solche Vertuschungsaktionen keinesfalls ausreichen würden, war den an den Verbrechen Beteiligten durchaus klar. Manche bereiteten sich schon seit Wochen auf ihre Flucht vor. Im Reichssicherheitshauptamt gab es einen eigens dafür abgestellten Referenten, der sich ausschließlich mit der Herstellung falscher Papiere und Identitäten beschäftigte.²⁹⁸ Während also ein Teil der NS-Funktionäre zu gegebener Zeit untertauchte, wählten andere – so wie mehrere Tausend deutsche Zivilisten aus Angst vor den sowjetischen Besatzungstruppen – den Selbstmord als Ausweg.²⁹⁹

Bereits bei Beginn des Rückzugs der Wehrmacht aus der Sowjetunion hatte Hitler befohlen, dort nur „verbrannte Erde“ zu hinterlassen. Dieses zerstörerische Prinzip sollte angesichts der im Land stehenden alliierten Streitkräfte nun auch im Reich umgesetzt werden. Enttäuscht vom deutschen Volk, das sich in seinen Augen als zu schwach erwiesen hatte, verlangte Hitler mit dem sogenannten Nero-Befehl vom 19. März 1945, die gesamte deutsche Infrastruktur zu vernichten und damit der deutschen Bevölkerung die Lebensgrundlage zu entziehen.³⁰⁰ Auch wenn dieser Befehl aufgrund der chaotischen Verhältnisse im Reich nicht ausgeführt werden konnte, demonstrierte er unmissverständlich die von Hitler inszenierte Selbstvernichtungsstrategie, sobald der Krieg verloren war. Eine Kapitulation schloss Hitler kategorisch aus. „Wir können untergehen. Aber

294 Klemperer, Tagebücher (wie Anm. 155), Bd. 2, S. 724, Eintrag vom 15. 4. 1945.

295 Goebbels, Tagebücher (wie Anm. 88), Bd. 15: Januar–April 1945, S. 654, Eintrag vom 1. 4. 1945.

296 Das Schwarze Korps, Zeitung der Schutzstaffel der NSDAP, 4. Folge, 11. Jg., vom 25. 1. 1945, S. 5.

297 Günther Schwarberg, *Meine zwanzig Kinder*, Göttingen 1996; Iris Groschek/Kristina Vagt, „... dass du weißt, was hier passiert ist“ – Medizinische Experimente im KZ Neuengamme und die Morde am Bullenhuser Damm, Bremen 2012.

298 David Cesarani, *Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder*, Biografie, Berlin 2004, S. 277.

299 Stephan Link, „Festung Nord“ und „Alpenfestung“. Das Ende des NS-Sicherheitsapparates, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa*, Darmstadt 2000, S. 569–595, insbes. S. 591–595; Florian Huber, *Kind, versprich mir, dass du dich erschießt. Der Untergang der kleinen Leute 1945*, Berlin 2015. Eine genaue Gesamtzahl der Deutschen, die im Frühjahr 1945 Selbstmord begingen, liegt nicht vor, Schätzungen Hubers zufolge handelt es sich um mindestens 10 000 Fälle, vermutlich weit mehr; siehe ebd., S. 138.

300 Abgedruckt in: Gerd Ueberschär/Rolf-Dieter Müller (Hrsg.), 1945. Das Ende des Krieges, Darmstadt 2005, Dok. 5, S. 165 f.

wir werden eine Welt mitnehmen“, hatte er bereits nach der gescheiterten Ardennen-offensive Ende Dezember 1944 erklärt.³⁰¹ Am 30. April 1945 erschoss sich Adolf Hitler im Bunker der Reichskanzlei. Tags zuvor hatte er sein politisches Testament verfasst, in dem er ein letztes Mal die Juden für die Katastrophe des Krieges verantwortlich machte. Im Januar 1945 befanden sich rund 714 000 Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern, unter ihnen etwa 250 000 Juden.³⁰² Je nach Frontverlauf wurden die Lager geräumt und die Insassen mit dem Zug oder zu Fuß in rückwärtiges Gebiet, also ins Reich, gebracht. Ziel der aus Auschwitz evakuierten Häftlinge war zunächst das schlesische Konzentrationslager Groß-Rosen, in dem aufgrund der unbeschreiblichen Überfüllung katastrophale Zustände herrschten. Viele der ankommenden Häftlinge wurden nach wenigen Tagen weitertransportiert. Im tiefsten Winter, kaum gepflegt und dem ungezügelter Terror des Wachpersonals ausgesetzt, mussten die Häftlinge westwärts marschieren oder auf offenen Eisenbahnwaggons ausharren. Viele starben an den Strapazen oder wurden erschossen. Immer wieder kam es zu regelrechten Massentötungen, weil die rechtzeitige Evakuierung nicht mehr möglich erschien oder die Begleitmannschaften nicht mehr wussten, wohin sie die Häftlinge bringen sollten. Außerdem zogen Heeresstreifen durch das Reich auf der Suche nach Deserteuren. Dies wurde auch dem Düsseldorfer Moritz Sommer zum Verhängnis, der sich allen Verfolgungen als „Mischling“ bislang erfolgreich entzogen hatte. Nur wenige Stunden vor dem Einmarsch der US-Truppen wurde er von Mitgliedern einer Heeresstreife öffentlich erhängt.³⁰³ In Wien holte ein SS-Kommando neun Juden aus einem Luftschutzkeller und erschoss sie, wenige Stunden bevor die Rote Armee den Ort erreichte (Dok. 217).

Das deutsche Vorgehen gegenüber den Juden war in diesen letzten Wochen uneinheitlich. Ihre Arbeitskraft wurde weiterhin für wirtschaftliche und militärische Zwecke ausgebeutet, zudem sollten kleinere Gruppen von Juden für Tauschgeschäfte zurückgehalten werden. Gleichzeitig mordeten SS-Wachmannschaften ungehemmt bei der Räumung der Lager.³⁰⁴ Die Stimmung der verbliebenen in „Mischehe“ lebenden Juden und der „Mischlinge“ schwankte zwischen Freude über das bevorstehende Kriegsende und der Furcht, doch noch dem Mordwahn zum Opfer zu fallen. Zugleich teilten sie die Sorgen und Nöte der nichtjüdischen Zivilbevölkerung vor den Bombenangriffen, den alliierten Besatzungstruppen und der sich verschlechternden Lebensmittelversorgung (Dok. 208). Dann aber befahl das Reichssicherheitshauptamt im Januar 1945 doch noch die Deportation der geschützten Juden (Dok. 199). Die im bayerischen Oberstdorf lebende Jüdin Eva Noack-Mosse erhielt Ende Februar ihren Deportationsbescheid. Von

301 Richard J. Evans, *Das Dritte Reich. Krieg*, Bd. 3, München 2009, S. 898; Zitat in: Nicolaus von Below, *Als Hitlers Adjutant 1937–45*, Frankfurt a. M. 1980, S. 398.

302 Siehe VEJ 16, S. 57. Meldung des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamts vom 15.1.1945, BAArch, NS 3/439; Herbert, *Geschichte Deutschlands* (wie Anm. 4), S. 541; Falk Pingel, *Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager*, Hamburg 1978, S. 130.

303 Volker Zimmermann, *In Schutt und Asche. Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Düsseldorf*, Düsseldorf 2006, S. 67 f.

304 Daniel Blatmann, *Die Todesmärsche – Entscheidungsträger, Mörder und Opfer*, in: *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur*, Bd. II, hrsg. von Ulrich Herbert, Karin Orth und Christoph Dieckmann, Göttingen 1998, S. 1063–1092, hier S. 1067.

Augsburg aus deportierte die Gestapo sie mit einer kleinen Gruppe anderer „arisch Versippter“ nach Theresienstadt. Bis zuletzt wollte sie es nicht wahrhaben: „Allmählich merkten wir nun doch alle, daß wir in die Gegend von Theresienstadt kommen würden. Aber immer nahmen wir an, da wir ja mit sogenannten ‚Ariern‘ verheiratet waren, daß wir nicht ins Ghetto selbst kommen würden.“³⁰⁵

Auch wenn die Deportationen im Februar und März 1945 die umfangreichsten seit der Auflösung der jüdischen Gemeinden Deutschlands waren – aus dem Reich und Wien wurden rund 2600 Menschen nach Theresienstadt deportiert, aus dem Protektorat ungefähr 3600 Juden und „Mischlinge“ –, verhinderten die allgemeinen Auflösungserscheinungen, dass diese Maßnahmen auch vollumfänglich durchgeführt wurden.³⁰⁶ Neben zunehmenden Transportschwierigkeiten fassten viele der einbestellten Juden neuen Mut und wagten angesichts der bevorstehenden Befreiung doch noch den Schritt in den Untergrund (Dok. 206). In einigen Fällen halfen ihnen auch kooperative Gestapo-beamte, die auf eine Rückversicherung für die Zeit nach dem Krieg hofften.³⁰⁷ Die wenigen verbliebenen deutschen Juden trafen in diesen letzten Kriegswochen Vorbereitungen für die Zeit nach der Befreiung. Victor Klemperer, der mit seiner nichtjüdischen Ehefrau Eva während des verheerenden Bombenangriffs auf Dresden im Februar 1945 untergetaucht war, notierte Anfang April in sein Tagebuch: „Während wir das Tagebuch deponieren, behalten wir – wieder Evas Entscheidung – trotz der Gefahr einer Gepäckdurchsuchung unsere Pässe und einen J-Stern bei uns, weil wir diese Alibi-Zeugnisse für unsere Rettung ebenso nötig haben werden wie die arische Kleinpeterei.“³⁰⁸

Die nun noch verbliebenen Juden erlebten das Kriegsende in Konzentrationslagern, auf Todesmärschen, in Lagern der Organisation Tod t, in ihren Verstecken oder ganz wenige in Judenhäusern ihrer Heimatstädte. Während die Befreiung der Juden im Westen in der Regel problemlos verlief, mussten die Juden in den östlichen Landesteilen in etlichen Fällen zunächst beweisen, dass sie Juden waren. Viele Soldaten der Roten Armee waren nach dem Durchmarsch durch zahlreiche Orte, in denen Massenliquidierungen der jüdischen Bevölkerung stattgefunden hatten, überzeugt, dass kein Jude überlebt haben konnte. Der damals 17-jährige Michael Wieck schilderte sein Zusammentreffen mit einem Sowjetsoldaten in seiner Heimatstadt Königsberg, der ihn der Kollaboration bezichtigte: „Unsere Vorlage der jüdischen Kennkarten quittierte er mit zwei Sätzen: ‚Wir wissen, daß alle Juden von Hitler umgebracht wurden. Wenn Sie trotzdem am Leben sind, müssen Sie für die Nazis gearbeitet haben.‘“³⁰⁹

305 Eva Noack-Mosse, Theresienstädter Tagebuch, LBI ME 476. MM 59, S. 21.

306 Gruner, Widerstand in der Rosenstraße (wie Anm. 113), S. 188; Gottwaldt/Schulle, „Juden deportationen“ (wie Anm. 83), S. 366 und 467; Wolf Gruner, Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938–1945). Neue Perspektiven und Dokumente, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hrsg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne, Praxis, Reaktionen 1938–1945, Göttingen 2004, S. 59.

307 Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz (wie Anm. 122), S. 328; Meyer, Gratwanderung (wie Anm. 74), S. 388–390.

308 Klemperer, Tagebücher (wie Anm. 155), Bd. 2, S. 714, Eintrag vom 2.4.1945. Klemperers hatten sich zeitweise als Ehepaar Kleinpeter ausgegeben. Eine unleserliche Handschrift führte zur Modifizierung des Nachnamens.

309 Michael Wieck, Zeugnis vom Untergang Königsbergs. Ein „Geltungsjude“ berichtet, Heidelberg 1988, S. 234.

In allen Lagern des Reichs bot sich im Frühjahr 1945 das gleiche Bild. Die Evakuierungstransporte brachten Abertausende von Häftlingen, die Versorgungslage war katastrophal, die hygienischen Bedingungen verschlechterten sich derart, dass es zu Epidemien kam und die bereits hohen Todesraten ins Unermessliche stiegen. Als britische Truppen Mitte April das Konzentrationslager Bergen-Belsen betraten, gingen die Aufnahmen der Leichenberge um die Welt (Dok. 220, Dok. 221 und Dok. 222). Nachdem US-amerikanische Truppen Buchenwald befreit hatten, zwangen sie einen Teil der Weimarer Bürger, das Lager zu besichtigen, und konfrontierten sie mit den Verbrechen. Die Reaktion der Lager-Anrainer „Wir haben nichts gewußt!“ wurde zur „deutschen National-Hymne“ der Nachkriegszeit.³¹⁰

Insgesamt kamen nach dem derzeitigen Kenntnisstand etwa 5,7 Millionen Juden in Europa während des Krieges gewaltsam zu Tode. Die größten Verluste erlitten die mittel- und osteuropäischen Juden. Allein in Polen wurden über 85 Prozent der jüdischen Bevölkerung während des Holocaust getötet. Von den rund 238 823 bei der Volkszählung des Jahres 1939 in Deutschland registrierten Juden (einschließlich der sogenannten Geltungsjuden) wurden etwa 131 000 aus dem Altreich deportiert und ermordet. Von den zwischen 1933 und 1941 schätzungsweise 330 000 aus dem Deutschen Reich emigrierten bzw. geflohenen Juden starben in den Vernichtungslagern oder im Emigrationsland verfolgungsbedingt etwa 23 000. Hinzu kommen mindestens weitere 23 000 Tote, die durch Abschiebung, Folter, unmenschliche Haftbedingungen in deutschen Gefängnissen, „Euthanasie“ oder Freitod ihr Leben verloren.³¹¹ Schätzungen zufolge tauchten zwischen 10 000 und 15 000 Juden im Deutschen Reich unter. In und um Berlin überlebten von 5000 bis 7000 untergetauchten Juden ungefähr 1700.³¹² Wie viele der im September 1944 knapp 13 000 durch ihre „Mischehe“ geschützten Juden das Kriegsende erlebten, bleibt offen.³¹³ In Österreich erlebten von den 1938 dort lebenden rund 180 000 bis 200 000 „Volljuden“ etwa 5800 die Befreiung.³¹⁴

Das unvorstellbare Leid, das die Deutschen über die europäische Judenheit gebracht haben, bestimmte deren Leben auch nach dem Ende des Krieges. Viele der Überlebenden starben in den Tagen und Wochen nach der Befreiung an den Folgen von Ausbeutung, Misshandlung, Unterernährung und Krankheit. Allein in Bergen-Belsen fanden zwischen Mitte April und Juni 1945 noch etwa 14 000 der Befreiten den Tod. Vielfach bis an ihr Lebensende litten die Verfolgten an physischen und psychischen Folgeschäden, die das Weiterleben oft nur schwer erträglich machten. Nicht selten nahmen sich Überlebende noch Jahre, ja Jahrzehnte nach dem Ende des Holocaust das Leben. Die jüdische Kultur in Europa war weitgehend zerstört. Die Leere und Mutlosigkeit, die die

310 Margaret Bourke-White, Deutschland April 1945. „Dear Fatherland Rest Quietly“, München 1979, S. 90.

311 Nicolai M. Zimmermann, Was geschah mit den Juden in Deutschland zwischen 1933 und 1945? Eine Dokumentation des Bundesarchivs, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 64. Jg., 2016, Heft 12, S. 1045–1058, hier S. 1048.

312 Gedenkstätte Stille Helden (Hrsg.), Widerstand (wie Anm. 87), S. 6 f.

313 Statistik der Reichsvereinigung der Juden für Sept. 1944, in: BArch, R 8150/32, Bl. 36.

314 Siehe VEJ 2, S. 27; Jonny Moser, Die Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945, Wien 1999, S. 16 f. Der Korherr-Bericht nimmt eine zu hohe Zahl von 200 000 Juden zum Stichtag 13.3.1938 an; siehe Dok. 12 vom 19.4.1943.

unfassbaren Verbrechen des Judenmords zurückließen, hat die Journalistin Lili Hahn, die den Krieg als „Mischling“ in Frankfurt am Main überlebt hat, in Worte gefasst: „Die Nazis sind fort und haben meine Jugend mitgenommen, haben zwölf Jahre meines Lebens gestohlen, meine Gesundheit ruiniert und einen sehr anderen Menschen aus mir gemacht als den, der ich wohl ursprünglich werden sollte. Ich persönlich habe den Krieg gewonnen, aber den Frieden verloren, denn ich kann mir keine Zukunft mehr vorstellen, weiß nicht, worauf ich mich freuen soll. Ich habe kein Ziel und bin ausgebrannt.“³¹⁵

315 Lili Hahn, *Bis alles in Scherben fällt. Tagebuchblätter 1933–45*, Hamburg 2007, S. 509.

Dokumentenverzeichnis

Teil 1 Deutsches Reich

- 1 Der Schriftsteller Robert Brendel berichtet seiner Schwester Hilde am 3. April 1943, wie aussichtslos die beruflichen Perspektiven seiner Kinder aufgrund ihrer Herkunft seien
- 2 Das Staatssekretariat des Vatikans skizziert am 8. April 1943 die Situation der Juden und „Mischlinge“ in Deutschland
- 3 Die Reichsvereinigung der Juden in Stuttgart informiert die jüdische Bevölkerung am 8. April 1943 über die Modalitäten des Postverkehrs mit Theresienstadt
- 4 Cläre von Mettenheim beklagt in ihrem Tagebuch am 13. April 1943, dass die evangelische Kirche ihren Mitgliedern jüdischer Herkunft das Abendmahl verweigert
- 5 Das Außenministerium der Schweiz informiert den Geschäftsträger in Athen am 14. April 1943 über die Gefahr, der Schweizer Juden unter deutscher Herrschaft ausgesetzt sind
- 6 Ein Memorandum der Jewish Agency vom 14. April 1943 empfiehlt die Rettung der verfolgten Juden und ihre Ansiedlung in Palästina
- 7 Daniel Lotter setzt in seinem Tagebuch am 15. April 1943 die Propaganda über Katyń in einen Zusammenhang mit der Ermordung von Psychiatriepatienten und Juden
- 8 Ein NSDAP-Funktionär fordert das Ehepaar Ludwig und Anni Misch am 15. April 1943 auf, sich aus dem gemeinsamen Luftschutzraum zurückzuziehen
- 9 Aufbau: Artikel vom 16. April 1943 über die fortschreitende Vernichtung der Juden in Europa und die ausbleibenden Rettungsmaßnahmen
- 10 Hitler und Außenminister Ribbentrop empfehlen dem ungarischen Reichsverweser Horthy am 17. April 1943, die Juden nach deutschem Vorbild zu vernichten
- 11 Joseph Goebbels rühmt sich in seinem Tagebuch am 18. April 1943 der Vertreibung der Juden aus Berlin
- 12 Richard Korherr übersendet am 19. April 1943 die zweite, auf Wunsch Himmlers überarbeitete Fassung seines statistischen Berichts über die „Endlösung der europäischen Judenfrage“
- 13 Das Rassenpolitische Amt im Gau Köln-Aachen fordert am 19. April 1943, gegen Herta Rückersberg und ihren nichtjüdischen Geliebten vorzugehen
- 14 Watson Thomson von der Universität Manitoba beklagt am 25. April 1943 im kanadischen Rundfunk die allgemeine Untätigkeit angesichts der Ermordung der europäischen Juden
- 15 Pfarrer Hermann Diem fordert zu Ostern 1943 vom bayerischen Landesbischof, öffentlich gegen die Judenverfolgung Stellung zu beziehen
- 16 Papst Pius XII. erklärt dem Bischof von Berlin am 30. April 1943, warum er nicht öffentlich gegen die Judenverfolgung predigt

- 17 Ostdeutscher Beobachter: Robert Ley ruft am 3. Mai 1943 zum Kampf gegen Kapitalismus und Bolschewismus auf, um eine jüdische Weltherrschaft zu verhindern
- 18 Aufbau: Ein Artikel vom 7. Mai 1943 fordert die Errichtung eines internationalen Rettungskomitees und einer jüdischen Armee
- 19 Das Reich: Im Leitartikel vom 9. Mai 1943 macht Goebbels die Juden für den Krieg verantwortlich und rechtfertigt damit die Verfolgung
- 20 Der Vertrauensmann der Reichsvereinigung der Juden in Mainz wehrt sich am 11. Mai 1943 gegen den Vorwurf, für die Erstellung von Deportationslisten verantwortlich zu sein
- 21 Eitel-Fritz Proelß bittet am 12. Mai 1943 den Chef der Reichskanzlei um Rat, wie er seine jüdische Ehefrau und die gemeinsamen Kinder schützen kann
- 22 Friedrich Bernotat informiert am 15. Mai 1943, dass ihm die Einweisung jüdischer Kinder und „Mischlinge“ in die Tötungsanstalt Hadamar gemeldet werden muss
- 23 Ein SD-Informant aus dem Warthegau fasst Mitte Mai 1943 die Ansichten von Wehrmachtssoldaten über die Verbrechen an Polen und Juden zusammen
- 24 Mitarbeiter vom Jüdischen Weltkongress und vom Internationalen Roten Kreuz planen am 18. Mai 1943 Hilfsaktionen für Juden
- 25 Das Reichsfinanzministerium bemüht sich am 19. Mai 1943, Frau Bechstein für ihr Haus in Berchtesgaden aus konfisziertem Vermögen von Juden zu entschädigen
- 26 Die Westfälische Tageszeitung macht in einem Artikel vom 19. Mai 1943 die Juden für die Bombardierung deutscher Talsperren durch die britische Luftwaffe verantwortlich
- 27 Heinrich Busse beschreibt am 21. Mai 1943 in einem Brief an seine emigrierten Kinder die Deportation ihrer Mutter und das trostlose Leben in der Illegalität
- 28 Heinrich Busse plant am 21. Mai 1943 seine Flucht in die Schweiz und bittet seinen Neffen um Hilfe
- 29 Das Reichssicherheitshauptamt weist die Stapoleitstellen am 21. Mai 1943 an, alle noch im Reich lebenden Juden nach Theresienstadt oder Auschwitz zu deportieren
- 30 Das Auswärtige Amt bilanziert am 24. Mai 1943 den Status quo der antisemitischen Gesetzgebung und der Deportation von Juden aus den europäischen Staaten
- 31 Eva Sieburg berichtet ihrer nichtjüdischen Verwandtschaft in Herne am 30. Mai 1943 über die Sorge um ihre jüdische Mutter, die von schwerer Zwangsarbeit und Deportation bedroht ist
- 32 Das Oberkommando der Wehrmacht erklärt den Soldaten im Mai 1943, warum die Juden die Schuld am Krieg tragen
- 33 Himmler lässt im Mai 1943 ein antisemitisches Buch an die Männer der Mordeinheiten verteilen und plant eine internationale Hetzkampagne
- 34 Josef Löwenherz berichtet am 1. Juni 1943 über die Tätigkeit des Ältestenrats der Juden in Wien und die Deportation mehrerer seiner Mitarbeiter nach Theresienstadt

- 35 Herbert Gündel vom Reichsfinanzministerium äußert sich am 3. Juni 1943 skeptisch zum Vorschlag, der Stadt Wien „arisierte“ Grundstücke zur treuhänderischen Verwaltung zu übergeben
- 36 Cläre von Mettenheim schildert in ihrem Tagebuch am 4. Juni 1943, wie unsicher ihr Leben angesichts der Deportation jüdischer „Mischehepartner“ in Hessen sei
- 37 Martin Gerson beendet am 8. Juni 1943 einen Abschiedsbrief an seinen Bruder in Palästina, in dem er von seiner früheren Arbeit für die jüdische Umschulung schwärmt
- 38 Das Reichsinnenministerium informiert am 9. Juni 1943 über das Vorhaben, Beamten die Eheschließung mit Personen zu verbieten, die bereits mit einem Juden verheiratet waren
- 39 Die Gestapo Düsseldorf weist einige ihrer Außendienststellen am 11. Juni 1943 an, gewisse Vorsichtsmaßnahmen bei der Deportation von Juden zu treffen
- 40 Erwin Garvens vermerkt in seinem Tagebuch am 12. Juni 1943, dass sich das Ehepaar Lippmann in Hamburg das Leben genommen hat
- 41 Willy Meyer beantragt am 12. Juni 1943 bei der Staatsanwaltschaft Berlin, seine Ehefrau Clara als „Mischling ersten Grades“ anzuerkennen
- 42 Luise Solmitz beschreibt in ihrem Tagebuch am 16. Juni 1943 den psychischen Druck, den die NS-Rassenpolitik auf ihre „Mischehe“ ausübt
- 43 Bernhard Kolb hält in seinen Tagebucheinträgen vom 9. bis 17. Juni 1943 seine Verhaftung in Nürnberg fest
- 44 Hitler bekräftigt am 19. Juni 1943 auf dem Obersalzberg gegenüber Himmler, dass die Deportation der Juden weiterhin radikal durchzuführen sei
- 45 Heinrich Himmler befiehlt am 21. Juni 1943 die Auflösung der Gettos im Reichskommissariat Ostland
- 46 Einen Tag vor ihrer Deportation nach Auschwitz verspricht Mathilde Bing am 27. Juni 1943 ihren beiden Söhnen, dass sie versuchen wird zu überleben
- 47 Die NSDAP-Kreisleitung Lippe ermahnt Karl Bösch am 29. Juni 1943, künftig keine Fotos mehr von Erschießungen von Juden zu zeigen
- 48 Der Oberfinanzpräsident in Linz beklagt am 29. Juni 1943, dass ihm der Ankauf von Möbeln aus dem Vermögen deportierter Juden nicht genehmigt wurde
- 49 Herbert Strauss erhält im Juni 1943 von einem Fluchthelfer detaillierte Anweisungen, wie er bei Singen illegal die Grenze in die Schweiz überqueren kann
- 50 Die 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz legt am 1. Juli 1943 fest, dass strafbare Handlungen von Juden nur noch durch die Polizei geahndet werden
- 51 In einer Notiz der Reichsvereinigung vom 3. Juli 1943 ist vermerkt, wie viel Juden im Berliner Sammellager Große Hamburger Straße für ihren Aufenthalt bezahlen sollen
- 52 Der Historiker Arnold Berney schreibt am 4. Juli 1943 in seinem Tagebuch über die Deportationen deutscher Juden nach Theresienstadt und über die kulturellen Anpassungsschwierigkeiten in Palästina

- 53 Adolf Eichmann drängt am 5. Juli 1943 auf die Deportation der letzten ausländischen Juden
- 54 Martin Bormann weist am 11. Juli 1943 im Auftrag Hitlers die Reichs- und Gauleiter an, wie die „Judenfrage“ öffentlich zu behandeln ist
- 55 Das Rassenpolitische Amt Köln-Aachen fordert am 15. Juli 1943 dazu auf, Juden für die Deportation zu melden
- 56 Bischof Theophil Wurm verurteilt in einem Schreiben an Hitler vom 16. Juli 1943 die Ermordung der Juden und protestiert gegen die Ausdehnung der Maßnahmen auf „Mischlinge“
- 57 Benno Ostertag ermahnt am 22. Juli 1943 die verbliebenen Juden, die neuesten anti-jüdischen Bestimmungen strikt einzuhalten
- 58 Elisabeth Lutinski beantragt am 26. Juli 1943 bei der Gestapoleitstelle Berlin, die Kündigung ihres Telefonanschlusses rückgängig zu machen, da ihr jüdischer Schwiegersohn diesen nicht benutze
- 59 Hans Feldheim berichtet seiner emigrierten Tochter am 1. August 1943, wie viel Arbeit er als Kölner Repräsentant der Reichsvereinigung der Juden hat
- 60 Reinhold Milleck aus Grünwald ergänzt am 1. August 1943 die Sammlung antisemitischer Sprichwörter des Schriftstellers Ernst Hiemer
- 61 Charlotte Lapp bittet am 5. August 1943 Michel Oppenheim, den Aufenthaltsort ihres Verlobten festzustellen und sich für seine Freilassung einzusetzen
- 62 Eberhard von Thadden vom Auswärtigen Amt weist am 6. August 1943 darauf hin, dass das KZ Bergen-Belsen für die Unterbringung von zum Austausch vorgesehenen Juden ungeeignet sei
- 63 Die Gestapo Würzburg fasst am 6. August 1943 einen Abschlussbericht über die Deportationen von Juden aus Mainfranken
- 64 Margaretha Fritz bittet am 10. August 1943 die Kanzlei des Führers, ihren als „Mischling“ geltenden Sohn in der Wehrmacht zu belassen
- 65 Die Dresdner Bank erkundigt sich am 11. August 1943 bei der Gestapo Krefeld, wie mit den Guthaben der nach Theresienstadt deportierten Jüdin Hannchen Heim verfahren werden soll
- 66 Robert Liebermann schildert seinem Freund Erich Alenfeld am 14. August 1943 seine Erlebnisse als jüdische Hilfskraft bei den Deportationen aus Hamburg
- 67 Der Vertrauensmann der Reichsvereinigung der Juden in Königsberg fordert die Zentrale in Berlin am 15. August 1943 auf, die Unterstützung einer achtköpfigen Familie nicht zu kürzen
- 68 Walter Bernstein bittet in einem Brief aus dem Zwangsarbeitslager Schoppinitz vom 19. August 1943 dringend um Lebensmittel und warme Kleidung
- 69 Der Leiter der Gestapo Breslau informiert den Oberfinanzpräsidenten von Schlesien am 20. August 1943 über die Auflösung jüdischer Einrichtungen
- 70 Ein Vertreter der Reichsvereinigung der Juden in Hamburg notiert am 21. August 1943 seine Verhandlungen in Berlin über Unterstützungsleistungen an ausgebombte „Mischehepartner“

-
- 71 Die Partei-Kanzlei empfiehlt den Gauleitern am 22. August 1943, alle „Mischlinge zweiten Grades“ durch die rassenpolitischen Ämter begutachten zu lassen
 - 72 Margarete Sommer verfasst am 22. und 23. August 1943 zwei Entwürfe für das deutsche Episkopat zugunsten der Juden
 - 73 Siegfried Rosenfeld macht sich am 25. August 1943 im britischen Exil Vorwürfe, dass er ohne seine Frau Else emigriert ist
 - 74 Ein Mitarbeiter des Reichsfinanzministeriums schildert am 28. August 1943 den Konkurrenzkampf um die Häuser aus dem Besitz deportierter Juden
 - 75 Stephen Wise vom Jüdischen Weltkongress fordert am 29. August 1943 angesichts des Mords an den europäischen Juden eine jüdische Masseneinwanderung nach Palästina
 - 76 Der Volksgerichtshof verurteilt am 15. September 1943 ein Parteimitglied zum Tode wegen kritischer Bemerkungen zur Staatsführung und zum Mord an den Juden
 - 77 Ein Mitglied einer illegalen jüdischen Jugendgruppe beschreibt am 15. September 1943 die gemeinschaftliche religiöse Betätigung und den Alltag im Untergrund
 - 78 Das Reichsinnenministerium weist am 20. September 1943 die Jugendämter an, für Juden, „Mischlinge“ und „Zigeuner“ keine Fürsorgeerziehung mehr anzuordnen
 - 79 Die Hamburger Gestapo weist Martin Heinrich Corten am 22. September 1943 an, die verbliebenen Juden und „Mischlinge“ in bestimmten Straßen unterzubringen
 - 80 Gestapochef Heinrich Müller veranlasst in einem Schnellbrief am 23. September 1943, ausländische Juden zu deportieren
 - 81 Der Schweizer Oberleutnant Erwin Naef schreibt seiner Frau am 26. September 1943, wie furchtbar die Zurückweisung jüdischer Flüchtlinge an der Grenze ist
 - 82 Pfarrer Georg Walter Hoff rühmt sich am 29. September 1943 seiner Beteiligung an der Ermordung von Juden in Russland
 - 83 Die Vereinigung der aus Österreich eingewanderten Juden in Palästina warnt im September 1943 ihre Mitglieder vor der Illusion, nach Wien zurückkehren zu können
 - 84 Himmler prahlt am 4. Oktober 1943 vor SS-Gruppenführern in Posen damit, dass die SS bei der „Ausrottung des jüdischen Volkes“ anständig geblieben sei
 - 85 Der Schweizer Konsul in Köln berichtet am 5. Oktober 1943, dass die deportierten Juden ermordet und ihre Besitztümer zur Belohnung an deutsche Generäle vergeben wurden
 - 86 Himmler spricht gegenüber Reichs- und Gauleitern in Posen am 6. Oktober 1943 offen über die Ermordung und Beraubung der europäischen Juden
 - 87 Cäcilie Lewissohn berichtet am 7. Oktober 1943 in ihrem Tagebuch von der Deportation anderer untergetauchter Juden aus Berlin
 - 88 Die SD-Außenstelle Bad Neustadt informiert am 15. Oktober 1943 über das Gerücht, die ermordeten Juden würden wieder ausgegraben und verbrannt, um Beweise zu vernichten

-
- 89 Elisabeth Welt beschreibt am 28. Oktober 1943 in Versen die Deportation ihres Freundes Herbert
- 90 Das Landgericht Berlin verurteilt am 29. Oktober 1943 Helene Abraham zu einem Jahr Haft wegen versuchter Täuschung der Reichssippenstelle
- 91 Der untergetauchte Hans Hirschel hält im Oktober 1943 in einem Gedicht fest, wie ihn seine Lebensgefährtin während einer Hausdurchsuchung vor der Gestapo versteckte
- 92 Eine Schweizer Jüdin beschreibt nach ihrer Ausreise im Oktober 1943 die Deportationen aus Wien
- 93 Israelitisches Wochenblatt: Artikel vom 5. November 1943 über die 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz und die antijüdischen deutschen Maßnahmen
- 94 The New York Times: Artikel vom 8. November 1943 über die nahezu vollständige Deportation der Juden aus Österreich und ihre Ermordung
- 95 Lilli Jahn schlägt ihren Kindern am 14. November 1943 in einem illegalen Brief aus dem Arbeitserziehungslager Breitenau vor, wie sie sich heimlich treffen könnten
- 96 Hilde Friedländer aus Dortmund bittet die Reichsvereinigung der Juden am 16. November 1943, ihr Pflegekind im jüdischen Waisenheim in Berlin aufzunehmen
- 97 Odd Nansen schildert am 29. November 1943 seine Fassungslosigkeit angesichts der Ermordung der Juden in den Lagern und beschreibt die Fälscherwerkstatt in Sachsenhausen
- 98 In einem Bericht für den Joint vom 30. November 1943 schildert ein Flüchtling die Lebensumstände der Juden in Berlin vor ihrer Deportation
- 99 Eberhard von Thadden fasst am 16. Dezember 1943 die von Rosenberg und Hitler geplanten antijüdischen Propagandamaßnahmen zusammen
- 100 Der Volksgerichtshof verurteilt die Mitglieder der Europäischen Union am 16. Dezember 1943 wegen Hochverrats und Unterstützung von Juden zum Tode
- 101 Himmler erläutert dem Chef des Rasse- und Siedlungshauptamts der SS am 17. Dezember 1943, wie lange jüdische Vorfahren eine Aufnahme in die SS beeinträchtigen
- 102 Der Kölner Vertrauensmann Hans Feldheim bittet die Reichsvereinigung der Juden am 17. Dezember 1943 darum, Häftlinge in Konzentrationslagern weiter unterstützen zu dürfen
- 103 Der Leiter der Gestapo Heinrich Müller ordnet am 18. Dezember 1943 an, jüdische Ehepartner aus nicht mehr bestehenden „Mischehen“ nach Theresienstadt zu deportieren
- 104 Theophil Wurm protestiert am 20. Dezember 1943 beim Chef der Reichskanzlei gegen die Ausweitung der Judenverfolgung auf „Mischehen“ und „Mischlinge“
- 105 Der US-Kongress fordert am 20. Dezember 1943 die Einsetzung einer Kommission, die einen Plan zur Rettung der europäischen Juden ausarbeiten soll
- 106 Der Ältestenrat der Juden in Wien berichtet über seine Arbeit im Jahr 1943 und die Auswirkungen der Pflichtmitgliedschaft der „Mischlinge“

-
- 107 Der Stürmer: Julius Streicher behauptet am 6. Januar 1944, der Antisemitismus in Großbritannien sei stark gestiegen
- 108 In einem Abschiedsbrief entschuldigt sich Maximilian Fried am 7. Januar 1944 bei seiner Wirtin, weil er sich in ihrem Hotel das Leben nimmt
- 109 Walter Hewel teilt am 19. Januar 1944 den Standpunkt Hitlers mit, jedem in Deutschland Asyl zu gewähren, der der Verfolgung von Juden beschuldigt werde
- 110 Adele Pauli aus Dresden beantragt am 22. Januar 1944 bei der Reichsvereinigung der Juden eine Beihilfe für ihren Umzug in ein Haus für in „Mischehe“ lebende Personen
- 111 Der Erzbischof von Breslau Bertram fordert am 29. Januar 1944 Mitglieder der Reichsregierung auf, die Verfolgungsmaßnahmen gegen „Mischlinge“ zu stoppen
- 112 Irene Schmalenbach schreibt an den Vertrauensmann der Reichsvereinigung am 30. Januar 1944 aus der Haftanstalt Mainz über die Hoffnung, ihre Kinder wiederzusehen
- 113 Der Genetiker Otmar Freiherr von Verschuer fordert im Januar 1944 eine weltweite „Gesamtlösung des Judenproblems“
- 114 Martin Heinrich Corten aus Hamburg erläutert der Reichsvereinigung der Juden am 17. Februar 1944 die Höhe der Kosten eines Deportationstransports
- 115 Lotte Paepcke beschwört ihre inhaftierte Freundin Lilli Jahn am 17. Februar 1944, ihren Lebensmut nicht zu verlieren, und berichtet über den eigenen Zwangseinsatz
- 116 Landgerichtsrat Alfred Wertheim bittet seine Ehefrau in einem Brief vom 7. März 1944 aus dem Gerichtsgefängnis Bremen, sich in Berlin für seine Freilassung einzusetzen
- 117 Ursula Lewin fleht am 7. März 1944 in einem Brief aus dem Sammellager Schulstraße zwei Mitarbeiter des Auswärtigen Amts an, sich für sie und ihre Eltern einzusetzen
- 118 Himmler ordnet am 10. März 1944 an, dass Plakate, auf denen Juden und Zigeunern Verbote erteilt werden, künftig entfallen können
- 119 Felix Hermann Oestreicher berichtet am 16. und 17. März 1944 in seinem Tagebuch von seiner Ankunft im Konzentrationslager Bergen-Belsen und den dortigen Lebensumständen
- 120 Lilli Jahn beschreibt ihren Kindern am 21. März 1944 während eines Zwischenhalts in Dresden die mehrtägige Deportation vom Arbeitserziehungslager Breitenau nach Auschwitz
- 121 Das Sondergericht Freiburg verurteilt am 22. März 1944 den Maler Franz Hecken-dorf und drei weitere Angeklagte wegen Fluchthilfe für Juden
- 122 Der Leiter des NS-Kraftfahrkorps Erwin Kraus bittet Himmler am 22. März 1944, dem in „Mischehe“ lebenden Sohn des Komponisten Richard Strauß den Jagdschein zu entziehen
- 123 Sternbanner: In der Flugblattzeitung warnt US-Präsident Roosevelt am 28. März 1944 das deutsche Volk, den Mord an den europäischen Juden nicht länger hinzunehmen

-
- 124 Daniel Lotter schreibt am 29. März 1944 in seinem Tagebuch über die deutsche Schuld und Scham angesichts der Behandlung der Juden und psychisch Kranken
- 125 Außenminister Anthony Eden droht am 30. März 1944 vor dem britischen Unterhaus den an der Judenverfolgung beteiligten Satellitenstaaten Deutschlands
- 126 Die Judenreferenten der deutschen Auslandsvertretungen tauschen sich am 3. und 4. April 1944 auf einer Arbeitstagung über die Möglichkeiten antisemitischer Propaganda aus
- 127 Der Chef des Sonderstabs zur Produktionssteigerung von Jagdflugzeugen Karl-Otto Saur protokolliert am 9. April 1944, Hitler habe den Einsatz von Juden aus Ungarn im Deutschen Reich veranlasst
- 128 Der Lehrer Ludwig Klahold schlägt Goebbels am 15. April 1944 vor, Juden zur Vergeltung für die alliierten Luftangriffe standrechtlich zu erschießen
- 129 Botschafter Karl Ritter benachrichtigt das Auswärtige Amt am 18. April 1944 über die Deportation von 50 000 Juden aus Ungarn nach Deutschland
- 130 Die Polizei in Berlin-Wilmersdorf protokolliert am 19. April 1944, dass sich Frieda Lindner aus Furcht vor ihrer Deportation das Leben genommen hat
- 131 Das Referat IV B 4 informiert das Auswärtige Amt am 24. April 1944 darüber, dass ungarische Juden auf Reichsgebiet nur in Arbeitslagern eingesetzt werden können
- 132 Ein Mitarbeiter des Instituts zur Erforschung der Judenfrage berichtet am 2. Mai 1944 über das Jüdische Zentralarchiv Eisenstadt und die Möglichkeit, ein ehemaliges Gethtohaus museal zu nutzen
- 133 Der Leiter des Forsteinsatzlagers Jacobsdorf beschwert sich am 3. Mai 1944 beim Vertrauensmann der Reichsvereinigung der Juden über die mangelhafte Betreuung der jüdischen Arbeiter
- 134 Das Reichssicherheitshauptamt informiert den Reichsjustizminister am 3. Mai 1944, dass Juden künftig nicht mehr in Abstammungsprüfverfahren als Zeugen zuzulassen sind
- 135 Himmler erklärt am 5. Mai 1944 vor Generälen auf der NS-Ordensburg Sonthofen, die Judenfrage sei in Deutschland und den besetzten Gebieten radikal gelöst
- 136 Hedwig Behr bittet das Reichssicherheitshauptamt am 11. Mai 1944, ihren jüdischen Ehemann Emil aus der „Schutzhaft“ zu entlassen
- 137 Danziger Vorposten: In einem Artikel vom 13. Mai 1944 heißt es, dass bislang fünf Millionen Juden in Europa getötet worden seien
- 138 Der Hechaluz-Funktionär Nathan Schwalb berichtet dem War Refugee Board in Bern am 14. Mai 1944 über die Lage der Juden unter deutscher Herrschaft und die Möglichkeiten, ihnen zu helfen
- 139 Leopold Stein aus Köln beantragt am 18. Mai 1944 bei der Reichsvereinigung der Juden eine Beihilfe, da er bei einem Luftangriff seinen gesamten Besitz verloren hat
- 140 Die Studentenführung der Universität Wien drängt Rektor Eduard Pernkopf am 22. Mai 1944, die Studienberechtigung eines vermeintlichen „Mischling ersten Grades“ erneut zu überprüfen

-
- 141 Josef Löwenherz vermerkt am 1. Juni 1944 den Tod von 42 Juden aus Ungarn während ihres Transports nach Wien
 - 142 Alfred Rosenberg rühmt sich gegenüber Hitler am 8. Juni 1944, dass sein Einsatzstab seit vier Jahren die weltanschaulichen und politischen Gegner erfolgreich bekämpft
 - 143 Der Landrat in Mainz informiert die Bürgermeister des Kreises am 15. Juni 1944 über die Versuche von „Mischlingen“, sich der Erfassung zu entziehen
 - 144 Erika Widetzki fragt den Direktor der Anstalt Hadamar am 19. Juni 1944, woran ihr zehnjähriger Sohn gestorben ist, der als „Mischling“ überstellt worden war
 - 145 Die Dienststrafkammer Wien erkennt am 27. Juni 1944 dem ehemaligen Kriminalbeamten Erwin Komleitner das Ruhegehalt ab, da er Juden falsche Papiere besorgt hat
 - 146 Der Reichsarzt SS und Polizei berichtet Himmler am 28. Juni 1944 über die Empfehlungen, Menschenversuche in Konzentrationslagern an Juden oder „Zigeunermischlingen“ durchzuführen
 - 147 Die Gestapo Schwerin teilt dem Polizeipräsidenten in Rostock am 3. Juli 1944 mit, dass jüdische Partner aus nicht mehr existierenden „Mischehen“ deportiert werden
 - 148 Der Bürgermeister von Bückeburg bekundet am 6. Juli 1944 in einem Schreiben an das Reichssicherheitshauptamt sein Interesse am Erwerb des jüdischen Friedhofs seiner Gemeinde
 - 149 Die Staatspolizeileitstelle Wien verzeichnet in ihrem Tagesbericht für den 7. bis 13. Juli 1944 die Verhaftung mehrerer Juden
 - 150 Davar: Nathan Alterman veröffentlicht am 14. Juli 1944 ein Gedicht über die Hoffnungslosigkeit der Juden
 - 151 Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt informiert das Finanzministerium am 24. Juli 1944 über die Verwertung des in den Lagern geraubten jüdischen Eigentums
 - 152 Der Generalstaatsanwalt in Hamm erhebt am 25. Juli 1944 Anklage gegen Franziska Binder, die öffentlich über jüdische Massengräber im Osten gesprochen hat
 - 153 Der Vertrauensmann der Reichsvereinigung Max Speier sucht am 29. Juli 1944 nach einer Unterbringungsmöglichkeit für ein von seinen Eltern zurückgelassenes dreijähriges Kind
 - 154 Das Oberkommando der Wehrmacht ruft im Juli 1944 dazu auf, den Kampf gegen das Judentum bis zu seiner endgültigen Vernichtung fortzusetzen
 - 155 Ein Bericht für den Jüdischen Weltkongress schildert am 4. August 1944 die Lage der untergetauchten Juden und die Zerstörungen in Berlin
 - 156 Edgar Kupfer-Koberwitz vermerkt am 7. August 1944 in seinem Tagebuch die Ankunft mehrerer Tausend Juden aus Warschau in Dachau
 - 157 Albert Speer bedrängt Joseph Goebbels am 7. August 1944, den Arbeitseinsatz von Juden aus Ungarn auf Reichsgebiet zu unterstützen
 - 158 Kurt von Behr vom Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg listet am 8. August 1944 akribisch auf, wie viel geraubtes Mobiliar aus jüdischem Besitz an bombengeschädigte Familien im Reich geliefert wurde